STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19000810

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 184. 14. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3334) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Hermann Molkenbuhr in Hamburg.

Freitag, den 10. August 1900.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen, sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Filialen: **Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde, Lokstedt** und **Eidelstedt** bei Carl Dreyer, Marthastr. 5, Eimsbüttel. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, vorläufig Meißnerstr. 5, Hs. 1, 2. Et., Eimsbüttel. **Barmbek, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Stückenstr. 18, 1. Et. r., Barmbek. **St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn** und **Schiffbek** bei Carl Ortel, Baustr. 26, Hs. 8, 1. Et., Borgfelde. **Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder** und **Veddel** bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. **Eilbek, Wandsbek** und **Hinschenfelde** bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. **Altona** bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 89, Altona. **Ottensen, Bahrenfeld, Othmarschen-Blankenese** bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Das große Problem.

Wie eine heißhungrige Meute, die endlich losgekoppelt worden, stürzten sich die Reptile der Scharfmacher nach dem Attentat in Monza auf ihr Lieblingswild, den Umsturz.

Seit Jahren bildet dieser Sport den Lückenbüßer ihrer Spalten in der stillen Saison, nur heuer wollte es nicht dazu kommen wegen der Vorgänge in Ostasien, die sie hinlänglich mit Stoff versorgten. Da sorgte das wahnwitzige Attentat auf den italienischen König dafür, daß sie ihre Leibspeise auch diesen Sommer nicht entbehren. Prima vista, im ersten Augenblick, ohne nur Näheres über Person und Motive des Mörders abzuwarten, setzten sie mit ihren Fruktifizirungsversuchen ein und suchten nicht blos gegen die anarchistische Propaganda der That, sondern gegen die ihnen weit mehr verhaßte Sozialdemokratie Kapital zu schlagen — mit der gewissenlosen niederträchtigen Perfidie der Konitzer Hetzer und ihresgleichen, die jedes dunkle Verbrechen an Kindern alsbald den Juden in die Schuhe schieben — nicht weil sie wirklich an das Märchen vom Ritualmord glauben: sie wissen ebenso gut, daß die Juden alles Blut verabscheuen, als die Scharfmacher wissen, daß die Sozialdemokratie alle Attentäterei verabscheut — sondern um die Massen auf die verhaßten Gegner zu hetzen. Nicht blos den Jesuiten heiligt der Zweck das infamste Mittel.

Vermuthlich auch verfolgen sie damit den Nebenzweck — ebenso wie in Konitz — von der richtigen Spur die Aufmerksamkeit abzulenken; denn wenn man dieser Spur nachgeht, so stellt sich heraus, daß die Attentäterei von Niemand anders gezüchtet wird, als von denen, welche das tiefe Elend, in dem die Massen Italiens schmachten, die brutale Gewaltpolitik, womit die Emanzipationsregungen der schmachvoll ausgesogenen arbeitenden Bevölkerung niedergeknüppelt werden soll, die Justizkorruption und Polizeiwillkür, den harten Steuerdruck, und last not least die geistige Finsterniß verschuldet und mitverschuldet haben.

„Nicht der Pfeil tödtet, sondern der ihn abschnellt" — aber wie der Pfeil zum Schützen, verhält sich dieser zu Demjenigen, der das Motiv des Mordes ihm in die Brust gepflanzt. „Ich lebte still und harmlos. Meine Gedanken waren rein von Mord, Du hast in gährend Drachengift die Milch der frommen Denkart mir verwandelt" sagt Wilhelm Tell in seinem Monolog.

„Wer waren die Königsmörder in der französischen Revolution?" schrieb vor einem halben Jahrhundert der berühmte amerikanische Reformer Channing, „die Königsmörder waren Ludwig XIV., dessen Nachfolger, der Regent, und Ludwig XV. Diese brachten ihre Abkömmlinge auf die Guillotine. Die Pfaffen, die das Edikt von Nantes widerriefen und aus Frankreich die Kunst und den Fleiß und die Tugend verbannten, die das Mark der Nation waren; die Staatsmänner, welche Ludwig XIV. mit dem Plan eines Weltreichs berauschten; der lüderliche, verschwenderische, schamlose Orleans; und der noch viehischere Ludwig XV. mit seinem Hof von Kupplern und Dirnen, sie machten die Nation bankerott, zerrissen das Band der Loyalität und schlugen Thron und Altar in Trümmer."

Wenn also die Scharfmacher gegenwärtig ein Gespräch Bismarcks zitiren, das die „Hamburger Nachrichten" 1898 nach dem Attentat auf die Kaiserin Elisabeth mittheilten, worin der giftende Sozialistenhasser geäußert haben soll, „man müsse nothwendig auf den Nährboden der Sozialdemokratie stoßen", so spielen sie ungefähr die Rolle der Ortrud im Lohengrin, welche die reine Elsa von Brabant der That beschuldigt, die sie selber verübt hatte.

Mit dem großen Problem: „Wie verhütet man Attentate für die Zukunft?" beschäftigen sich gegenwärtig auch Blätter, die nicht zu den Scharfmachern gehören. — Ja, wie verhütet man, daß die gewitterschwangere Wolke ihre Elektrizität auf die höchsten Spitzen entladet? — Wie verhütet man, daß unsere Soldaten in den sumpfigen Gegenden Chinas vom Malariafieber befallen werden?

Ein Fieber ist in der That der Anarchismus, ein Fieber, erzeugt von den sozialen und politischen Sümpfen. Nicht alle Fieberkranke sind gefährlich. Aber mancher springt in seinen Fieberphantasien aus dem Bett und stürzt sich in wilder Raserei auf seine Umgebung.

Gegen dieses anarchistische Fieber giebt es nur ein Mittel, aber ein unfehlbares: die sozialdemokratische Aufklärung.

Das haben wir schon früher bei ähnlichen Anlässen des Näheren dargethan. Aber diese Einsicht lassen die herrschende Klasse und die Machthaber absolut nicht in ihre Schädel ein. Die Sozialdemokratie will ja die gesellschaftlichen Sümpfe austrocknen und gesunde Zustände schaffen, in denen die Motive der Mordthaten überhaupt verschwinden. Und dagegen sträubt sich die herrschende Klasse, der es in den gesellschaftlichen Sümpfen so wohl ist, wie quackenden Fröschen in wirklichen Sümpfen.

Die Kämpfe in China.

Die Berufung des Grafen v. Waldersee zum Oberbefehlshaber der internationalen Truppen in China kann als ein Zeichen betrachtet werden, daß der deutschen Regierung daran gelegen ist, die Führung der Aktion in Ostasien zu übernehmen. Das würde, wie man unsere Weltpolitiker kennt, nicht blos die möglichst schnelle Befreiung der Gesandten und Sicherung der Europäer bedeuten, sondern einen „schneidigen" Krieg mit dem Ziele beträchtlichen Territorialerwerbs. Daß die übrigen Mächte einem solchen Vorgehen zustimmen würden, ist nicht anzunehmen; Deutschland würde vielmehr in die Lage kommen, allein das Abenteuer zu bestehen, und die Folgen einer solchen Politik kann man sich denken. Bisher ist offiziös in deutschen Blättern der Standpunkt vertreten worden, daß die Uebernahme des Kommandos eine schwere Bürde für die Macht bedeutet, welcher der Oberstkommandirende in China angehört. Mit Recht haben die Offiziösen bisher hervorgehoben, daß Deutschland angesichts der vom Staatssekretär Grafen Bülow dargelegten Ziele der deutschen Politik in China nach dieser Bürde keine Sehnsucht trage. Der Standpunkt der deutschen Regierung hat sich also wieder einmal geändert.

Sehr bezeichnend drückt sich „Daily News", der man Beziehungen zur englischen Regierung nachsagt, dahin aus, es sei zu hoffen, daß das Hauptwerk der Expedition vollendet ist, bevor Graf Waldersee in China eintrifft. Das möchten wir auch wünschen!

Inzwischen gestalten sich die Verhältnisse in China immer bedenklicher. Die „Times" melden aus Shanghai vom 7. August: Der Taotai erließ eine Verfügung, durch die die Ausfuhr von Lebensmitteln verboten wird, eine Maßregel, die allein zu bezwecken scheint, den Verbündeten in Nordchina die Zufuhr abzuschneiden. Dampfer, die vom Yangtse eintreffen, berichten, daß unter den Truppen, in der Nähe von Nanking eine erhöhte Geschäftigkeit zu bemerken sei und neue Batterien errichtet würden, die die strategischen Punkte am Flusse beherrschen. — In einer Versammlung der Flottenoffiziere, die am 10. August unter dem Vorsitze Seymours stattfand, wurde beschlossen, nöthigenfalls zum Schutze der europäischen Niederlassungen Truppen zu landen. Der dienstälteste Flottenoffizier solle sofort das Kommando über alle Reserven, die sich auf dem englischen Konsulat befinden, übernehmen, und als thatsächlicher Oberkommandirender aller an Land befindlichen Seeleute und Freiwilligen angesehen werden. Die auf solche Weise verfügbar werdende Truppenmacht beläuft sich auf 2400 Mann, darunter etwa die Hälfte Freiwillige. Der Taotai erhob Widerspruch bei den Konsuln gegen die Absendung der Brigade. Die Konsuln verlangten, daß er den Einspruch schriftlich niederlegen solle.

Wie aus amtlicher Quelle verlautet, traf Admiral Seymour mit dem Vizekönig Vorbereitungen hinsichtlich der Besetzung der Fremdenniederlassung in Shanghai durch die Engländer. Zwei indische Bataillone erhielten den Befehl, sich bereitzuhalten, um nach Shanghai zu gehen. 3000 Schwarzflaggen verließen Kanton, augenscheinlich um nach Peking zu gehen.

Wie die „Agenzia Stefani" aus Hongkong vom 8. August meldet, hat der Generalgouvernör von Kanton dem italienischen Konsul versichert, daß er eine von diesem an den italienischen Gesandten in Peking gerichtete Depesche dem Tsungli-Yamen übermittelte.

Weiter meldet die „Agenzia Stefani", daß nach einer kaiserlich-chinesischen Verordnung vom 2. August die fremden Gesandten in Peking unter dem Schutze chinesischer Truppen nach Tientsin abgehen sollen.

Das österreichische Ministerium des Aeußern erhielt vom österreichisch-ungarischen Geschäftsträger Frhrn. v. Rosthorn eine aus Peking vom 4. August datirte chiffrirte Depesche, die vom Ministerium für authentisch gehalten wird. Die Depesche besagt: Das österreichisch-ungarische Gesandtschaftsgebäude nebst Inventar und Archiv ist am 21. Juni verbrannt. Wir vertheidigten seit dem 20. Juni gemeinsam mit dem französischen Detachement das französische Gesandtschaftsgebäude, das unausgesetzt aus Gewehren und Kanonen beschossen wurde. Ein Theil dieses Gebäudes wurde durch Minen zerstört. Wir beklagen folgende Verluste: Fregattenkapitän Thomann und drei Matrosen todt, Boyneburg und zwei Matrosen schwer verwundet, jedoch außer Gefahr. Seit dem 16. Juli blieben die Angriffe der Chinesen ohne intensivere Wirkung. Die chinesische Regierung sucht uns zur Abreise nach Tientsin unter sicherem Geleite zu bewegen; wir sind jedoch auf dieses Anerbieten bisher nicht eingegangen."

Aus Washington meldet Reuter's Büreau: Nach einer Konferenz zwischen dem Präsidenten McKinley, dem stellvertretenden Staatssekretär des Aeußern, Adee, dem Sekretär des Kriegsamtes, Root, und dem Generaladjutanten Corbin wird Morgen an den amerikanischen Konsul Grodnow in Shanghai ein Kabeltelegramm zur Uebermittelung an die derzeitige chinesische Regierung durch Li-Hung-Tschang, Scheng oder Andere übersandt werden. Dem Vernehmen nach wird hierin nachdrücklich erklärt, daß das Vorgehen unverzüglich erforderlich sei. Die Mittheilung spricht nicht direkt von einem Ultimatum, ist aber sehr bestimmt gehalten. Die Beamten in Washington erachten die Lage des Gesandten Conger und seiner Kollegen für sehr gefährlich. Die Regierung ermahnte Conger, gutes Muthes zu sein, und theilte ihm mit, daß der Entsatz bevorstehe. — Es wird nunmehr zugegeben, daß die Depesche an den Konsul Grodnow thatsächlich ein Ultimatum darstelle, da die Lage unerträglich geworden sei. Es sind Vorkehrungen getroffen, um, falls es nothwendig werden sollte, sofort weitere Truppen von Luzon nach China zu senden.

Der russische General Grodekow berichtet an den Kriegsminister aus Chaberowsk vom 7. August: Ein Detachement des Generals Rennenkampf, das abgeordnet war, die geschlagenen Chinesen zu verfolgen, kehrte gestern nach Aigun mit zwei, den Chinesen abgenommenen Mitrailleusen und neun Fahnen zurück. Die Chinesen flohen. Um den Erfolg Rennenkampf's weiter auszunutzen, wurde eine neue Verfolgungskolonne, bestehend aus 4 Schwadronen Kosaken und 2 Geschützen, nachgeschickt.

„Daily Mail" meldet aus Tschifu vom 7. d. M.: Die Russen nahmen die Eingeborenenstadt Niutschwangs ein und zerstörten dieselbe.

Der amerikanische General Chaffee sagt bei der Beschreibung der Einnahme von Peitsang: Die Amerikaner hatten eine rückwärtige Stellung inne, von wo aus eine Umgehungsbewegung gemacht werden sollte; sie konnten sich aber nicht in Linie formiren. Die Verbündeten werden auf das linke Peihoufer hinübergehen und auf Yangtsun vorrücken.

Der „Wiener Abendpost" zufolge ist zur weiteren Verstärkung des österreichisch-ungarischen Geschwaders in Ostasien der Torpedokreuzer „Leopard" in Aussicht genommen, der jedoch zuerst eine Mission in der Südsee zu vollführen hat.

Von der Weltbühne.

Das Begräbniß unseres Genossen Liebknecht wird **nicht** von der Leichenhalle des Friedhofs in Friedrichsfelde stattfinden, sondern nach nunmehr **geänderten Vereinbarungen** am Sonntag, den 12. d. M., Mittags 12½ Uhr, vom **Trauerhause, Charlottenburg,** Kantstr. 160, nach dem Städtischen Friedhof in Friedrichsfelde erfolgen. Ueber die näheren Arrangements, die von den Parteifreunden noch getroffen werden, sowie über den Weg, den der Zug nehmen wird, bringen wir morgen eine ausführliche Bekanntmachung.

Die Stimmen der gegnerischen Presse über Wilhelm Liebknecht sind, soweit die Beurtheilung seines persönlichen Karakters in Betracht kommt, im Großen und Ganzen anständig gehalten. In den Urtheilen über seine politische Thätigkeit und Bedeutung finden sich natürlich eine Masse Irrthümer und Thorheiten. Die ultramontane „Köln. Volks-Ztg." schreibt u. A.:

„Er war einer der „Unentwegtesten" und Radikalsten unter seinen Parteigenossen, recht eigentlich ein Vertreter der ungemauserten Sozialdemokratie. Den Gegnern irgend ein Zugeständniß machen, war nicht seine Sache. Auch für neue Ideen war er schwer zugänglich. Er vertrat mit dem Eigensinn eines Fanatikers heute, was er vor 40 oder 50 Jahren vertreten hatte und hatte auch für neue Gedanken in der eigenen Partei keinen Sinn".

Dieses Urtheil ist falsch und ungerecht. Das Gegentheil ist die Wahrheit. Wie sehr Liebknecht neuen Ideen zugänglich und bereit war, einen durch die Macht der Entwicklung überwundenen Standpunkt prinzipieller oder taktischer Natur aufzugeben, hat er oft genug bewiesen. Hauptsächlich seiner kritischen Schärfe ist es mit zuzuschreiben, daß die Partei die Lehre vom ehernen Lohngesetz, das Schlagwort von der „einen reaktionären Masse", die Theorie vom „Arbeitsertrag" und den „vernunftgemäßen Bedürfnissen" 2c. 2c. preisgegeben hat.

Es ist ja auch nicht wahr, was das Zentrumsblatt weiter sagt, daß Liebknecht sich „in der Rolle eines Parteipropheten gefallen habe". Er hat lediglich sich immer bemüht, aus den Thatsachen die richtigen Folgerungen zu ziehen. War er doch der Urheber des bekannten Wortes vom „Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in die sozialistische."

Schließlich meint das Blatt: „Wie er der unerschütterlichste Vertreter der sozialdemokratischen Weltanschauung war, so war er auch der eifrigste und aufrichtigste Pfleger des Internationalismus. In Frankreich, England, Belgien, Holland, überall hatte er persönliche Bekannte, und auf den Kongressen erschien er als Hauptvertreter der deutschen Sozialdemokratie. Zu Reichthümern hat L. es nicht gebracht, und es war daher nicht schön, daß man dem Parteiveteranen auf einem sozialdemokratischen Parteitag die Höhe seines Gehaltes als Hauptredaktör des „Vorwärts" bemängelte. In religiöser Beziehung hat sich Liebknecht von der verbissenen Gehässigkeit mancher seiner Genossen ferngehalten; er bezeichnete sich selbst als einen „Gegner der Pfaffen sowohl, wie der Antipfaffen". Auch der politische Gegner muß dem alten Liebknecht das Anerkenntniß mit in's Grab geben, daß er ein politischer Karakter war, was in unserer Zeit schon sehr viel bedeutet."

Ausländische Blätter über Wilhelm Liebknecht. Unser Wiener Parteiorgan schreibt:

„Die internationale Sozialdemokratie betrauert in Liebknecht nicht nur den Führer der deutschen Partei, sie verliert einen unersetzlichen Vertrauensmann und Mittelsmann. Liebknecht war der Internationalste von uns Allen, seine reiche Erfahrung, seine erstaunliche Sprachenkenntniß, sein vielfältiger und langer Aufenthalt in England und Frankreich, seine intime Freundschaft mit den Vätern der Internationale befähigten ihn zu diesem Amte wie keinen zweiten, und der bevorstehende Kongreß in Paris wird seine Mitarbeit schmerzlich vermissen. Näher aber noch als allen Anderen stand Liebknecht der österreichischen Sozialdemokratie, mit der ihn seit den Sechsziger Jahren enge Beziehungen verbanden. Mit unseren deutschen Brüdern trauern wir an seinem Sarge und beweinen nicht nur den Genossen, sondern auch den Freund.

„So ist Wilhelm Liebknecht dahingegangen, der die Anfänge der Sozialdemokratie gesehen, der alle ihre Schlachten mitgefochten und dessen unüberwindliche Tapferkeit uns Allen Erhebung und Beispiel war. Die denkende Arbeiterschaft des ganzen Erdkreises kennt seinen Namen, wird seiner gedenken und erneuert am Tage, da sein Licht erlosch, das Gelöbniß, zu kämpfen, wie er, bis zum letzten Athemzuge, für die Befreiung des Proletariats."

Die Pariser „Petite République" theilt ihren Lesern die Trauerkunde mit und bringt einen warmen Nachruf aus der Feder Gérault-Richards, in welchem es heißt: „Liebknechts Tod wird von dem Proletariat des ganzen Erdenrunds beweint werden. In Frankreich kannte man ihn fast so gut wie in Deutschland. . . . . In voller Kraft ist er gefallen. Die Sozialdemokratie Deutschlands verliert in ihm den verehrten Veteranen. Aber wie groß ihre Trauer auch sein möge, die unsere wird gleich sein." — In derselben Nummer des französischen Parteiorgans bringt Gabriel Bertrand eine treffliche Biographie unseres alten Soldaten.

Das Zentralorgan unserer italienischen Genossen, der „Avanti", schreibt: „Wilhelm Liebknecht ist todt. Der Aelteste der sozialistischen Parteien Europas, der tapfere Kämpfer der deutschen Sozialdemokratie, der Streiter, dessen wunderbare Frische weder Kerker noch Exil schwächen konnten, ist in Berlin gestorben. Er lebte in der schwierigsten Periode der sozialistischen Aktion, als inmitten der heftigsten Verfolgungen die erste Saat der neuen Ideen ausgestreut wurde. Von daher kam ihm die historische Bedeutung, gleichsam als wenn er in sich den ganzen Inhalt einer Epoche, alle Schmerzen und alle Glorie unseres ersten Erscheinens in der Welt vereinigte. Stark, von einer Stärke, wie der Ernst und die Ueberzeugungstreue sie giebt, bot er bis zuletzt den reaktionären Verfolgungen die Stirn. Wir erinnern uns, daß er noch vor wenig Jahren, schon alt und krank, einige Monate Kerker erduldete. Die deutsche Sozialdemokratie, obwohl sie heute stark und reich genug an jungen und neuen Kräften ist, um ohne den Rath ihrer berühmtesten Veteranen fortzuschreiten, könnte doch heute nicht von einem schwereren Schlage betroffen werden. Und der Kampf der deutschen Sozialdemokratie ist der Kampf aller Sozialisten der Welt."

Das Organ der belgischen Genossen, der Brüsseler „Peuple", theilte die Trauernachricht durch Extraausgabe mit und feierte das Andenken des theueren Todten.

Die bürgerliche „Independance belge" sagt: „Mit Liebknecht verschwindet einer der interessantesten, selbstlosesten Zeitgenossen. Für die deutsche Sozialdemokratie ist sein Tod ein unersetzlicher Verlust."

Manifestation der internationalen Sozialdemokratie beim Tode Liebknechts. Fast unzählig sind die Telegramme und Beileidskundgebungen, zu welchen der Tod unseres geliebten Vorkämpfers das internationale Proletariat veranlaßt hat. Wer da zweifeln möchte an der internationalen Solidarität der Arbeiter, der blicke darauf hin, wie an allen Ecken und Enden der zivilisirten Welt Kundgebungen des Schmerzes über den Tod des Mannes, den wir mit Stolz einen Deutschen nennen, stattfinden. Bei unserem „Erbfeind", in Frankreich, theilt man die Gefühle der deutschen Genossen. Die französischen sozialistischen Abgeordneten, die Bürgermeister und Munizipalräthe französischer Städte sandten als erste ihre Beileidstelegramme. In Belgien wehen auf den zahlreichen „Maisons du Peuple" die umflorten rothen Fahnen halbstock. Die Geheimorganisationen der russischen Arbeiter richteten rührende Beileidsschreiben an die deutsche Partei. Aus Italien, wo wiederum die Sozialistenhatz ihre Opfer fordert, sandten die sozialistischen Abgeordneten und die Redaktionen der Parteiblätter Telegramme. Unsere österreichischen und schweizerischen Freunde drückten in warmen Worten ihre Sympathie und ihre Trauer aus. Von den Skandinaviern kamen aus den verschiedensten Städten Beileidstelegramme. Die Ungarn, die Rumänen, die Engländer, Alle künden sie ihren Schmerz und ihre Theilnahme beim Hinscheiden unseres Liebknecht. Wir müssen es uns versagen, den Wortlaut der vielen Telegramme aufzuführen; es ist auch unnöthig, denn alle stimmen sie überein in der Verehrung für den alten Soldaten der Revolution, in der brüderlichen Sympathie für die deutsche sozialdemokratische Partei, deren schweren Verlust sie beklagen.

Viele Deputationen aus dem Ausland sind für die Todtenfeier angemeldet.

Stimmungs-Mache. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" bemühen sich als publizistische Vertretung Krupps, Stimmung für die Weltpolitik zu machen und bei ihren Lesern den Eindruck zu erwecken, als ob in Deutschland immer weitere Kreise sich dem Imperialismus zuwenden. Ein besonderer Werth wird dabei auf das Zentrum als ausschlaggebende Partei gelegt und so giebt das Blatt freudestrahlend eine Aeußerung des „Elsässer" wieder, die in dem Satze gipfelt: „Daß er (Bülow) Weltpolitik treibt, ist lediglich eine Folge der allgemeinen wirthschafts- und verkehrspolitischen Entwicklung, die man im Hinblick auf das damit verbundene größere Risiko bedauern mag, die man aber mit den schönsten Leitartikeln, Reichstagsreden und Resolutionen nicht zu ändern vermag." (S. die nachstehende Notiz, aus der sich ergiebt, daß das klerikale Blatt bereits den Rückzug angetreten hat.)

Auch auf die „Frankf. Ztg." glaubt das Krupp-Organ sich berufen zu können, weil jenes Blatt einen Brief aus Bremerhaven veröffentlicht hat, in welchem es heißt:

„Die Stimmung der Mannschaften ist ausgezeichnet, aber ruhig. Die Leute wissen recht wohl, daß sie nicht zu einem Kinderspiel ausziehen. Bei Vielen hat die Sehnsucht, einmal herauszukommen, etwas zu sehen, bei der Meldung mitgewirkt. Für unsere Weltpolitik ist dieses Moment nicht gleichgültig. Es wird, wenn die Ueberlebenden der Expedition, hoffentlich in recht großer Anzahl, zurückgekehrt sind, künftig viele Tausende von Bauern, Arbeitern, Handwerkern geben, die bis in das Gelbe Meer gefahren sind. Im baierischen Hochgebirge, in den sächsischen Industrieorten, in Schlesien und Baden werden Leute anzutreffen sein, die aus eigener Anschauung wissen werden, was für ein Ding der Aequator ist und wie das Rothe Meer aussieht. Schon jetzt wirkt dieser Kriegszug mächtig auf die Phantasie des Volkes ein. Einfache Frauen unterhalten sich über China; Bauern aus der Umgegend von Oldenburg und Hannover, die gekommen sind, sich den großen Kriegszug anzusehen, fragen mit Interesse nach den Stationen der Reise. Langsam, aber unaufhaltsam verschwinden im entlegensten Orte die Zeiten, da man es als eine angenehme Gelegenheit zum Kannegießern betrachtete, wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen. Diesmal sind es unsere Söhne, Brüder, Freunde, denen es gilt, und jeder Schuß hat einen Widerhall in tausend Herzen."

Gegen die Fruktifizirung dieser Auslassung zu Gunsten der Weltpolitik wendet sich die „Frankf. Ztg." mit folgenden Bemerkungen:

„Wir können dem Berliner Blatte nur empfehlen, das genau zu lesen. Die Schwärmerei für die uferlose Flotten- und Weltpolitik ist heute nicht etwa die Folge klarer Einsicht, sondern ein Ausfluß des Gefühlslebens. . . . . Je mehr Deutsche hinauskommen, desto mehr werden die Dinge bekannt, wie sie wirklich sind und desto mehr wird man auch die ungeheuren Gefahren dieser Weltpolitik erkennen, die da droht, den Bestand des Reiches in überflüssigen und unrentablen Unternehmungen zu riskiren. Wenn jeder Schuß Widerhall in tausend Herzen findet, wird man es sich doppelt und dreifach überlegen müssen, abzufeuern. Wir haben die Besetzung Kiautschous für eine verfehlte gehalten und der Verlauf hat uns bisher sicher nicht Unrecht gegeben. Wir haben aus unseren Bedenken gegen die Ausdehnung der Chinaexpedition kein Hehl gemacht, wobei wir uns auf den früheren Gesandten v. Brandt berufen können. Mit einer Welteroberungspolitik, mit dem Streben nach einer deutschen Einmischung in alle Händel und einem Friedengebieten auf allen Meeren sind wir nimmermehr einverstanden. Die Chinaexpedition wird vermuthlich dazu beitragen, die erhitzten Gemüther abzukühlen und der nüchternen Kritik wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen. Hätte man den Reichstag, wie es sich gehört, rechtzeitig zusammenberufen, so würden sich wohl schon Beispiele für die eintretende Ernüchterung ergeben haben — aber die Volksvertretung durfte ja bisher nicht mitreden!"

Zu Gunsten der Weltpolitik veröffentlichte dieser Tage der klerikale „Elsässer" einen Artikel. Derselbe wurde von nationalliberalen Blättern mit Behagen als Beweis der „wachsenden Begeisterung des elsaß-lothringischen Volkes für die chinesische Kampagne" zitirt. Der „Elsässer", der inzwischen zu der Einsicht gelangte, daß er sich mit seinen Ausführungen zu Gunsten der Weltpolitik in die Brennesseln setzte, tritt bereits den Rückzug an. Das Blatt führt u. A. aus:

„Die Weltpolitik und die Weltmacht bringen Deutschland, England und Frankreich den Aufruhr in China, von dem kein Mensch weiß, wann er enden, wie viel er kosten wird. China weiß sich heute stark genug, um allen Theilungsgelüsten ein Ende zu bereiten. Deutschland verzichtet auch auf Theilung und könnte ruhig dem Brand in Asien zuschauen, wenn es nicht in China, als richtige Weltmacht, gepachtet hätte. Man hat ja in Berlin das Wort gehört: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser"; vorläufig liegt sie im Wasser, und das Wasser wird mit Blut gefärbt. Die stolzen Worte hatten ja Grund, und der Grund rechtfertigte die Ausgaben für die Riesenflotte. Bei der rasenden Ueberproduktion der Industrie in England und Deutschland zieht der Geschäftsreisende in China und sonstwo den Revolver hervor, wenn der Chinese nicht kaufen will, und spricht: Kaufe oder stirb. Nun aber wollen die Chinesen nicht kaufen, und das Sterben bieten sie dem europäischen Geschäftsreisenden an. . . .

„Der deutsche Kaiser spricht: „Der Wellenschlag des Ozeans zwingt uns, als großes Volk, zur Weltpolitik; ohne den deutschen Kaiser darf keine Entscheidung mehr fallen." Napoleon I. war auch dieser Ansicht, der Ausgang aber war nicht verlockend.

„Chinas Erhebung hat viele Bedenken erregt gegen Weltpolitik und Weltmacht. Als die zweite Berathung des Flottengesetzes die Kosten der Flotte über zwei Milliarden hinauf trieb, wehklagte ein katholisches Blatt: „Es hat eine Art Resignation Platz gegriffen gegenüber den wachsenden Forderungen der Heeres- und Marineverwaltung. Der Widerstand nützt doch nichts mehr; der Militarismus ist zur Weltkalamität geworden." Also Weltmacht, Weltkalamität."

Diese Auslassungen bekunden keine große „Begeisterung". Sie sind vielmehr eine wohlverdiente Douche für die Organe, die sich bereits an der angeblich wachsenden Chinaluft der reichsländischen Bevölkerung erwärmten.

Nur noch die öffentlichen Werbebüreaus fehlen, dann haben wir schon jetzt das früher so sehr perhorreszirte englische System zur Schaffung eines Söldnerheeres. In Schwiebus, so wird dem „Vorwärts" geschrieben, ist am Freitag und Sonnabend ein Polizeibeamter zu 145 Reservisten jüngerer Jahrgänge, meist Pioniere und Artilleristen, gegangen und hat sie gefragt, ob sie nicht als Freiwillige mit nach China wollten. Wie der Gewährsmann mittheilt, ist ihm nicht ein einziger Fall bekannt geworden, wo die Frage Erfolg gehabt hätte.

Mit der Freiwilligkeit der Freiwilligen muß es doch sehr bedenklich stehen, wenn schon die Polizei mobil gemacht wird, um Werberdienste zu thun. Bringen wir es vielleicht auch noch zu den „Preßgängen", dem zwangsweisen Aufgreifen dienstfähiger Leute, wie sie in England noch im Anfang dieses Jahrhunderts an der Tagesordnung waren?

Die rechtliche Stellung des ostasiatischen Expeditions-Korps ist in den letzten Tagen in der Presse viel erörtert worden. Der „Frankf. Ztg." wird dazu geschrieben:

„Im Ganzen kann es zunächst gleichgültig sein, ob das Expeditionskorps eine unter dem Oberbefehl des Kaisers vereinigte Truppe verschiedener Landeskontigente oder eine Reichstruppe ist und welche Eigenschaft der chinesische Feldzug hat. Aber die Schlußfolgerung, welche der ordentliche Professor des Staatsrechts zu Erlangen, Dr. Hermann Rehm, in einem von den „Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlichten Artikel aus dem von ihm behaupteten Karakter der Expedition als einer gewaltsamen, nicht kriegerischen Intervention zieht, muß als eine ungeheuerliche abgewiesen werden. Rehm sagt, die völkerrechtlich wichtige Folge des Umstandes, daß es sich um eine völkerrechtlich zulässige Einmischung der Großmächte in eine innere chinesische Angelegenheit ohne Krieg handle, sei diese: „es gelte für diese Gewaltanwendung nicht Kriegsrecht, also auch nicht die Pflicht der Einhaltung der Gesetze der Humanität, welche das Kriegsrecht für die kriegführenden Truppen vorschreibe, keine Schonung des kranken, des verwundeten, des sich ergebenden Gegners."

Dieser Satz macht uns staunen. Es sind Regeln des Völkerrechts, daß im Kriege untersagt ist: „Die Tödtung eines Feindes, welcher seine Waffen niederlegt und ohne Vertheidigungsmittel sich auf Gnade und Ungnade ergeben hat" — „die Erklärung, daß kein Pardon gegeben werde". S. Bulmerincq, Völkerrecht bei Marquardsen „Handbuch des öffentlichen Rechtes", B. I, 2. Halbband S. 363. Und über die Behandlung Kranker und Verwundeter vergleiche die Genfer Konvention! Nun ist doch der Krieg die schlimmste Form der Störungen in den Beziehungen der Völker. Bei einer bewaffneten Intervention, die doch nur im Namen der Ordnung sich vollziehen kann, und welche sonach naturgemäß nur jene Vollmachten giebt, die zur Ausführung des Zweckes erforderlich sind, da sollten die Regeln des Völkerrechtes schweigen, blos, weil formell kein „Krieg" besteht? Allerdings sind bewaffnete Interventionen bisher so selten gewesen, daß sich besondere internationale Gepflogenheiten nicht bilden konnten. Aber wenn das Völkerrecht wirklich „Recht" ist, so folgt doch a majore ad minus, daß man bei der „Intervention" mindestens sich die Beschränkungen auferlegen muß, welche sogar im Kriege gelten. Und wer ist eigentlich der „Gegner" bei der Intervention? Die „Gesetze der Humanität" bedürfen zu ihrer Begründung nicht des Rechtes; mag immerhin der Barbar sich auf eine Lücke im Codex berufen; Barbar bleibt er doch."

Auf Kritik und Widerspruch stößt die neueste Bielefelder Rede des Kaisers in einem Blatte, wo man es nicht vermuthen sollte, in dem Berliner Antisemiten-Organ, der „Staatsbürger-Zeitung". Diese erinnert sich trauernd an die Bielefelder Rede des Kaisers vom 18. Juni 1897, die das bekannte Programm enthielt: Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände in Stadt und Land, Stärkung des Mittelstandes, Kampf gegen den Umsturz. Das Blatt behauptet, daß dieses Programm unerfüllt geblieben sei. Es hat zum Schutz der nationalen Arbeit kein Vertrauen. Es verschweigt undankbar, daß dem Mittelstand zu Liebe doch das Waarenhaussteuergesetz gemacht worden ist. Am meisten aber bedauert es, daß aus der Bekämpfung des Umsturzes, womit wohl das Zuchthausgesetz gemeint sein soll, nichts geworden ist, und dann fährt es fort:

„In der jetzigen Rede finden wir leider keine Anklänge an die Ansprache vom Jahre 1897. Das macht an sich schon bedenklich und legt die Befürchtung nahe, daß jenes Programm hinter den neuen Aufgaben hat zurücktreten müssen, die der Kaiser in seiner gestrigen Rede so fesselnd umschreibt. Noch bedenklicher stimmt uns aber die Wahrnehmung, daß das jetzige Programm der Weltmachtpolitik nicht genügend der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands während der letzten dreißig Jahre Rechnung trägt. Kaiser Wilhelm der Große, der nach Meinung unseres jetzigen Kaisers allein das Reich zusammengeschweißt hat, erreichte dieses Ziel nur durch den Beistand des Fürsten Bismarck, nur dadurch, daß er sich der Genialität und Thatkraft seines Kanzlers unterordnete. König Wilhelm hätte so Großes nicht erreicht, wenn er geglaubt hätte, den Kanzler entbehren, sein eigener Kanzler sein zu können. Die Politik des alten Kanzlers hat uns, auch ohne es zu versprechen, thatsächlich herrlichen Zeiten entgegengeführt. Sie hat es auch ohne vorherige Ankündigung vermocht, daß damals der Arm des Deutschen Kaisers auch bis in die entferntesten Theile der Welt reichte. Nach dem Rücktritt des alten Kanzlers ist es eine Zeit lang bergab gegangen: „Wir mußten uns drücken von Ort zu Ort, der alte Respekt war eben fort". Ob wir jemals wieder die machtgebietende Stellung erringen werden, die wir unter Bismarck innehatten, soll erst bewiesen werden. Zweifellos ist es in letzter Zeit Dank der Umsicht des Grafen v. Bülow anders geworden. Das Deutsche Volk stand bis jetzt in der auswärtigen Politik hinter seinem

Kaiser; es mehren sich aber die Bedenken, ob nicht die Ziele dieser Politik nach und nach zu hoch gespannt werden, ob sie voll im Einklang stehen mit der Leistungsfähigkeit des Volkes, mit den natürlichen Grundlagen des Reiches. In einer solchen Politik lägen aber, auch wenn sie dem besten Wolle entsprungen wäre, die Keime ihres Verfalls."

Also selbst die „Staatsbürgerzeitung" wird irre an der Weltpolitik.

Gegen den Ausnahmegesetz-Furor der Scharfmacher wendet sich selbst ein so „gutgesinntes" Blatt wie die „Weser-Zeitung" allerdings nüchtern und objektiv, aber gründlich mit folgenden Ausführungen:

„Da die Frage eines besonderen deutschen Gesetzes zur Abwehr des Anarchismus wieder angeregt worden ist und wohl so bald nicht von der Tagesordnung verschwinden wird, so ist es vor Allem erforderlich, den Blick auf die italienischen Gesetze zu lenken. Dort hat der Anarchismus seine stärksten Explosionen gehabt, dort hat man die strengsten Gesetze gegen ihn erlassen. Strenge Gesetze mögen gut und nothwendig sein und es ist nichts gegen sie einzuwenden, sofern sie wirklich nur den verbrecherischen Anarchismus treffen. Wer aber glaubt, **mit strengen Gesetzen** das Wundermittel gefunden zu haben, das jenen Wahnwitz austilgt, der muß seine Hoffnungen herabsetzen, sobald er das seit zwei Jahren bestehende italienische Gesetz mit dem Maßstabe von Monza mißt."

Im Sommer 1898 hatte das Ministerium Rudini einen Gesetzentwurf zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe vorgelegt. Der Inhalt war in Kürze der folgende:

1) Der Regierung soll die Befugniß gegeben werden, die Verhängung des Belagerungszustandes bis zur Annahme eines besonderen bezüglichen Gesetzes in Anwendung zu bringen; 2) soll das Gesetz vom Jahre 1894 über das Zwangsdomizil wieder in Kraft gesetzt werden; 3) sollen der Regierung besondere Befugnisse bezüglich der Presse zugestanden werden; 4) die Wiederherstellung aufgelöster Gesellschaften soll verboten werden; 5) die theilweisen administrativen Wahlen sollen bis zum Jahre 1899 verschoben werden; 6) die Regierung soll ermächtigt sein, militärpflichtige Beamte der Eisenbahnen, Posten und Telegraphen einzuberufen, sie dabei aber in ihren Stellungen zu belassen. Weiter werden Gesetzentwürfe vorgelegt über den Schutz der öffentlichen Dienste, über eine Abänderung des Preßgesetzes, ein Gesetzentwurf über die Vereinigungen, Aenderungen des Gesetzes über den öffentlichen Unterricht, welche dahin gehen, die Schuleinrichtungen in Zucht und Ordnung zu halten, und Bestimmungen über die Verpflichtungen militärpflichtiger Personen, welche dem Personal der Eisenbahnen, der Post und der Telegraphenverwaltung angehören.

Das Ministerium Rudini kam über den Gesetzentwurf zu Fall, aber das ihm nachfolgende Ministerium Pelloux brachte das Gesetz am 27. Juli 1898 mit Gültigkeit bis zum 30. Juni 1899 zu Stande.

Im Juni 1899 ging im Parlament ein neuer Spektakel über dieselbe Angelegenheit los. Die Linke machte Obstruktion und die Regierung glaubte genöthigt zu sein, die Maßregeln durch ein Dekret wieder in Kraft zu setzen. Sie fand damit nachträglich sogar die Billigung der Deputirtenkammer und des Senats, doch ist das Dekret nicht als Gesetz in seinen Einzelheiten berathen und angenommen. Polizei, Verwaltung und Gerichte verfahren nach ihm, indeß wird die Gültigkeit von der Opposition bestritten.

Soweit das Dekret sich auf den Anarchismus bezieht, theilen wir es hier im Wortlaut mit:

1) Die Sicherheitsbehörde kann aus Gründen der öffentlichen Ordnung öffentliche Ansammlungen und Vereinigungen verbieten. Zuwiderhandelnde werden nach den Bestimmungen des Art. 434 des Strafgesetzbuchs bestraft.

2) Aufrührerische Abzeichen, Fahnen oder Embleme dürfen nicht öffentlich getragen noch ausgestellt werden. Zuwiderhandelnde werden mit Haft bis zu einem Monat und mit Geldstrafe bis zu 300 Lire bestraft.

3) Der Minister des Innern kann außer den vom Strafgesetzbuche bedrohten verbrecherischen Verbindungen durch motivirtes Dekret alle anderen Verbindungen auflösen, welche darauf abzielen, die soziale Ordnung oder die Staatsverfassung im Wege der Thatsachen (gewaltsam) zu beseitigen.

Gegen das Auflösungsdekret ist Rekurs an die vierte Abtheilung des Staatsrathes zulässig, in Gemäßheit der Bestimmungen des Artikel 24 des Gesetzes vom 2. Juni 1889, Nr. 6166. Dieser Rekurs hat keine aufschiebende Wirkung, soweit es sich nicht um das Vermögen der aufgelösten Verbindungen handelt. Wenn die aufgelösten Verbindungen sich wieder bilden, wenn auch unter anderem Namen, so werden die Gründer und Vorstände mit Haft bis zu drei Monaten oder mit Geldbuße bis zu 1000 Lire bestraft.

4. Die Beamten, Agenten und Arbeiter, die zu den Eisenbahnen, Posten, Telegraphen oder zu den Anstalten der öffentlichen Gas- oder Elektrizitätsbeleuchtung gehören, sollte es sich auch um Privatunternehmungen handeln, werden, wenn kein schwererer Thatbestand vorliegt, mit Haft bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Lire bestraft, wenn drei oder mehrere nach Verabredung ihren Dienst oder ihr Amt aufgeben, oder es unterlassen, die regelmäßigen Funktionen ihres öffentlichen Dienstes zu erfüllen. Sind es öffentliche Bedienstete, so kommen außerdem die vom Art. 181 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen zur Anwendung.

Die Anstifter und Vorstände werden mit Haft bis zu sechs Monaten oder mit Geldbuße bis zu 3000 Lire bestraft.

So weit das Gesetz, das das ganze Vereins- und Versammlungswesen in das Belieben der Polizei stellt.

„Kein Mensch" — so bemerkt die „Weser-Zeitung" — wird leugnen, daß das sehr scharfe Bestimmungen sind. Wir wollen sie nicht bekritteln, aber wie man in solchen und ähnlichen Gesetzen ein Allheilmittel gegen den Anarchismus erblicken kann, wo doch die Schandthat von Monza eine Probe auf das Exempel bietet, ist schwer einzusehen.

„Auch Spanien hat nach dem Bombenwurf von Barcelona drakonische Gesetze gegen den Anarchismus erlassen und doch die Ermordung des Ministers Canovas erlebt. Ebenso hat Frankreich nach der Ermordung Carnots seine schon sehr scharfen Gesetze verschärft und muß doch jetzt wieder das Attentat auf den Schah erleben."

Die Berliner „Volks-Ztg." erinnert daran, daß die Zahl der aus religiösem Fanatismus begangenen Morde im Laufe der Weltgeschichte ziemlich angewachsen ist. Es ist aber noch keinem Menschen eingefallen, zu behaupten, daß man mit scharfen Ausnahmegesetzen gegen den religiösen Fanatismus vorgehen müsse. Sogar die italienische Regierung hat die schlimmsten Hetzereien der vatikanischen Presse gegen das italienische Königshaus ruhig hingehen lassen.

Ein arges Fiasko hat die „National-Zeitung" sich selbst bereitet. In einem Artikel stellt sie zunächst die folgenden, von gewissenlosester Hetzsucht zeugenden Behauptungen auf:

„Seit einer Reihe von Jahren sind die republikanischen und sozialistischen Parteien unabläßig bei der Arbeit, das italienische Staatswesen zu untergraben. Nicht die Eitelkeit, die Großmannssucht und der Irrsinn haben Bresci die Mordwaffe in die Hand gedrückt, sondern die Erschütterung jeglicher Autorität, der politischen wie der moralischen, und die Frechheit gegenüber der Monarchie und dem Staatsbewußtsein, die systematisch in Italien von der sozialdemokratischen Presse großgezogen werden. Vergebens haben die Freunde Italiens warnend ihre Stimme erhoben, als im vergangenen Jahre die unheilvolle Obstruktion der äußersten Linken in der Deputirtenkammer begann. Sie würde vor dem Thron Halt machen, hieß es, das Haus Savoyen sei auch den Republikanern heilig. Jetzt ist der König als ein Opfer dieses optimistischen Wahnes gefallen. Den italienischen Umsturzparteien ist nichts heilig, am wenigsten die Person des Monarchen. In ihren Reden schonten die Wortführer der Obstruktion keineswegs den König, sie verfolgten ihn mit ihren Drohungen und Beleidigungen. Auf seiner letzten Reise nach Monza weigerte sich der Gemeinderath von Mailand, ihn zu begrüßen. Und da wagt man, die Parteien, die diese Unruhe genährt, dies Feuer geschürt und die Ehrfurcht zerstört haben, von der intellektuellen Mitschuld an dem Verbrechen freizusprechen!"

In demselben Artikel aber leistet sich das nationalliberale Blatt folgendes Bekenntniß:

„In dem politischen wie in dem gesellschaftlichen Leben Italiens haben Gift und Dolch stets eine erste Rolle gespielt. Die Freiheitsbewegung des modernen Italien setzte mit einer langen Reihe von Verschwörungen ein. Mazzini ist dort noch heute das bewunderte Ideal des patriotischen Verschwörers. Statuen sind ihm zu Ehren gesetzt worden. Der Zweck seiner Bestrebungen entschuldigte die Bedenklichkeit der Mittel, die er zur Befreiung des Vaterlandes anwandte."

O, wie interessant! Also wenn es sich darum handelt, auf den Trümmern eines Kirchenstaates ein neues Königthum von Gottes Gnaden zu errichten — das ist doch der Erfolg der „Freiheitsbewegung" in Italien gewesen — sind Gift und Dolch erlaubte, ja sogar geheiligte Kampfmittel! Das sagt ein deutsches nationalliberales Blatt, nachdem es **gelogen,** daß die Sozialdemokratie „mitschuldig" sei an der Ermordung des Königs! Können denn Blätter, die solcher Leistungen fähig sind, wirklich noch beanspruchen, ernst genommen zu werden? Die „Kreuzzeitung" meint boshaft, man könne es dem „Westfälischen Merkur" da in der That nicht verdenken, wenn er diese Entgleisung der „National-Zeitung" als schneidige Waffe gegen die „Feinde des Jesuitenordens" verwerthet, und den liberalen Herrschaften, die selbst von dem den Jesuiten nachgesagten Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel" ungenirt Gebrauch machen, wenn es ihnen grade paßt, in's Stammbuch schreibt:

„Zu liberalen Zwecken darf man Verschwörungen und Geheimbünde stiften, Aufruhr und Meuchelmord betreiben; aber wenn Sozialisten oder Anarchisten zu denselben Mitteln greifen, dann entrüstet sich der ganze Liberalismus und die Freimaurerlogen insbesondere!"

Das Wort „Sozialisten" muß hier ausgeschaltet werden, denn die Sozialisten sind die wirklich grundsätzlichen Gegner des Meuchelmordes.

Die Boxer im „christlichen" Europa. Der Budapester „Magyr Slo" bringt haarsträubende Details über Judenverfolgungen in Rumänien, die förmlich einen revolutionären Karakter tragen. In Podul Ilvaci wurden kürzlich Juden von bewaffneten Bauernbanden überfallen und ihre Häuser und Einrichtung zerstört. Angeblich sind zehn Juden getödtet und viele verletzt. Das aus Jassy requirirte Militär kam verspätet an. Die Bewegung gewinnt eine immer größere Ausdehnung.

Wahrlich, das „christlich-antisemitische" Boxerthum giebt dem heidnischen in China nichts nach. Auch in Deutschland haben wir ja Antisemiten, die, sich brüstend mit „germanischer Rassenherrlichkeit", mit „nationaler Gesinnung", nichts lieber sehen würden, als die Niedermetzelung der Juden. Und dieses selbige verbrecherische Gesindel schreit am lautesten mit nach Vernichtung der „chinesischen Bestien".

Zollpolitik und China-Aktion. Wie schon mitgetheilt wurde, hat Rußland, wegen der außerordentlichen Ausgaben für den chinesischen Krieg, die Zölle für eine Reihe Artikel des allgemeinen Tarifs für den Handel über die europäische Grenze und aus Finland um 10—50 pZt. erhöht. Nach der „Petersb. Ztg." betreffen diese Zollerhöhungen folgende Artikel:

Erhöhung um 50 pZt.: Mehl, Malz, Grütze, Apfelsinen, Zitronen, Pomeranzen, die Schaalen dieser Früchte und Weintrauben; Früchte und Beeren jeder Art, getrocknet; Kapern und Oliven; Anis, Kümmel und Johannisbrod. Trüffel und Champignons, Gewürze, Lorbeerblätter. Gebrannter Kaffee und Surrogate. Kakaobohnen. Tabak. Honigkuchen und Gebäck. Trauben- und Beerenweine, Meth, Porter, Bier, Cider. Fruchtsäfte. Fische, Austern und Krebse. Fischleim und Gelatine. Fischbein. Wasserschwamm. Rauchwaaren. Gummi, Gummiharze, Kautschuk und Guttapercha.

Erhöhung um 30 pZt.: Roher Kaffee, Wachs, Lederfabrikate, ausgenommen Handschuhe und Fabrikate aus Sämisch- und Glacéleder, Pergament, Saffian.

Erhöhung um 20 pZt.: Eingekochte Früchte, Talg, Lichte, Fackeln, Dochte, Korb- und Flechtwaaren, Marmorplatten, Porzellanwaaren. Naphtaprodukte. Terpentin. Messerwaaren, Blanke Waffen. Brillen, Fernrohre und Operngläser. Uhrmacherwaaren, goldene oder goldverzierte. Equipagen. Rohe Jute. Leinwand und Batist. Wäsche und Kleider. Kupferne Galanteriewaaren.

Erhöhung um 10 pZt.: Schusterleim, Agar-Agar. Häute, gegerbte. Edelholz und Fourniere. Zimmermanns- und Böttcherarbeiten. Tischler- und Drechslerarbeiten, Möbel. Lebende Pflanzen. Gagat. Asbest. Steine, ausgenommen Edelsteine. Thonröhren. Fayencewaaren. Grüne Glaswaaren. Tafelglas. Spiegel. Gummi elastikum und Guttapercha als Fabrikat. Ammoniakpräparate. Natron und Kali. Chlorkalk. Seife. Lack (flüssiger), Siegellack, Flaschenharz. Gerbstoffe. Indigo. Kupferfabrikate, vergoldet und versilbert. Fabrikate aus unedlen Metallen in gleicher Ausstattung. Drahtfabrikate. Schreibpapierwaaren, rohe, Tapeten. Jute-, Flachs- und Hanfgarn. Spitzen, Stickereien, Einsätze. Knöpfe. Schmelzperlen. Schreib-, Zeichen- und Malutensilien.

Für Lumpen sind 3 Rbl. 50 Kop. pro Pud zu erheben; zollfrei ist der Bedarf der Papierfabriken. Für Fahrräder und Theile derselben sind die tarifmäßigen Zollsätze mit 50 pZt. Aufschlag zu erheben. Die Rückerstattung des Zolles für in's Ausland ausgeführte Baumwollenwaaren ist auf 1 Rubel 20 Kop. pro Pud zu erhöhen. Diese Bestimmungen treten am Tage der Veröffentlichung des vorliegenden Befehls in Kraft.

Von der Zollerhöhung sind ausgenommen die Waaren, welche sich am Tage des Eintreffens der Benachrichtigung über die Einführung der vorliegenden Bestimmungen bereits in Zollinstitutionen befinden, sowie solche, deren Frachtdokumente im Laufe des genannten Tages bei den Zollämtern eintreffen. Die durch Verträge gebundenen Tarifsätze bleiben in Kraft.

Die Betheiligung von Arbeiterdelegirten bei Ueberwachung von Bergwerken brauchte in Deutschland nur vorgeschlagen zu werden, um die ganze Meute der Kapitalisten und deren Söldlinge in Berserkerwuth zu versetzen über den Eingriff in die geheiligten Rechte der Kapitalisten. Nach Ansicht der deutschen Kapitalisten verkauft der Arbeiter für den Arbeitslohn nicht nur seine Arbeitskraft, sondern sich selbst. Leben, Gesundheit und seine Bewegungsfreiheit sind nach Ansicht der Kapitalisten in ihren Besitz übergegangen, wenn sie Lohn und einige Pfennige für die Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität für den Arbeiter zahlen. Wie die Betheiligung von Arbeiterdelegirten wirkt, darüber sprach auf dem internationalen Arbeiterschutzkongreß in Paris der Direktor des französischen Arbeitsamtes, Herr Fontaine. Nach dem Bericht der „Soz. Praxis" führte er Folgendes aus:

„Er will nicht die ganze soziale Rolle, welche die Aufsichtsbeamten zu spielen berufen sind, in den Kreis seiner Betrachtung ziehen; er will nur die Resultate berichten, die man seit zehn Jahren in Frankreich mit den Arbeiterdelegirten in der Bergwerksaufsicht gemacht hat. Danach läßt sich unzweifelhaft konstatiren, daß 1) die Einrichtung der Arbeiterdelegirten weder von den Bergwerksbesitzern, noch von den Ingeniören oder Arbeitern ernsthaft beklagt wird; 2) daß man allgemein einig ist über den guten Einfluß, den die Delegirten auf die Instandhaltung der Gruben ausüben; 3) die Unfälle mit viel größerer Umsicht untersucht werden; 4) die bisher mangelhafte technische Ausbildung der Delegirten auch für manche fortwährende Uebelstände verantwortlich ist und daß auch die Stellung derselben gegenüber ihren die Sicherheitsvorschriften außer Acht lassenden Kameraden manchmal noch prekär wird. Der Einfluß der Delegirten auf die Verminderung der Unfälle läßt sich natürlich nicht absolut abmessen, da im Laufe der letzten Jahrzehnte mannigfache sicherheitliche Einrichtungen getroffen wurden; immerhin wäre es unrecht, in der nachstehenden Tabelle nicht die ihnen zukommende Einwirkung auf die Verminderung der Unfälle zuzuerkennen. Es kamen in den Jahren.

1833-1842	i. Durchschnitt	41	tödtl. Unfälle	a. 10000	Arbeiter
1853-1862	„	34	„ „	„ 10000	„
1863-1872	„	29	„ „	„ 10000	„
1883-1892	„	18	„ „	„ 10000	„
1893-1898	„	11	„ „	„ 10000	„

Was die tödtlichen Unfälle in Folge schlagender Wetter betrifft, so gingen dieselben von 7 im Durchschnitt der Jahre 1883—90 auf 0,7 im Durchschnitt der Jahre 1891—98 pro 10000 Arbeiter zurück."

Vergleiche man hiermit die Zahlen der Unfälle mit tödtlichem Ausgange der bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft versicherten Personen. Es kamen in Deutschland auf 10000 Versicherte im Bergbau Unfälle mit tödtlichem Ausgange:

1886	22,—
1887	23,1
1888	21,7
1889	22,7
1890	21,4
1891	23,9
1892	20,2
1893	22,6
1894	19,1
1895	21,5
1896	22,1
1897	20,6
1898	25,4

Während in Frankreich die Zahl der tödtlichen Unfälle ununterbrochen abnimmt, ist die Zahl in Deutschland trotz Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft wenn nicht steigend, so doch fast konstant geblieben. Unstreitig hat die Technik in den zwölf Jahren Fortschritte gemacht. Manches Mittel zur Verhütung von Unfällen ist seit der Zeit gefunden. Wenn trotzdem alle Fortschritte wirkungslos gewesen sind, dann muß man in erster Linie die Ueberwachung verantwortlich machen. Hier kann nur Wandel geschaffen werden, wenn Arbeiterdelegirte an der Ueberwachung theilnehmen. Wenn auch in der Regierung die Absicht bestände, dieses segensreiche Institut in Deutschland einzuführen, so würde dessen Einführung an dem Widerspruch der Unternehmer scheitern. Gegen den Willen der Unternehmer werden in Deutschland keine einschneidende Schutzmaßregeln durchgeführt.

Zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes veröffentlicht der Leiter des Hamburger Armenwesens, Rath Dr. Olshausen, in der neuesten Nummer der „Arbeiterversicherung" einen Aufsatz, worin er auf die Mängel hinweist, die sich in dem jetzigen Gesetze vom Standpunkt der Armenpflege herausgestellt haben. Daß grade die Armenverwaltungen nächst den an der Versicherung unmittelbar Betheiligten an erster Stelle berechtigt sind, Abänderungsvorschläge zu machen, wird man leicht zugeben, da sie ja diejenige Stelle bilden, an die in den meisten Fällen der erkrankte Arbeiter, für den die Krankenkasse nicht ausreichend sorgt, wohl oder übel herantreten muß, und die in dieser Beziehung für Hamburg gemachten Erfahrungen dürften einen gewissen Werth beanspruchen, weil jene Mängel um so deutlicher hervortreten, je größer die Thätigkeit der einzelnen Armenverwaltung und je erheblicher die Zahl der Unterstützten ist. Was nun zunächst den Kreis der versicherten Personen anbetrifft, so hat sich der Mangel der Versicherungspflicht nicht nur für die Hausindustriellen, die Handlungsgehülfen und die Lehrlinge, sondern noch vielmehr für die nicht dauernd Beschäftigten fühlbar gemacht. Grade diese „Gelegenheitsarbeiter" bilden einen großen Theil der alljährlich der öffentlichen Armenpflege zur Last fallenden Kranken. Sie befinden sich auch schon deswegen in einer bedauernswerthen Lage, weil sie, wenn sie bei Erkrankung nicht der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen wollen, den vollen Betrag zur Hülfskrankenkasse zahlen müssen, während der dauernd beschäftigte Arbeiter, wenn er Mitglied einer Zwangskrankenkasse ist, nur zwei Drittel zu zahlen hat. Sodann erscheint nach den Ausführungen Dr. Olshausens eine Erhöhung des Krankengeldes dringend geboten. Bei der jetzigen Höhe des Krankengeldes fällt der erkrankte Arbeiter, der eine Familie zu versorgen hat, bei längerer Krankheit unfehlbar der Armenpflege zur Last. Eine Erhöhung auf mindestens 75 pZt. des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Arbeiter würde wohl möglich sein. Ebenso hat sich die Nothwendigkeit einer Verlängerung der Mindestdauer der Krankenunterstützung herausgestellt. Die Zahl der Fälle, in denen die Armenverwaltung eintreten muß, weil die Leistungen der Krankenkasse erschöpft sind, ist sehr erheblich, und die Nothwendigkeit dieses Eintretens würde oft nicht erforderlich sein, wenn die Krankenkasse nur ein Geringes mehr leisten würde. Es handelt sich oft nur um wenige Tage, derentwegen das Kassenmitglied zum Armenpflegling werden muß. Endlich haben auch noch zu schwerwiegenden Mißständen die Bestimmungen des § 7 Abs. 1 geführt, indem zahlreiche Krankenkassen Krankenhauspflege, auch wenn sie nach dem Gutachten des Kassenarztes unbedingt erforderlich ist, grundsätzlich dann nicht bewilligen, wenn sie auf andere Weise billiger fahren. Die Weigerung der Krankenkasse hat nämlich regelmäßig das Eintreten des Armenverbandes zur Folge. Auch hier würde es nach Dr. Olshausen erforderlich sein, die Kassen zu verpflichten, die nothwendige Krankenhauspflege zu gewähren.

Sämmtliche hier beklagte Mängel wären schon seit 1892 beseitigt, wenn man damals die Anträge unserer Genossen angenommen hätte.

Eine Schiffbau-Untersuchungskommission hat, wie bekannt, das Reichsmarineamt vor einigen Monaten eingesetzt zu dem Zwecke, die Leistungsfähigkeit des deutschen Schiffbaues zu prüfen, um danach die Vertheilung der in der Flottennovelle vorgesehenen Neubauten zu bemessen. Aus den Ergebnissen dieser Untersuchung heben wir Folgendes hervor:

Zur Zeit der angestellten Erhebungen waren in den deutschen Werften der Ost- und Nordsee gegen 35000 Arbeiter beschäftigt, und zwar zum erheblich größeren Theile im Gebiete der Ostsee, wie denn überhaupt, im Gegensatz zur Rhederei, der Schiffbau an der deutschen Ostseeküste einen bedeutenden Vorsprung vor dem der Nordsee hat. Allein die sechs wichtigsten Ostseewerften beschäftigten die Hälfte aller in den Nord- und Ostseewerften zusammen gezählten Arbeiter, und sie verfertigten im Jahre 1898 Schiffe von zusammen mehr als 150000 indizirten Pferdekräften und rund 75000 Tonnen; die Tonnage der auf diesen sechs Werften im letzten Jahre fertiggestellten und noch im Bau befindlichen Schiffe belief sich sogar auf rund 360000 Tonnen. Auch am Bau von Kriegsschiffen, sowohl für Deutschland wie für das Ausland, waren die deutschen Werften an der Ostseeküste in erster Linie betheiligt; sie hatten, abgesehen von den in jenem Jahre fertiggestellten, 1899 noch im Bau: 18 Kriegsschiffe für deutsche und 16 für fremde Rechnung, die Nordseewerften dagegen nur vier für deutsche und keins für fremde Rechnung. Die künftige Leistungsfähigkeit ergiebt ein Vergleich der vorhandenen und projektirten Hellinge; von ihnen zählen die Ostsee- und Nordseewerften die höchst ansehnliche Zahl von je 106; der rastlose Aufschwung geht daraus hervor, daß davon zur Zeit der Untersuchung zusammen 32 neu projektirt waren, also nicht viel weniger als fünfzig Prozent der vorher schon vorhandenen. Die Ueberlegenheit der Ostseewerften zeigt sich wieder bei der Größe der Hellinge; hier giebt es nämlich in Zukunft 21 Hellinge von über 150 Meter Länge, in der Nordsee dagegen kaum halb so viel. Uebrigens ändert der Abstand in der Gesammtzahl nichts an der Thatsache, daß sich auch im Nordseegebiet deutsche Werften allerersten Ranges finden, deren größeste im letzten Jahre sogar die Produktion der größesten deutschen Ostseewerft in Bezug auf den Tonnengehalt der erbauten Schiffe übertraf.

Nachdem bemerkt worden, daß der Kriegsschiffbau auf die Ausbildung des Schiffbaubetriebes sehr vorzüglich gewirkt habe, heißt es weiter: „Der Bau von Handelsschiffen erfuhr eine wesentliche Förderung namentlich durch die bei den Subventionsverträgen für Reichspostdampferlinien vorgesehene Bestimmung, daß die subventionirten Schiffe auf deutschen Werften aus deutschem Material gebaut sein müssen. Auch in anderer Richtung wirkten die Bestimmungen der Subventionsverträge sehr förderlich, nämlich in Bezug auf die Schiffsdockungen und -Reparaturen im Inlande und auf die Errichtung einer deutschen Klassifikationsgesellschaft. Unter denjenigen Erscheinungen, auf welche die Ergebnisse der von der Schiffbau-Kommission veranstalteten Untersuchung aufmerksam machen, verdient nicht zuletzt die in manchen Beziehungen wichtige Ausbildung der Reparaturarbeit beachtet zu werden, die früher fast völlig den englischen Werften überlassen wurde. Zuerst wurden die Werften an der Ostsee durch den Bau von modernen eisernen Schwimmdocks in den Stand gesetzt, jegliche Schiffs- und Maschinenreparaturen in kürzester Zeit zu erledigen. Die Zahl der im Besitz der deutschen Schiffswerften befindlichen Docks stieg von 9 Docks im Jahre 1880 auf 17 im Jahre 1890 und 27 im Jahre 1900, und so wurde es den deutschen Rhedereien ermöglicht, ihre Schiffe nunmehr im Heimathhafen docken und untersuchen zu lassen, während sie früher hierzu meist die englischen, sowie dänischen und schwedischen Docks in Anspruch nehmen mußten. Diese Bevorzugung des Auslandes, namentlich Englands, für Dockungen und Reparaturarbeiten, wodurch den deutschen Werften nicht allein erhebliche Verdienste, sondern auch die werthvollen Erfahrungen über den Bau der Schiffe mit Bezug auf Festigkeit der Verbände und Dauerhaftigkeit des Materials vorenthalten wurden, war theilweise auch darin begründet, daß bis zu Anfang der achtziger Jahre dem deutschen Handelsschiffbau die Unterstützung und Anregung fehlte, welche die Schiffsklassifikationsgesellschaften, Büreau Veritas und Englischer Lloyd, den englischen und französischen Schiffbauern boten. Da es bis Anfang der siebziger Jahre in Deutschland keine nationale Klassifikationsgesellschaft gab, so lag auch seitens der deutschen Rhedereien und Assekuradöre keine Veranlassung vor, die Schiffe in Deutschland repariren, docken und klassen zu lassen. Andererseits fanden die deutschen Rhedereien nur wenig Gelegenheit, bei Reparaturarbeiten die solide deutsche Arbeit kennen zu lernen und auf diese Weise dem Bau von neuen Schiffen in Deutschland Eingang zu verschaffen. Erst das Postdampfer-Subventionsgesetz gab dem Germanischen Lloyd, welcher Mitte der siebziger Jahre als deutsche Klassifikationsgesellschaft gegründet wurde, insofern einen kräftigen Rückhalt, als der Bau dieser Schiffe nunmehr unter seiner Aufsicht erfolgte und die Schiffe bei ihm klassifizirt wurden. Und so trat rückwirkend auch durch den Germanischen Lloyd, nachdem derselbe von den deutschen Rhedereien allgemein anerkannt war, bei den sich stetig mehrenden Reparaturen und Dockungen eine wechselseitige Beziehung zwischen der deutschen Rhederei und dem deutschen Schiffbau ein. Wie wichtig die Schwimmdocks für die deutschen Werften wurden, zeigt z. B. die Verlängerung der Subventionsdampfer „Preußen", „Baiern" und „Sachsen", eine Arbeit, welche zuvor weder in England noch sonstwo zur Ausführung gekommen war."

Wie „öffentliche Meinung" gemacht wird, dafür liegt grade jetzt ein klassisches Zeugniß vor. Die verdächtigen Herrschaften, welche Blutgesetze gegen die Anarchisten verlangen, um so nebenbei die gesammte Arbeiterklasse mundtodt zu machen, berufen sich auf die Autorität des berühmten italienischen Kriminalisten und Rechtslehrers Pessina, dem es hauptsächlich zuzuschreiben ist, daß das neue italienische Strafgesetzbuch die Todesstrafe nicht kennt. Pessina hat seinerzeit im Parlament ihre Aufnahme in das Gesetz mit gewichtigen Gründen und mit großer Geschicklichkeit bekämpft. Nun kolportirt die „Ordnungspresse" aller Länder — selbstverständlich die Organe der deutschen Scharfmacher in erster Linie — folgende Auslassung Pessinas:

„In allen zivilisirten Ländern, auch in den von den Umstürzlern als das Vorbild einer Nation bezeichneten, wie z. B. die Vereinigten Staaten, besteht für Mörder die Todesstrafe. In Italien ist die Todesstrafe abgeschafft, dafür genießt unser Staat die traurige Berühmtheit, das Vaterland der Briganten und politischen Mörder zu sein. Von Orsini bis Passanante, Angiolillo, Caserio, Luccheni, Acciarito, Bresci sind Niederstecher gradezu ein italienischer Ausfuhrartikel. Eben deswegen müssen wir im Namen der Justiz und unseres guten Rufes vor der Welt darauf bringen, daß für Königs- und Meuchelmörder der Galgen wieder aufgerichtet und die Todesstrafe wieder hergestellt werde. Gewissen Sorten Schwächlingen, Dummköpfen und Alkoholikern antworten wir, indem wir mit dem Finger auf die Leichen Carnots, Canovas, Elisabeths von Oesterreich und König Humberts deuten."

Also Pessina hat sich bekehrt? Der berühmte Kriminalist ist zum fanatischen Anhänger der Abschreckungstheorie geworden? Nein — Pessina ist nach wie vor Gegner der Todesstrafe. Im „Giorno" erläßt der Senator Pessina, der Kriminalist, eine Erklärung, in welcher er kurz und bündig erklärt, daß nicht er den Artikel für Wiedereinführung der Todesstrafe geschrieben habe, sondern ein gewisser Alexander Pessina, der aus der Namensgleichheit Kapital geschlagen.

Der wirkliche Autor der Auslassung, über welche die „Ordnungspresse" sich so sehr freut, ist ein unreifer Jüngling, dessen Tiraden verständige Menschen ebenso wenig ernst nehmen werden, wie die Auslassungen eines beliebigen anderen Gigerls, das sich gern einmal aufspielt.

Ueber den jammervollen Zustand englischer Truppen in Südafrika giebt der Kriegsberichterstatter der „Daily News" eine Schilderung, die sich vornehmlich mit den Soldaten des Generalleutnants Rundle beschäftigt. Diesem General ist die schwere und für Lord Roberts rückwärtige Verbindungslinie gewichtige Aufgabe zu Theil geworden, die etwa 80 Meilen lange, von Winburg bis fast an die Basutogrenze sich erstreckende Linie zu halten, um einen Durchbruch der in den Bergen verborgenen Boeren zu verhindern. Mit Entrüstung schildert Mr. Hales, dessen Behauptungen übrigens auch von anderen Berichterstattern bestätigt werden, den jammervollen Zustand der halbverhungerten Soldaten. „Die Leute leiden die bitterste Noth. Viele Fußsoldaten sind so schwach, daß sie sich kaum unter der Last ihrer feldmäßigen Ausrüstung fortschleppen können. Abgemagert und bleich, müde und theilnahmslos schleichen sie auf dem Marsche dahin. Ihre Knie schlottern, ihre Hand zittert und bebt, wenn sie das Gewehr schultern — aber nicht vor Furcht und Wundenschmerz, sondern vor bloßer Schwäche, Entkräftung und Blutarmuth, herbeigeführt durch fortwährenden Hunger." Die täglichen Fleisch- und Mehllieferungen sind kaum genügend, um einen Mann in gewöhnlichen Lebensverhältnissen vor Hunger zu bewahren, um wie viel weniger eine Heeresabtheilung, die Tag und Nacht auf der Lauer zu liegen hat und oft auf schnell und unerwartet eintreffende Meldungen hin angestrengte Gewaltmärsche von vielen Meilen auszuführen hat. Was ist — so fragt der Berichterstatter — was ist aus all' den gewaltigen Vorräthen an Rum, Thee, Zucker, Kakao und anderen Lebensmitteln geworden, welche für Rundles Armee bestimmt und auch wohl abgesandt worden sind, ihre Bestimmung aber nie erreicht haben? Auf den Güterhallen in all den großen und kleinen Bahnhöfen von Kapstadt, Port Elizabeth und East London her und in den mächtigen Vorrathshäusern der Seehäfen selbst — da sollte man Nachfrage halten. Dort liegen sie unberührt und unbenutzt, während der Soldat an der Front hungert. Man wagt es nicht, sie bis zu Rundles vorgerückter Stellung vorzuschieben, und lieber setzt man die Truppen der Entbehrung aus, als daß man Gefahr liefe, die für sie bestimmten Nahrungsmittel in die Hände des allzeit wachsamen Feindes fallen zu lassen.

Der Krieg in Südafrika hat England, wie der Schatzkanzler dieser Tage im Parlament äußerte, das runde Sümmchen von 69323000 Lstrl. gekostet, also rund 140 Millionen Mark! Die Lorbeeren sind sehr theuer — aber vielleicht macht doch Rhodes für sich einigen Profit. Die werthe Familie des sehr ehrenwerthen Herrn Chamberlain hat ihr Schäfchen schon im Trocknen. Die Untersuchungen eines parlamentarischen Ausschusses haben bereits schöne Skandalgeschichten aufgedeckt, namentlich die Beziehungen des Kriegsministeriums zur Firma Kynoch, deren Inhaber die nächsten Verwandten des Kolonialministers Chamberlain sind (und an der er auch selbst Theilhaber war), bestätigt. Die Firma Kynoch erhielt unter merkwürdigen Umständen und mit noch merkwürdigeren Resultaten die Lieferung sehr großer Mengen jenes Cordit genannten Sprengstoffes zuertheilt, welchen die Firma Nobel zuerst in allen ihren Bestandtheilen allein fabrizirte und in den Handel brachte. Bis 1894 hatte die Firma Kynoch noch keine Fabrik für Herstellung des Cordit und keine Erfahrungen in der Fabrikation, aber die Regierung veranlaßte und ermuthigte sie dazu, sich der Herstellung dieses Sprengstoffes zu widmen. Trotz oder vielleicht in Folge ihrer guten Beziehungen zur Regierung stellte die Firma Kynoch die höchsten Preise, und zwei Mal, als die Preise allzu hoch angesetzt waren, wurde ihr vom Kriegsministerium privatim gerathen, ihre Forderungen etwas herabzusetzen. Noch im Januar dieses Jahres stellte die Firma Kynoch mit 2 Schilling 6 Pence pro Pfund den höchsten Preis, wogegen andere Firmen nur 2 Schilling gefordert hatten. Der finanzielle Sekretär des Kriegsministeriums, Powell Williams, war erst geneigt, das Kynoch'sche Angebot abzulehnen, aber Herr Arthur Chamberlain hatte eine Unterredung mit ihm und sagte ihm, der Verlust des Kontrakts würde ihn ruiniren, er erhielt darauf den Rath, den Preis auf 2 Schilling 3 Pence zu reduziren, und zu dem Preise erhielt er den Kontrakt. Die Sachverständigen des Kriegsministeriums sagten nun vor der Kommission aus, daß nicht nur das Kynoch'sche Cordit das theuerste sei, sondern daß es obendrein an Qualität den dritten Rang einnehme. Dazu kam, daß es ursprünglich geliefert wurde. 241485 Pfund wurden überhaupt nicht geliefert oder wurden nicht angenommen, weil sie die Probe nicht bestanden. Hinter ihren Lieferungsterminen war die Firma Kynoch einmal drei Monate, ein anderes Mal dreieinhalb Monate, einmal drei Wochen und einmal fünf Wochen zurück. Zwei Sorten Cordit konnte die Firma Kynoch überhaupt nicht liefern, und Herr Arthur Chamberlain ging sogar so weit, daß er sagte, es sei unmöglich, die einzelnen Vorschriften der Regierung einzuhalten. Die Firma Nobel lieferte jedoch alle Sorten Cordit und konnte nur einmal die Lieferungsfrist nicht einhalten. Kynochs Fabrik konnte auch insofern die Bestimmungen der Regierungskontrakte nicht erfüllen, als sie nicht in der Lage war, die Bestandtheile des zu liefernden Stoffes herzustellen. Anfangs kaufte die Kynoch'sche Fabrik die zur Herstellung des Cordit nöthige Schießbaumwolle in Deutschland, später machte Kynoch sogar mit Nobel einen Kontrakt, wonach Nobel die Cordit-Paste herstellte, die Kynoch dann zur Ablieferung fertig machte. Später kam Kynoch, d. h. Herr Arthur Chamberlain, seinem Konkurrenten noch weiter entgegen, er schlug nämlich Nobel vertraulich vor, daß er sich mit ihm assoziiren möchte, wobei er geltend machte, daß er seinen „Einfluß" in das Geschäft bringen würde.

Unter solchen Umständen versteht man, warum der Minister Chamberlain den Krieg mit den Boerenrepubliken vom Zaune brach; der Geschäftsmann Chamberlain hatte ja das größte Interesse an einem möglichst lebhaften Konsum von Munition.

Tages-Bericht.

Donnerstag, 9. August 1900.

Hamburg.

Die indische Beulenpest ist bei dem als pestverdächtig im Eppendorfer Krankenhause untergebrachten Steward Rauhut vom Dampfer „Rosario" amtlich festgestellt worden. Ein Extrablatt des „Reichsanzeigers" meldet: „Der im Eppendorfer Krankenhause internirte Steward Rauhut ist an Pest erkrankt, sein Befinden ist befriedigend. Auch die ärztlich beobachteten Personen befinden sich sämmtlich wohl. Es ist Grund, anzunehmen, daß der Fall vereinzelt bleibt."

Uns wurde bereits am Montag von zuverlässiger Seite die Mittheilung gemacht, daß es sich um einen Pestfall handelt, wir hielten es indeß für angemessen, die amtliche Bestätigung abzuwarten, um nicht überflüssige Beunruhigung zu erzeugen. Rauhut wurde in der Nacht zum Sonntag im Allgemeinen Krankenhause eingeliefert, woselbst noch während der Nacht eine ärztliche Konferenz zusammentrat, zu welcher auch der Medizinalrath Dr. Reinke herbeigeholt wurde. Man räumte sofort das ganze Revier, in dem Rauhut untergebracht war, und schaffte Kranke, Wartepersonal und den behandelnden Arzt nach dem Eppendorfer Krankenhause, wo Alle isolirt wurden.

Schwerste Strafe Demjenigen, der Andere an freiwilliger Arbeit hindert. Der Arbeitgeberverband hat folgendes Rundschreiben veranlaßt:

„Verein der Stauer von Hamburg-Altona von 1886.

Streik betreffend.

P. P.

Der Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona fordert die Stauerei-Unternehmer in einem an unseren Vorsitzenden gerichteten Zirkular auf, keine Werftarbeiter bis zur Beilegung der schwebenden Differenzen in ihre Betriebe einstellen zu wollen.

Wir geben Ihnen dies hierdurch mit der höfl. Bitte weiter, strikte darauf hinzuwirken, daß kein Arbeiter aus besagter Branche in Ihrem Betriebe angestellt wird.

Eine strenge Durchführung dieser Maßnahme ist von größter Wichtigkeit, da der Streik immer größere Dimensionen annimmt und die von jener Branche in anderen Betrieben Angestellten ihren Verdienst theilweise dazu benutzen würden, die Streikenden zu unterstützen.

Der Vorstand."

Die ganze Gemeinheit, Gemeingefährlichkeit und Niedertracht, die sich im Arbeitgeberverband beisammen findet, zeigt sich in diesem Schriftstück. Dreitausend Werftarbeiter, die gern arbeiten wollen, werden von den Werftprotzen auf's Pflaster geworfen. Da sie ihre Familien ehrlich ernähren wollen, suchen sie sich andere Arbeit, aber sie werden überall abgewiesen, **weil sie vom Arbeitgeberverband insgeheim verfehmt und zum Verhungern verurtheilt worden sind,** denn es soll auch ausgesprochenermaßen verhindert werden, daß die Ausgesperrten Unterstützung erhalten! Dabei wird immer frech weiter gelogen, daß es sich um streikende Werftarbeiter handelt, während man die Ausgesperrten dem Verhungern überantworten möchte. Pfui Teufel über diese Sippschaft!

Welche dankbare Aufgabe wäre es für den deutschen Kaiser, diesen gemeingefährlichen Gesellen einmal gründlich die Leviten zu lesen!

Mit den Versuchen der Scharfmacherpresse, die Hamburger Scharfmacher weiß zu waschen, beschäftigt sich die Berliner „Volksztg.". Das Blatt schreibt: „Das Organ Krupps erklärt, daß die Werftbesitzer ihren Arbeitern nicht hätten willfahren dürfen, weil der moralische Schaden der Nachgiebigkeit schlimmer gewirkt hätte, als eine Verzögerung des Truppentransportes nach Ostasien!! Hinter diesem Gedankengang liegt zweifellos etwas versteckt, was den Werftbesitzern während der höchstens durch sie selbst verschuldeten Versäumniß wohl öfter sorgenvoll durch den Kopf gegangen ist. Wir leben augenblicklich nicht im Kriegszustand mit China, wenigstens nicht offiziell; wäre das aber der Fall und wäre durch die Aussperrung der Werftarbeiter eine Verzögerung des Truppentransportes entstanden, so würde möglicherweise auf das Verhalten der aussperrenden Unternehmer der § 322 des Strafgesetzbuches angewendet werden, der da lautet: „Wer die mit einer Behörde geschlossenen Lieferungsverträge über Bedürfnisse des Heeres oder der Marine zur Zeit eines Krieges . . . . entweder nicht zur bestimmten Zeit oder nicht in der vorbedungenen Weise erfüllt, wird mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. . . . . . Dieselben Strafen finden auch gegen die Unterlieferanten, Vermittler und Bevollmächtigten der Lieferanten Anwendung . . ."

Der § 229 zwingt Niemanden, mit einer Behörde einen Lieferungsvertrag einzugehen, und wer der Behörde nichts liefern will, selbst wenn sie noch so sehr in Verlegenheit ist, kann nicht dazu gezwungen werden. Wer dagegen einen Lieferungsvertrag abschließt, muß ihn bei Strafe aus § 329 innehalten. Die Werftbesitzer können von Glück sagen, daß wir aus rein formalen Gründen nicht im Kriegszustande sind; die Gefahr einer Verzögerung der Lieferung lag vielleicht außerordentlich nahe, sie haben es aber darauf ankommen lassen — wegen des „moralischen Schadens", der, wie sie nach dem Krupp-Organ meinen, daraus entstanden wäre, wenn den Nietern ein paar Pfennige mehr Lohn gezahlt worden wären. Wenn Herr Krupp mitten in Kriegszeiten bei neuen Abschlüssen mit den Werften exorbitante Eisenpreise verlangte, so würde das durchaus sein Recht sein und die Werften müßten zahlen, sofern sie nicht durch Versäumniß ihrer Verträge mit den Behörden sich strafbar machen wollen. Genau so wie mit Herrn Krupp steht es mit den Werftarbeitern, die im Tagelohn oder Stücklohn stehen und daher durchaus berechtigt sind, eine Konjunktur zu benutzen, aus der die Werftbesitzer Hunderttausende und eventuell Millionen herausschlagen. Die Arbeiter hatten sich keiner Behörde gegenüber verpflichtet; sie können auch nimmermehr als „Unterlieferanten" im Sinne des Gesetzes angesehen werden. Gleichwohl ist es Angesichts der Beflissenheit, mit der die Scharfmacherpresse für die Eventualität zukünftiger Lieferungsverzögerungen die Unternehmer zu decken sucht und auf Bestrafung der Arbeiter bringt, an der Zeit, zu erörtern, ob überhaupt erhöhte Lohnforderungen ein strafbares Verschulden säumiger Kriegslieferanten ausschließen können. Juristisch steht fest, daß ein Arbeitsvertrag kein Lieferungsvertrag ist, und daß die Kriterien des § 329 sich auf Bruch von Verträgen mit Privatpersonen nicht erstrecken. Thatsächlich wird aber in jedem einzelnen Falle zu prüfen sein, ob die Bewilligung der Lohnerhöhung außerhalb des Bereiches der Möglichkeit für die Unternehmer lag. Diese Möglichkeit liegt aber nur dann nicht vor, wenn die Unternehmer kein Geld haben, um die Forderungen zu befriedigen, gleichviel ob ihnen dann der Gewinn aus der Lieferung entgeht oder ob sie gar Schaden aus dem Lieferungsvertrage haben. In beiden Fällen sind die Unternehmer zur Lieferung verpflichtet, da bei Lieferungsverträgen kein Theil dafür einsteht, daß der andere Theil gut dabei fahre. Die Strafbarkeit säumiger

Kriegslieferanten wird also durch Lohnstreitigkeiten mit den Arbeitern nicht aufgehoben.

„Uebrigens geht das Interesse der Arbeiter, was zu bemerken wichtig ist, nicht dahin, ihre Forderungen jemals bis zur völligen Lahmlegung der Betriebe zu stellen und durchzukämpfen. Aber wünschenswerth wäre es, wenn man Mittel fände, die geeignet sind, kritische Situationen schnell zu überwinden. Die Bestrafung von „Rädelsführern“ und dergleichen Dinge, nach denen die Scharfmacher rufen, sind, abgesehen von ihrer moralischen Unzulässigkeit, völlig wirkungslos. Wohl aber wären starke Berufsorganisationen mit Rechtspersönlichkeit im Stande, grade in kritischen Zeiten, bei beiden Parteien, Unternehmern wie Arbeitern, eine gerechte Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände zu schaffen. Einerseits würden sie den Unternehmerhochmuth dämpfen; andererseits wiederum würden sie den Arbeitern das Bewußtsein einer Verantwortung geben, das die stärkste Gewähr gegen jede etwaige Leichtfertigkeit im Wirthschaftsleben ist. Aber das ist ja leider der Punkt, an dem alle wohlmeinenden Versuche scheitern. Die unsozialen Unternehmer wollen keine soziale Gleichberechtigung der Arbeiter und lassen darum einen Frieden auf der Basis der Gleichberechtigung nicht aufkommen. Trotzdem erscheint die organische Durchführung des Koalitionsrechtes als das zuverlässigste Mittel, um in Fällen von gemeiner oder Kriegsgefahr das zur Abwehr nothwendige Zusammenwirken der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu sichern.“

Zur „Vaterlandslosen Gesellen“-Rede des Kaisers bemerkt die „Schlesw.-Holst. Volks-Ztg.“: „Die Bremerhavener Rede wendet sich gegen Arbeiter, die in einem wirthschaftlichen Kampfe eine durchaus passive, rein leidende Rolle spielen, die ausgesperrt sind durch einen unerhörten Gewaltakt der Kapitalprotzen, die nicht irgend Jemand an freiwilliger Arbeit hindern, sondern die selbst an der Arbeit, dem einzigen Mittel, ihr und ihrer Familien Leben zu fristen, gehindert werden. Der Kaiser kann unmöglich der Ansicht sein, daß der Arbeiter, nur weil er Arbeiter und wirthschaftlich schwach, immer und stets Unrecht hat, daß es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, unter der Peitsche, und sause sie noch so brutal, zu kuschen, daß dem Besitzenden aber Alles erlaubt ist. Das kann Wilhelm II. nicht meinen, denn er ist nicht eingeschworen im Hamburger Arbeitgeberverband, kein Spießgeselle jener Rotte von Menschen, die nahezu allein in der zivilisirten Welt eine derartige Sklawentreibermoral vertreten und propagiren. Deshalb muß Wilhelm II. über die Geschichte der Werftarbeiter-Aussperrung in unerhört frivoler Weise getäuscht worden sein.“

Dem „Deutschen Blatt“ gefällt der deutsche Kaiser nicht. Aus Anlaß der „Vaterlandslosen Gesellen“-Rede des deutschen Kaisers schreibt das Antisemitenblatt in einem „Es geht nicht mehr“ überschriebenen Leitartikel: „Eine neue Kaiserrede! Schon seit Jahren pflegen wir mit Zagen und Besorgniß an das Lesen von Kaiserreden zu gehen. Die Freude, die wir oft über den kühnen Schwung und die kräftige Sprache empfunden, womit der Kaiser seine Gedanken darzulegen liebt, hat zu oft einer Bestürzung über Irrthümer Platz machen müssen, die wir in kaiserlichen Reden finden, als daß wir noch mit Ruhe an kaiserliche Reden denken könnten. Für den kaisertreuen Mann, der den monarchischen Gedanken gehütet und gepflegt wissen möchte, der wohl selbst gar oft für die Vertheidigung dieses Gedankens gearbeitet und geopfert hat, ist die augenblickliche Lage fast unerträglich. Er möchte wohl schweigen über die Irrthümer, denen Monarchen gleich allen übrigen Menschen verfallen können, er möchte nicht ein rasches, unausgetüfteltes Wort auf die Goldwage legen und gerne dem lebhaften Temperament vor dem Phlegma den Vorzug geben. Es giebt aber auch schließlich für ihn einen Punkt, an dem er nicht mehr schweigen kann, wo er sich als unwahr gegen sich selbst und seine Mitmenschen erschiene, wenn er schwiege — es giebt eben überall einen Punkt, an dem es heißen wird: Es geht nicht mehr! Denn schließlich muß uns höher stehen als der augenblickliche Monarch der monarchische Gedanke, das Prinzip selber, und es sind Fälle denkbar, in denen man den einzelnen Monarchen preisgeben muß, um das Prinzip zu retten. Nicht kann man von einem monarchisch gesinnten Mann fordern, daß er jeden einzelnen Schritt jedes einzelnen Monarchen billige, auch nicht jeden Schritt seines eigenen Monarchen. Wir Protestanten halten es schon für gefährlich, dem römischen Papste die Unfehlbarkeit zuzugestehen, obgleich diese nur auf geistig-religiöse Dinge bezogen wird — wie viel mehr müssen wir dagegen sein, daß eine Unfehlbarkeit zugestanden werde, die sich auf die überaus verschlungenen Pfade aller weltlichen und politischen Wirrnisse erstrecken müßte! Nein, die Sachlage ist die: Der Kaiser kann irren und hat wiederholt geirrt, und unsere Pflicht ist es, das zuzugestehen, wollen wir nicht in den Verdacht gerathen, gewissenlose Lakaien zu sein, die schwarz weiß und weiß schwarz nennen, wenn es ihrem Gebieter so erscheint. Die Monarchie wird nur so lange Bestand haben, als ihre Verfechter die Wahrheit gelten lassen. Gerathen die monarchisch Gesinnten in den begründeten Verdacht, daß sie unter allen Umständen dem Monarchen zustimmen, daß sie nicht mehr wie freie, aufrechte Männer ihrer ehrlichen Ueberzeugung Ausdruck geben, sondern servilen Palastdienern gleich auf jede eigene Meinung verzichten, so versetzten sie dadurch der Monarchie den schwersten, vielleicht den letzten Stoß. Somit war es gradezu erfreulich, zu sehen, wie einmüthig ein großer Theil der öffentlichen Stimmung sich gegen die Rede wandte, die der Kaiser an die nach China gehenden Soldaten hielt. Denn nur, wer offen dem Kaiser seine Meinung zu sagen gewillt ist, darf auf Erfolg hoffen, wenn er offen den Mitbürgern entgegentritt.“ Das Blatt geht dann näher auf die Rede bei der Dekoration der Vizen ein und bemerkt: „Zunächst würde es uns schon angenehmer berühren, wenn der Kaiser den Arbeitern gegenüber, die doch vermuthlich schon alle im reiferen Lebensalter standen, die überall gebräuchliche Anrede mit „Sie“ und „Ihnen“ angewandt hätte statt des nicht mehr zeitgemäßen „Ihr“ und „Euch“. Eine einfache Uebertragung des militärisch-kurzen Tones auf andere Verhältnisse ist nicht ohne Bedenken, namentlich, da noch nicht bekannt geworden ist, daß der Kaiser auch andere Personen, etwa Fabrikanten, Kaufleute u. dergl., mit „Ihr“ und „Euch“ angeredet hätte. Für diese Unterscheidung liegt kein erkennbarer Grund vor.“ Im Uebrigen vertritt das Blatt den Standpunkt, daß der Kaiser von Herrn Ballin falsche Informationen über die Hamburger Verhältnisse erhalten und daraufhin irrige Anschauungen über die Werftarbeiteraussperrung kundgegeben hat.

= **Zur Aussperrung der Werftarbeiter.** Auf der Werft von Blohm und Voß legten heute Morgen bis auf drei bis fünf Mann wegen Maßregelung einiger Kollegen, die Ausgesperrten-Arbeit zu verrichten sich weigerten, sämmtliche noch in Beschäftigung stehende Schlosser die Arbeit nieder. Es sind das etwa 50 Mann, für die der Werftleitung Ersatzkräfte zu finden so leicht nicht werden dürfte. Im Uebrigen hat sich in der Situation nichts Wesentliches geändert. — Am Dienstag Abend fand im Felsenkeller zu Leipzig-Plagwitz eine außerordentlich gut besuchte öffentliche Versammlung mit der Tages-Ordnung: „Die Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter“ statt. Es referirte J. Birner-Hamburg, nach dessen mit großem Beifall aufgenommenen Auseinandersetzungen wurde eine Resolution angenommen, in der den Ausgesperrten die volle Sympathie erklärt wurde. Auch wurde das Agitationskomite der Leipziger Metallarbeiter beauftragt, zwecks Unterstützung sofort die nöthigen Schritte zur Verbreitung von Listen u. s. w. einzuleiten. Der Erfolg verspricht ein äußerst günstiger zu werden. Ueber die Versammlung selbst wäre zu bemerken, daß ein Einschreiten der Polizei, die doch in Sachsen in diesen Dingen so berühmt ist, nach keiner Richtung hin stattgefunden hat, trotzdem der Referent am Schlusse des Vortrages eine beißende Kritik an der Bremerhavener Rede übte. — Heute findet eine zweite öffentliche Versammlung mit der gleichen Tagesordnung im „Pantheon“ zu Leipzig statt. — Nach der Versammlung vom Dienstag beschloß die Agitationskommission der Leipziger Metallarbeiter, den ausgesperrten Hamburgern zunächst sofort eine Unterstützung von M. 1000 zu übersenden. Man sieht, das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter regt sich aller Orten.

= **Eine Mitgliederversammlung der Sektion Werftarbeiter des Metallarbeiterverbandes,** die ungemein stark besucht war, fand heute Abend bei O. Springborn statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde mit übergroßer Majorität und ohne Debatte ein Antrag abgelehnt, den Berichterstatter des „Hamburgischen Correspondenten“ wegen der unwahren Schreibweise des Blattes über die Aussperrung der Werftarbeiter von der Versammlung auszuschließen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Aussperrung“, nimmt sodann P. Weinheber das Wort. Er schildert an der Hand der allgemein bekannten Thatsachen nochmals die Entstehung, die Ausdehnung und die Entwicklung des Kampfes und polemisirt mit großer Schärfe gegen die bekannten Worte Wilhelms II. über die Hamburger Werftarbeiter. Die objektiv ungerechtfertigten Beschuldigungen des Kaisers gegen die Hamburger Werftarbeiter beruhten offensichtlich auf aus schlauer Berechnung absichtlich gefälschten Informationen des Kaisers durch seine zeitige Umgebung. Jetzt habe das Unternehmerthum ja zwar einen Anlauf genommen, scheinbar einem Wunsche einer neulichen Versammlung der Ausgesperrten, der auf gemeinsame Verhandlungen gerichtet sei, entgegen zu kommen. Nach den Berichten der bürgerlichen Presse hätten die Werftbesitzer gestern eine Sitzung abgehalten, in der sie sich mit der Aussperrung beschäftigt hätten. Nach dem „Hamb. Correspondenten“ sollten die Werftbesitzer beschlossen haben, daß jeder einzelne Arbeitgeber nur mit „seinen“ Arbeitern unterhandeln solle, nach dem „Fremdenblatt“, daß der „Verband der Eisenindustriellen“ unter Umgehung und Nichtberücksichtigung der Organisation der Arbeiter mit den Streikenden und Ausgesperrten verhandeln wolle. Beide Beschlüsse zeugten von großer Selbstherrlichkeit der Herren Unternehmer. Die Situation sei für die Arbeiter aber so günstig, daß sie sich derselben nicht zu unterwerfen brauchten, sondern auf Anerkennung ihrer Organisation dringen könnten. (Lebhafter Beifall.) Hansen polemisirt ebenfalls gegen die Kaiserrede und erinnert an die Zeiten der Choleraepidemie, in denen die Arbeiter Hamburgs der höchst gefährdeten Vaterstadt treu zur Seite gestanden hätten, während die Herrschaften von Bildung und Besitz, die den Patriotismus gepachtet hätten, eilends davongelaufen wären. Wo seien da die vaterlandslosen Gesellen, die das in Gefahr gerathene Vaterland ehrlos im Stich gelassen hätten?! Redner empfiehlt eine Resolution, in der gegen die Behauptungen des Kaisers protestirt wird. Sturm bespricht die verschiedenen bisherigen Verhandlungsversuche. Wenn es die Arbeitgeber nicht pressire, würde die Reiherstiegwerft sicher nicht am Montag die drei Nieter zu sich bestellt haben. Man möge zur Organisation halten und nur durch diese unterhandeln. Zum Zukreuzekriechen sei die Situation noch gar nicht angethan. Junge tritt für strengste Aufrechterhaltung der Beschlüsse auf Verweigerung der Ueberarbeit ein. Sofort, wenn verlangt werde, fordert er weiter, daß die Arbeiter von ihrer Akkordarbeit abgehen sollten, sollen sie die Arbeit verweigern und erklären, wenn es an Arbeitskräften mangele, möge man die Ausgesperrten hereinholen. Nur wenn Menschenleben in Gefahr seien, dürfe keine Arbeit verweigert werden. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes habe sich schon mit dem ihr von der letzten öffentlichen Versammlung gewordenen Auftrage, Schritte zur Vermittlung zu thun, beschäftigt, habe aber vorerst von positiven Schritten abgesehen, weil ja am Montag die Reiherstieg-Werft mit einer Kommission ihrer Arbeiter habe verhandeln wollen. Wenn man jetzt mit der Organisation der Arbeiter nichts zu thun haben wolle, so sei das eine Verhöhnung der Arbeiter. Dieselben hätten nun erst recht Ursache, zu erklären, daß sie die eventuellen Verhandlungen nur durch ihre Organisation führen würden. (Lebhafter Beifall.) Schließlich wurde die gestern schon mitgetheilte Resolution einstimmig angenommen.

Der Verband der Eisenindustriellen hat in seiner Verbandsversammlung beschlossen, daß der Verband bei den Verhandlungen mit seinen Arbeitern die Vermittlung dritter Personen nicht annehmen will.

r. **Arbeitseinstellung.** Vorgestern stellten die bei der Firma Israel auf dem Kleinen Grasbrook beschäftigten Küper die Arbeit ein. Die Ursache dazu soll der dort angestellte Vize gegeben haben. Die dort beschäftigten Leute klagen über schlechte Behandlung.

Die Arbeitsmethode der Hamburg-Amerika-Linie hat heute wieder einmal ein Opfer gefordert. Dampf- und elektrischer Krahn arbeiteten beim Löschen der „Allemannia“ aus einer Luke auf der Rampe 43a, einer über den anderen hinweg. Um 6½ Uhr früh fiel dem Lukenarbeiter M. aus höchster Höhe ein Sack Kaffee auf den Nacken. Um 8 Uhr wurde M. erst dem Hafenkrankenhause zugeführt, nachdem vorher Dr. Döring von der Veddel geholt worden war. Aeußerliche Verletzungen waren nicht vorhanden. 1¾ Stunden mußte also der vor Schmerzen sich windende Verletzte liegen, bevor er in's Krankenhaus gebracht wurde. Läßt sich denn wirklich keine schnellere Beförderung ermöglichen? Wir sollten meinen, daß bei geeigneter Vorkehrung in wenigen Minuten ein Dampfer beschafft werden könnte, der den Transport Verunglückter oder Erkrankter übernimmt. Im Uebrigen sollte behördlicherseits dem unsinnigen Arbeiten im Betriebe der Hamburg-Amerika-Linie ein Ende gemacht werden.

= **Die Ringstraße** erfährt in ihrer Strecke vom Holstenplatz bis zum neuen Telegraphenamt soeben eine erhebliche Verbreiterung des Fahrdammes. Der Wagenverkehr auf der Ringstraße ist dermaßen stark, daß auf dem bezeichneten Theil der Straße bisweilen Verkehrsstockungen eintraten.

Der Bericht des Medizinalrathes über die Medizinische Statistik des Hamburgischen Staates für das Jahr 1899 ist soeben erschienen und bringt wieder eine Fülle von interessantem Material. Wir werden auf den Bericht noch näher eingehen.

Aus dem Wochenbericht über die medizinische Statistik des Hamburgischen Staates. A. Stadt. In der Woche vom 22. Juli bis zum 28. Juli 1900 wurden hierselbst 410 lebendgeborene (Zunahme gegen die Vorwoche 7), 12 todtgeborene (Zun. 2), darunter 384 eheliche (Zun. 6) Kinder angemeldet. — Es erkrankten in der Woche vom 29. Juli bis zum 4. August: An Scharlach 32 (Zun. 1), an Masern und Rötheln 51 (Abn. 51), an Keuchhusten 30 (Zun. 15), an Unterleibstyphus 6 (Abn. 1), an Diphtherie und Kroup 9 (Abn. 6), an Kindbettfieber 2 (Zun. 1), an Wechselfieber 2 (Abn. 3), an Brechdurchfall 105 Kinder bis zu 5 Jahren (Abn. 1) und 20 Erwachsene (Zun. 5). Es starben in der Woche vom 29. Juli bis zum 4. August: 252 (Abn. 60) Personen, darunter im ersten Lebensjahre 117, auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet in der Berichtswoche 19,0, in den Jahren 1881 bis 1890: 25,9. Todesursachen waren: An Scharlach 1 (Abn. 0), an Masern und Rötheln 1 (Abn. 0), an Keuchhusten 7 (Zun. 4), an Diphtherie und Kroup 1 (Zun. 1), an Kindbettfieber 1 (Abn. 1), an Schwindsucht 15 (Abn. 8), akuten Erkrankungen der Athmungsorgane 18 (Abn. 8), akuten Darmkrankheiten 71 (Abn. 5), darunter 70 Kinder bis zu 1 Jahre (Zun. 2), an allen übrigen Krankheiten 124 (Abn. 50), an gewaltsamem Tod 13 (Zun. 1) Personen. — B. Landgebiet. Es wurden in der Woche vom 22. Juli bis 28. Juli 30 lebendgeborene und 4 todtgeborene, darunter 31 eheliche Kinder angemeldet. — Es erkrankten 14 Personen; es starben 21 Personen, darunter 9 Kinder im ersten Lebensjahre.

Zirkus Busch erzielt fortgesetzt ausverkaufte Häuser. Auch gestern Abend war der weite Raum wiederum vollbesetzt. Besonders durch Beifall ausgezeichnet wurden die Gebrüder Permané mit ihrer vorzüglichen Nachtigallen-Imitation, die Geschwister Bergére mit ihren dressirten Hunden, Miß Annie und Mr. Charles Clark, die rühmlichst bekannten Kunstreiter, und die Schulreiterin Martha Mohnke. Die glänzende Ausstattungspantomime „Camorra“ bewährt nach wie vor ihre Zugkraft.

Im Ernst Drucker-Theater findet am Freitag, 10. August, das Benefiz für den beliebten Komiker dieser Bühne, Herrn Wilhelm Seybold, statt. Derselbe hat für diesen Abend die lustige Posse: „Die Kaiserin von China“ gewählt, in welcher er allabendlich zum Ergötzen des zahlreichen Publikums die Titelrolle kreirt.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd wurden in der Zeit vom 24. bis 31. Juli 118 Seeschäden gemeldet. 3 Dampfer und 10 Segler gingen total verloren und 79 Dampfer und 26 Segler erlitten Beschädigungen.

Die Hamburger Hafendampfschifffahrt A.-G. wird nunmehr die Vermittlung des Verkehrs zwischen Finkenwärder und Hamburg, die Zwischenstationen anlaufend, mit dem 11. d. M. übernehmen. Die seitherigen Touren werden noch bis zum 15. September beibehalten werden. Dem Vertrage gemäß soll eine Tour Morgens um 6 Uhr von Hamburg stattfinden. Auf Ansuchen der Oberpostbehörde wird diese Tour wahrscheinlich eine kleine Abänderung beziehungsweise Verschiebung erfahren, da mit der frühen Tour um 6 Uhr noch keine Briefsachen expedirt werden können. Dies kann erst eine Viertel- bezw. halbe Stunde später geschehen.

Altona.

Die Abhaltung des von der Freisinnigen Volkspartei geplanten Sommerfestes in Hüttmanns Gasthof in Pinneberg ist auch seitens des Regierungspräsidenten, an den sich der Vorstand gegen den ablehnenden Bescheid der Pinneberger Polizeiverwaltung gewendet hatte, nicht gestattet worden. In dem Bescheid des Regierungspräsidenten heißt es: Der Verein der Freisinnigen Volkspartei sei als politischer Wahlverein zweifellos ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes. An den Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine dürfen nach Absatz 3 dieses Paragraphen Frauen, Schüler und Lehrlinge nicht Theil nehmen. Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 1. Oktober 1890 seien unter Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine nicht nur solche zu verstehen, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten bezwecken, sondern alle Zusammenkünfte der Mitglieder und Dritter, auch wenn dieselben der rein gesellschaftlichen Unterhaltung dienen.

Schließlich wird man aus dem § 8 des preußischen Vereinsgesetzes noch herausdestilliren, daß Mitglieder politischer Vereine nicht heirathen und keine Kinder erzeugen, auch keine Schüler unterrichten und keine Lehrlinge halten dürfen, weil die Zusammenkunft eines solchen politischen Menschen mit seinen Familienangehörigen im Hause, mit seinen Schülern in der Schule oder mit seinen Lehrlingen in der Werkstatt als „Zusammenkunft eines politischen Vereins zu betrachten ist, an welcher Frauen, Schüler und Lehrlinge nicht theilnehmen dürfen“. Den politischen Menschen bliebe dann allerdings immer noch der gesellige Verkehr mit Säuglingen, die im § 8 nicht weiter aufgezählt sind, wahrscheinlich aus Vergeßlichkeit.

E. **Der achte Schleswig-Holsteinische Wahlkreis** wird durch eine Deputation, bestehend aus den Genossen Frohme, Thomas und Hogrebe, bei der Beerdigung unseres Genossen Liebknecht vertreten sein.

Die Frequenz der öffentlichen Lesehalle im alten Rathhause hat sich in der letzten Zeit etwas gehoben, jedoch genügt sie noch bei Weitem nicht, um den gemachten Aufwendungen zu entsprechen. Um einen noch besseren Besuch der Lesehalle herbeizuführen, gedenkt man, auf den verschiedenen Arbeitsplätzen Flugblätter zu verbreiten, in welchen auf den Nutzen und die Bedeutung der Lesehalle hingewiesen werden soll. Auch ist man an die Prüfung der Frage, ob die jetzige Zeit, in welcher die Lesehalle geöffnet ist, auch günstig genug ist, um einen bedeutenden Besuch derselben zu ermöglichen, herangetreten. Wir können den Besuch nur warm empfehlen; Jeder wird geistige Anregung und Belehrung finden.

Die reformirte Gemeinde hierselbst geht, wie mitgetheilt wird, mit dem Plane um, ihre Kirche von der Kleinen Freiheit zu verlegen. Als passendes Gebäude für ihre kirchlichen Zwecke erachtet sie die Heiligengeistkirche, in welcher sich jetzt die Kunst- und Gewerbehalle befindet und die nach Fertigstellung des neuen Museums frei wird.

Die Teutonia-Brauerei am Kreuzweg wird in acht Tagen putzfertig sein und mit der Montage von zwei großen Kesseln wird bereits in den nächsten Tagen begonnen. Man hofft, daß Mitte Oktober die Eröffnung stattfinden kann.

Eine Verkehrsstockung fand heute Nachmittag Ecke Reichenstraße und Kleine Freiheit dadurch statt, daß dort das Pferd des Fuhrmannes Diestel gestürzt war. Erst mit Hülfe der Feuerwehr konnte das Hinderniß beseitigt und der Verkehr freigemacht werden.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren wurde heute Nachmittag an der Pinneberger Chaussee ein Knecht aus einem Nachbarort. Derselbe ist erheblich verletzt worden und wurde dem Eppendorfer Krankenhause zugeführt.

Nächtlicher Ueberfall. In der Nacht zum Mittwoch wurde in der Gerichtsstraße ein Kommis von zwei reduzirt aussehenden Männern überfallen. Der Ueberfallene setzte sich zur Wehre und ihm glückte es auch, seine Angreifer in die Flucht zu treiben. Diese sind entkommen, obwohl sie von anderen Personen verfolgt wurden.

Auf dem Wege zum Krankenhause verstorben ist gestern eine Frau aus Bahrenfeld, die demnächst ihre Niederkunft erwartete und in diesem Zustande von einem Stuhl fiel und sich schwer verletzte.

Eine Schwindlerin hat eine in der Königstraße wohnende Frau um M. 30 geschädigt. Die Schwindlerin miethete sich unter falschem Namen bei der Frau ein, gab an, Krankenpflegerin zu sein und ließ sich bewirthen. Zahlung sollte baldigst erfolgen. Als diese aber nicht erfolgte und die Wirthin die Einlogirerin mahnte, ist diese unter Mitnahme ihrer wenigen Habseligkeiten heimlich ausgerückt. Was sie über ihre Persönlichkeit angegeben, hat sich hinterher als falsch erwiesen.

Eine Untersuchung ist gegen eine Frau L. eingeleitet, die gelegentlich eines Besuchs einer Freundin dieser einen Pfandschein über eine Uhr nebst Kette gestohlen haben soll.

Verschwunden ist der 17 Jahre alte Milchknecht B. aus Ottensen. Es hat sich nach seinem Verschwinden herausgestellt, daß er mehrere Beträge, die er für seinen Dienstherrn einkassirt, im Ganzen zirka M. 120, unterschlagen hat.

Unglücksfälle. Ein Reepschläger hatte gestern das Unglück, in der Allee zu fallen und einen Arm zu brechen. Er fand Aufnahme im Krankenhause. — Einem Arbeiter, der in einer Flaschenbierhandlung in der Großen Bergstraße sich die Hand zerschnitt, wurde in der Hauptfeuerwache ein Nothverband angelegt.

Selbstmordversuch. Eine Arbeiterin in der Bahrenfelderstraße nahm gestern Abend eine größere Dosis Kleesalz zu sich, um ihrem Leben ein Ende zu machen. Sie erkrankte schwer und wurde auf Anordnung eines herbeigeholten Arztes, der zunächst ein Gegenmittel anwendete, nach dem Krankenhause gebracht. Liebesgram soll das Motiv der That des Mädchens gewesen sein.

Gestohlen wurde einem Reisenden ein Fahrrad im Werthe von M. 250, das er in einem Garten am Schulterblatt hingestellt hatte.

Ist das Milchaustragen eine öffentlich bemerkbare Arbeit, die, wenn sie am Sonntag unter der Kirchzeit geschieht, das religiöse Gefühl der Bevölkerung verletzen kann? Das Schöffengericht in Reinbek hat diese Frage in einem Prozeß gegen den Milchhändler W. aus Allermöhe bejaht. Dieser ist mehrfach mit Strafmandaten bedacht worden, weil er in Sande unter der Kirchzeit an Sonntagen Milch ausgetragen hat und dadurch sich einer Uebertretung der Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage in der Provinz Schleswig-Holstein schuldig gemacht haben soll. Er beantragte schließlich gerichtliche Entscheidung, doch das Schöffengericht in Reinbek entschied zu seinem Ungunsten. Mehr Glück hatte er beim hiesigen Landgericht. Er erklärte in der Verhandlung, ihm sei es nicht möglich, vor der Kirchzeit seine Kunden sämmtlich zu befriedigen und müsse deshalb die Kirchzeit mit zu Hülfe nehmen. Er gehe aber möglichst unauffällig zu Werke, bringe sein Fuhrwerk so lange auf Hamburger Gebiet und trage dann die Milch in einer Kanne aus. Daß er dadurch die Bewohner von Sande in ihrer religiösen Andacht störe oder sie in ihren religiösen Gefühlen belästige, könne ihm nicht einleuchten. Sein Vertheidiger führte noch für ihn aus, daß nach § 2 Absatz 2 der betreffenden Verordnung Arbeiten, welche zur Befriedigung der Bedürfnisse des häuslichen Lebens vorgenommen werden müßten, wozu das Milchaustragen gehöre, nicht verboten seien. Daß dieser Absatz nur solche Arbeiten im Auge habe, die man für sich persönlich oder für den Familienhaushalt ausführe, könne man doch nicht annehmen. Der Staatsanwalt beantragte die Verwerfung der Berufung und meinte, der Angeklagte müsse sich so einrichten, daß er nicht nöthig habe, während des Hauptgottesdienstes Kunden zu befriedigen. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung, weil das Milchaustragen in angegebener Weise nicht geeignet sei, das religiöse Gefühl allgemein zu verletzen.

Aus dem Schöffengericht. Ein Arbeiter, der seine Frau mit Todtschlag bedroht hat und auf einen Polizeibeamten, der bei ihm recherchiren wollte, seinen Hund hetzte, seiner Verhaftung auch Widerstand entgegensetzte, wurde zu 1 Monat 1 Tag Gefängniß verurtheilt. — Ein anderer Arbeiter, der seinem Arbeitskollegen M. 10 gestohlen hat, wurde in Berücksichtigung dessen, daß er wegen Eigenthumsvergehens vorbestraft ist, zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Vereine und Versammlungen.

Tapezierer, Hamburg. Versammlung am 4. August bei Pfeffer, Rosenstraße 40. Jüngling verlas die Abrechnung vom 2. Quartal, die von der Versammlung als richtig angenommen wurde. Krause berichtete als Revisor, man habe die Bücher und das vorhandene Material, Alles in bester Ordnung gefunden, überrascht habe ihn nur die große Zahl der Restanten. Unter diesen seien viele Kollegen, welche sich hervorragend für den Verband bethätigen. Er bitte die Kollegen, diese Läßigkeit abzulegen und die Beiträge für den Verband pünktlicher zu entrichten. Beyer wies auf den lächerlich kleinen Betrag, welcher für verkaufte Maimarken eingegangen ist, hin; Beschlüsse, derartige Extrabeiträge zu erheben, welche in gut besuchten Versammlungen gefaßt werden, müßten besser befolgt werden. Hierauf hielt Genosse Bürger einen durch seine Länge ziemlich uninteressant werdenden Vortrag über die Ortskrankenkassen. Grünwaldt trat den Ansichten Bürgers entgegen. Er könne diese fürchterliche Agitation für die Ortskrankenkassen einfach nicht begreifen. Von der Regierung sei ein vertrauliches Schreiben an die Landräthe und andere höhere Beamte ergangen, worin extra gefragt werde, wie weit die Arbeiter sich der Vorstände der Ortskrankenkassen bemächtigt hätten. Was dies zu bedeuten habe, liege klar auf der Hand. Die Ortskrankenkasse werde nicht eine freiere Verwaltung erhalten, vielmehr werden dem Arbeiter die Rechte, welche ihm noch in der Ortskrankenkasse zustehen, beschnitten werden. Die freien Hülfskassen, zumal die Zentralkassen, seien noch immer die praktischsten für die Arbeiter. Er sei auch für Reformen, aber man müsse vernünftig reformiren und nicht etwas Schlechtes gegen etwas Gutes einzutauschen versuchen. Tannen sprach gegen Grünwaldt für die Ortskrankenkassen. Nach kurzem Schlußwort des Referenten wurde die Debatte über die Krankenkassen geschlossen. Frisch machte noch bekannt, daß die Kollegen in Westerland (Sylt) sich im Streik befinden, und bat, dahin keine Arbeit anzunehmen. Ebenfalls wurde noch bekannt gemacht, daß die Harburger Kollegen am 2. September ein Vergnügen veranstalten. Das Nähere hierüber wird noch in der nächsten Versammlung bekannt gemacht.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Hamburg, hielt am 7. August eine Mitgliederversammlung bei Tütge ab. Es wurde zunächst eine Rechtfertigung über die von der Verwaltung unterlassene Urabstimmung über Erhebung eines laufenden wöchentlichen Extrabeitrages von 10 ₰ von Salecke verlangt. Der Vorsitzende führte als Grund an, daß Angesichts der auf den Schiffswerften sich entwickelnden Verhältnisse man noch nicht vorauszusehen vermöge, in welcher Situation wir uns in einigen Wochen oder gar schon in den nächsten Tagen befinden werden. Falls ein größerer Ausstand daraus entstehen sollte, würden wir ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen, und da sei es sehr fraglich, ob wir nicht gezwungen würden, einen weit höheren Extrabeitrag als den beantragten zu erheben. Deshalb habe die Verwaltung geglaubt, in diesem Falle richtig gehandelt zu haben. Nach längerer Diskussion wurde durch Abstimmung das Verhalten der Verwaltung gutgeheißen. Auf Anfrage Cahnbley konstatirten die Kassirer, daß die bereits zur Erhebung gelangten Extrasteuern von 95 pZt. der Mitglieder ganz und von 5 pZt. theilweise bezahlt worden seien, so daß nur ein kleiner Bruchtheil nicht bezahlen werde; dies sei aber im Ganzen belanglos. Die Angelegenheit Pessier contra Metallarbeiter in Sachen der Tischler in Bremerhaven wurde, nachdem einige Vorkommnisse, welche hiermit in Verbindung stehen, gründlich erörtert, vorläufig zurückgestellt, und zwar weil einerseits die Verwaltung noch nicht in eine Untersuchung der Sache hat eintreten können, mithin nicht in der Lage war, prüfen zu können, ob sie die Taktik des Kollegen Pessier billige; andererseits sei aber auch aus taktischen Gründen eine Erörterung vor der Hand nicht opportun. Pessier erklärte noch, daß es für ihn selbstverständlich sei, daß er für sein Thun nicht allein, wie es in dem Sprechsaal-Artikel heiße, „nur der Verwaltung und dem Hauptvorstande gegenüber verantwortlich sei“, sondern auch den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle. Die Abrechnung vom 2. Quartal d. J. gab Hagge. Die Verbandskasse balancirt bei einem Kassenbestand von M. 1212,84 mit M. 9950,50. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M. 4827,87 und eine Ausgabe von M. 3149,13, mithin eine Mehreinnahme von M. 1678,74. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des ersten Quartals 2960, im zweiten Quartal sind 389 eingetreten, so daß nach Abzug der Gestorbenen und Abgereisten eine Mitgliederzahl von 3132 sich ergiebt, wovon 34 weibliche Mitglieder sind. Es wurde noch beschlossen, in 14 Tagen eine Extraversammlung abzuhalten, in welcher nur ausschließlich und eingehend die Krankenkassenfrage behandelt werden soll.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. August. (H. C.) Die Beerdigung des Königs Umberto, die heute in Rom stattfand, ist nicht ohne Zwischenfälle verlaufen. Das „B. T.“ berichtet darüber: Unweit der Nationalbank brach ½ Stunde, ehe der Mittelpunkt des Zuges mit dem König in Sicht kam, die Tribüne zusammen. Das Geräusch rief in der Menge sofort eine entsetzliche Panik hervor. Die Leute glaubten alles Mögliche und stürmten in wilder Angst durch die Militärreihen hindurch, Alles niederrennend und mit den Füßen tretend. Soldaten und Zivilisten wälzten sich in wirrem Knäuel am Boden. Die Entwicklung des Zuges war für eine Länge von 100 Meter und eine Zeitdauer von 10 Minuten gehemmt. Der zweite Zwischenfall, der noch ernste Folgen hätte zeitigen können, erfolgte in der Nähe des Nationaltheaters. Hier wurde das hinter dem Sarg geführte Pferd König Humberts scheu. Sofort bemächtigte sich auch hier der zwischen dem Militärkordon und den Häusern eingekeilten Menge wieder eine fürchterliche Panik. Sie stürzten heulend durch die Kordons und drohten selbst den König niederzureißen, als der Herzog von Aosta, der Graf von Turin und eine Reihe von Offizieren die Säbel zogen und sich um den König schaarten. Gleich darauf kam eine Abtheilung Kürassiire herangeritten, die die Wiederherstellung des Kordons ermöglichten. Die Zahl der Verwundeten beträgt 90, darunter sind viele Frauen und Kinder. Als die Menge im Zuge die Fahne der Stadt Prato, der Heimath Bressis, gewahrte, durchbrach sie den Militärkordon, riß dem Fahnenträger die Fahne aus der Hand und zerfetzte sie unter „Pereat“-Rufen auf Prato und Bressi.

Berlin, 9. August. (W. T. B.) Das Kriegsministerium theilt über die Fahrt der Truppentransportschiffe Folgendes mit: „Der Dampfer „Dresden“ ist am 8. August in Port Said eingelaufen und hat heute den Suez-Kanal passirt. Dampfer „Halle“ ist am 8. August in Port Said, Dampfer „Batavia“ ebenfalls am 8. August in Port Said eingelaufen; heute Vormittag 11 Uhr erfolgte die Weiterfahrt. Der Dampfer „Adria“ hat gestern Abend 6 Uhr Gibraltar passirt. — Der Gesundheitszustand der Truppen ist nach telegraphischen Meldungen vorzüglich.

Berlin, 9. August. (W. T. B.) Der Kommandant des Kreuzers „Bussard“ meldet aus Aden: Die bei dem am 7. August gemeldeten Kesselunfall schwerverletzten Heizer Müller und Fischer sind ihren Verletzungen erlegen. Der „Bussard“ verlängert seinen Aufenthalt in Aden um einige Tage.

Berlin, 9. August. (W. T. B.) Der Dampfer „Prinzregent Luitpold“ mit der Ablösung für „Cormoran“ ist am 8. August in Melbourne angekommen und geht am 9. August nach Sydney ab.

Die Kämpfe in China.

Berlin, 9. August. (H. C.) Die chinesische Gesandtschaft in London hat jetzt den Wortlaut des kaiserlichen Edikts veröffentlicht, das die Fortführung der Gesandtschaften bestätigt. Es lautet: Wir haben auf den Rath Li-Hung-Tschangs den General Yunglu ermächtigt, gute und zuverlässige Begleiter zu nennen, die die fremden Vertreter begleiten sollen. Sollten irgend welche Rebellen die Gesandten belästigen, so sind die Begleiter dafür verantwortlich, daß ihnen nichts geschieht. — Ein Londoner Telegramm der „Voss. Ztg.“ bemerkt, es wird geglaubt, daß die fremden Vertreter Peking noch nicht verlassen haben.

Berlin, 9. August. (H. C.) Reuters Spezialkorrespondent telegraphirt aus Tschifu, daß in der Schlacht bei Peitsang hauptsächlich das deutsche Kontingent zusammen mit Russen und Franzosen an dem linken Ufer des Peiho entlang der Eisenbahn kämpfte.

Berlin, 9. August. (W. T. B.) Das Wolff'sche Telegraphen-Büreau meldet: Der Chef des Kreuzergeschwaders, Vizeadmiral v. Bendemann, meldet aus Taku vom 6. August: Die verbündeten Truppen nahmen am 5. August früh die chinesische Stellung bei Peitsang. Von den deutschen Truppen haben zwei Kompagnien unter dem Kapitänleutnant Philipp theilgenommen. Näheres ist nicht bekannt, auch liegen keine Nachrichten über die Verluste der Verbündeten vor. Es ist ein sofortiger Vorstoß nach Yantsun beabsichtigt, um das dortige Zusammenziehen der chinesischen Truppen zu verhindern.

London, 9. August. (W. T. B.) Die „Times“ melden aus Shanghai vom 8. August: Hier werden am 12. August drei indische Regimenter zum Schutze der Niederlassungen in Shanghai gelandet. Dem Taotai von Shanghai wurde versichert, die Besetzung sei nur eine zeitweilige, so lange die Unruhen im Norden andauern. Der Taotai sprach die Hoffnung aus, daß die Anzahl der Truppen nur auf das unbedingte Erforderniß beschränkt werde.

Tientsin, 5. August. (W. T. B.) Meldung des Reuter'schen Büreaus. Das Treffen bei Peitsang begann heute früh 3½ Uhr. Die Chinesen wurden aus ihren Verschanzungen vertrieben. Die Russen verloren 500 Todte, die Engländer 50, auch die Deutschen und Japaner hatten große Verluste, die aber noch unbekannt sind. Der Weg nach Peking wird nunmehr für offen gehalten.

Tokio, 9. August. (W. T. B.) Die verbündeten Streitkräfte gingen in der Nacht vom 4. August zum Angriff gegen die etwa drei Meilen nördlich von Tientsin stehenden chinesischen Truppen vor. Der Kampf begann am nächsten Morgen um 3½ Uhr früh. Nach siebeneinhalbstündigem Gefecht wurde der Feind geschlagen und Peitsang besetzt. Der Plan ging dahin, daß die englischen und japanischen Truppen, 12 000 Mann stark, vom rechten Ufer des Peihoflusses aus vorrücken sollten und die 5000 Mann zählenden Russen und Franzosen vom linken Ufer. Die Letzteren konnten nicht weiter gelangen wegen der vom Feinde herbeigeführten Ueberschwemmung des Terrains. Daher wurde die Besetzung von Peitsang lediglich von Engländern und Japanern unternommen. Die Verbündeten werden jetzt auf Yangtsun marschiren.

Paris, 9. August. (W. T. B.) Das Telegramm, das Delcassé heute von dem französischen Gesandten in Peking durch die Vermittlung des chinesischen Gesandten erhielt, lautet folgendermaßen: Shanghai, 9. August. Das Diplomatische Korps ist soeben von der chinesischen Regierung davon in Kenntniß gesetzt worden, wir sollten Peking unter Eskorte verlassen. Sie bitte uns daher, die für die Abreise zu treffenden Vorkehrungen zu regeln und das Datum der Abreise festzustellen. Wir antworten dem Tsungli Yamen, daß wir unseren Posten nicht ohne Instruktionen unserer Regierungen verlassen können und diesen darüber berichten. Ich theile Ihnen mit, daß wir Peking nur verlassen, wenn die fremden Truppen uns holen. Diese Truppen müssen zahlreich genug sein, um für die Sicherheit des Zuges von 800 Fremden, darunter 200 Frauen und Kinder, 50 Verwundete sowie von über 3000 eingeborenen Christen einzustehen, die wir nicht der Niedermetzelung aussetzen können. Auf keinen Fall könnte die chinesische Eskorte zulässig sein. Ich hoffe, daß mein Telegramm, Chiffre Nr. 1, vom 3. August, Ihnen übermittelt ist. Wie die „Agence Havas“ meldet, hat Delcassé dieses Telegramm nicht erhalten.

Washington, 9. August. (W. T. B.) Meldung des Reuter'schen Büreaus. Das Memorandum, das die Regierung der Vereinigten Staaten gestern Abend der chinesischen Regierung übermittelte, fordert die sofortige Einstellung der Angriffe der chinesischen Truppen auf die Gesandtschaften und richtet an die chinesische Regierung das dringende Ersuchen, wenn sie eine freundschaftliche Gesinnung beweisen wolle, mit der Entsatzkolonne zur Wiederherstellung der Ordnung zusammen zu wirken. Das Memorandum spricht sich schließlich gegen den Vorschlag aus, die Gesandten in Peking fortzuschaffen, weil die chinesische Regierung, wenn schon Peking selbst nicht im Stande sei, für den richtigen Schutz der Gesandten zu sorgen und hierzu auf dem Wege zur Küste noch viel weniger sein würde.

Der Krieg in Südafrika.

London, 9. August. (W. T. B.) Lord Roberts meldet aus Pretoria vom 7. August: Ich fürchte, die Garnison von Elandsriver unter Oberstleutnant Hoare ist nach 10tägigem Widerstande gefangen genommen worden. Als De la Rey erfuhr, Hamilton rücke auf Rustenburg vor und er, De la Rey, daher keine Aussicht habe, Baden-Powell gefangen zu nehmen, wandte er sich in aller Eile nach Elandsriver. Hamilton meldet, das Feuer in der Richtung aus Elandsriver ließ gestern nach. Hoare ist offenbar gefangen. Hamilton verließ heute Früh Rustenburg, die Truppen Baden-Powell mit sich führend. — De Wet begann gestern den Vaal zu überschreiten. — Lord Kitchener befindet sich auf dem Marsch, um General Methuen aufzusuchen, der an dem rechten Ufer des Vaalflusses offenbar mit De Wet's Vorhut zusammenstieß, da Lord Kitchener heute Früh General Methuen's Geschütze gehört hatte.

Das „Reuter'sche Büreau“ meldet aus Amersfort vom 8. August: General Buller ist gestern Nacht mit seinen Truppen hier eingetroffen und vertrieb den von Christian Botha geführten Feind, der 4 Kommandos stark war, von seiner festen Stellung auf einem Hügel, genannt Kopje Kraal.

Die „Times“ melden aus Amersfort von gestern: Der Vormarsch Bullers war ungehindert. Die Boeren flohen aus dem Gefecht in nördlicher Richtung. Die britischen Verluste betragen etwa 25 Mann.

London, 9. August. (W. T. B.) Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ aus Pretoria meldet, es seien energische Maßregeln zur Verproviantirung der Stadt nothwendig, da alle Züge beständig angegriffen würden.

Die Blätter berichten aus Pretoria vom 8. August: 500 Boeren sind mit zwei Geschützen acht Meilen nördlich von der Stadt aufgetaucht und mit den englischen Vorposten in Berührung gekommen. Man befürchtet, daß die Boeren in Pretoria die anrückenden Boerenkommandos unterstützen würden.

London, 9. August. (W. T. B.) Lord Roberts telegraphirt aus Pretoria vom 8. August: In den Distrikten Bethlehem und Harrismith wurden 4140 Boeren gefangen genommen. (Es ist das die Abtheilung Prinsloos, deren Uebergabe mit differirenden Ziffernangaben schon mehrmals gemeldet worden.) Die meisten werden nach Ceylon geschafft werden. Ferner sind über 4000 Pferde und Ponys weggenommen und große Mengen Munition vernichtet worden. Die Garnison in Elandsriver bestand aus 300 Australiern und Rhodesiern. General Carrington traf zu spät ein.

General Methuen, der mit Lord Kitchener gegen De Wet operirt, hatte gestern früh ein Gefecht mit einem Theil von De Wets Mannschaften nahe Venterstroom. Der Feind wurde von einer Reihe Kopjes, die er mit großer Zähigkeit gehalten hatte, vertrieben. Unsere Verluste: 7 Mann todt, 4 Offiziere verwundet.

Genossen! Agitirt allerorts für die Arbeiterpresse!

Briefkasten.

C. Muchow. Nur Werktags. — Der Vater muß unterschreiben.

N. 47, Wilhelmsburg. Würden Sie dieser Tage einmal wegen einer Besprechung hier vorkommen können?

A. B. 123. Sie müssen zunächst den Händler bezahlen, können aber Ihre Freundin auf Ersatz verklagen und eventuell den Gegenstand und Anderes pfänden lassen.

Die Ehefrau. Verjährung ist erst in 30 Jahren eingetreten.

C. O. 1. 1) Einpudern mit Insektenpulver soll helfen. 2) Ist nicht strafbar, wenn es nicht augenscheinlich geschehen ist, um den Verkäufer zu betrügen.

Ibsen. Ist uns auch nicht erinnerlich; wir rathen Ihnen, sich an die Redaktion des „Wahren Jacob“ mit der Frage zu wenden.

W. H. Die Krankenkasse muß in Ihrem Falle Ihnen von der 5. bis zur 14. Woche nach dem Unfall, also eventuell 9 Wochen lang, M. 16 Krankengeld zahlen. Die Mehrausgabe, M. 4 pro Woche, muß die Krankenkasse vom Arbeitgeber einziehen.

Streitende, Spezialhalle. Von Hamburg nach Metz sind etwa 108 Meilen oder 816 Kilometer per Bahn.

M. H. 68. Ist uns nicht bekannt.

Streitende, Rothenburgsort. Küstrin ist Festung.

Leicht Zerreißbare. Vom Zentralverband deutscher Industrieller.

Gröningerstraße. Warum nicht? Sie müssen es versuchen.

M. K., 1. 1) Anmeldung ist nicht nöthig; der Arbeitgeber muß sich aber davon überführen, daß auch regelmäßig geklebt wird. 2) Ja, wenn mindestens zweihundert Beiträge gezahlt waren. 3) Ja; wenn nicht inzwischen (nach zwei Jahren) Verjährung eingetreten ist.

Holsteinische Schweiz. Lassen Sie sich in irgend einer größeren Buchhandlung solche Bücher vorlegen; Sie werden dann schon das Passendste aussuchen können.

Bau, Mansteinstraße. Potpourri heißt so viel wie Gemengsel. Gewöhnlich wird der Ausdruck auf ein Musikstück angewendet, das aus verschiedenen Melodien bunt zusammengesetzt ist, kann aber auch für andere Dinge, also auch für ein kunterbuntes Aufeinander verschiedener Tänze gebraucht werden.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und ausgehende Schiffe

(Deutscher Reichstelegraph.)

(Nachdruck verboten.)

Cuxhaven, 9. August, Vormittags.

Angekommen am 9. August	Kapt.	Von
B. 4,— Mercur (D.)	Mortensen	Esbjerg
5,30 Diomedes (Schl.)	Bundt	Bremen
„ Pudel (Leicht.)	Hämpel	do.
„ Quarta (Leicht.)	Westphal	do.
„ Hudiksvall (D.)	Brauer	—
6,— Dr. Ehrenbaum (F.-D.)	Meyer	d. Nordsee
7,20 Gertrud (D.-Gaffel-Scho.)	Geerds	Hull
7,30 Andros (D.)	Lehmann	Konstantinopel
„ Annechina (holl. Tj.)	—	—
8,— Sheffield (D.)	Cripsey	Grimsby
8,25 Bianca (D.)	Maletzky	Newcastle
„ Petrolea (St.)	—	—
9, 5 Aurora (d. St.)	Brahms	—
9,25 Palatia (P.-D.)	Reeßing	New-York
9,30 Berlin (D.)	Kitwood	Goole

Ferner auf: 9 Uhr Fischerfahrzeuge S. B. 21 u. 44; 9½ Uhr S. B. 19, 4, 2, 30, H. F. 152, 127 u. 170. — Eingekommen: Fischerfahrzeug H. F. 123. — 10 Uhr: Schlepper mit Bark in Sicht.

In See gegangen am 9. August	Nach
B. 8,— Niobe (D.)	—
„ Clio (D.)	—
8,25 Hella (D.)	—
„ S. 58, 59 u. 61 (Torpedoboote)	d. Nordsee
„ S. 62, 63 u. 65 (Torpedoboote)	do.
„ D. 8 (Torpedoboot)	do.
8,55 Stormarn (D.)	—

Wind: NW., mäßig. Wetter: bedeckt. — Barometer: 760. Thermometer: + 13° (R.).

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

9. August	Kapt.	Von
B. 5,55 Catharina (d. Segler)	Jürgens	Kiel
„ Johanna Elisabeth (holl. Segl.)	Grönewold	Flensburg
„ Wohlfahrt (d. Segler)	Schnoor	do.
„ Nordstern (d. Segler)	Schnoor	do.
„ Diana (d. Segler)	König	Kappeln

Helgoland meldet: Wind: NNW., mäßig. Wetter: bedeckt. See: mäßig bewegt.

Cuxhaven, 9. August, Nachmittags.

Angekommen am 8. August.	Kapt.	Von
N. 8,30 Crescendo (Tj.)	Albers	Delfzyl
9. August:		
B. 10,20 Tordenskjöld (norw. Bk.)	Jensen	Hayti
11,40 Esperanza (D.)	Ford	Hull
12,— Olivia (D.)	Ostermann	London
„ Christine (St.)	Christiansen	Husum
„ Louise (Ew.)	Marcussen	Pellworm
N. 12,40 Emanuel (Ew.)	Jürs	Husum
„ Almuth Catharina (d. Scho.)	Bootsmann	—
1,25 Nordstjernen (D.)	Torgersen	Bergen
„ Galdy (D.)	—	Taganrock
2,40 Georg (Tj.)	—	—
3,40 Ida (Ew.)	Kröning	Emden

Ferner auf: 12½ Uhr Fischerfahrzeug S. B. 47. — Tj. Georg kam hier in den Hafen. — Tordenskjöld wurde durch Titan bugsirt. — 4 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 9. August.	Nach
B. 11,15 Neptun (D.)	—
11,40 Fürst Bismarck (P.-D.)	New-York
N. 12,40 Leander (D.)	—
12,45 Prinzessin Heinrich (D.)	Helgoland
1,55 Aline Montreuil (D.)	—
3,25 Schillig-Hörn (F.-D.)	d. Nordsee
3,40 Lilly (F.-D.)	do.
„ Gladiator (Schl.)	Bremen
„ Ueberall (Leichter)	do.
„ W. T. A. G. 31 (Leichter)	do.

Abwärts gekommen: Dampfer Brunsbüttel 2. — Aus See zurück: Schlepper Atlas, Ewer Anna.

Wind: W., schwach. Wetter: bewölkt. — Barometer: 760. Thermometer: + 14° (R.).

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

9. August.	Kapt.	Von
B. 8,15 Margaretha (Segler)	Borstel	Kappeln
„ Maria (d. Segler)	Bruns	Kiel
9,10 de twee Gebröder (holl. Segler)	Schnitema	Mummark
10,10 Johann (d. Segler)	Kuper	Kappeln
„ Elbe (Schl.)	Saul	Kiel
„ Irma (Leichter)	Dramch	do.
10,30 Margaretha (d. Segler)	Peters	Kappeln
„ Margaretha (d. Segler)	Dunz	do.
„ Laura (D.)	Tygensen	Norrköping

Helgoland meldet: Wind: W., schwach. Wetter: halbbedeckt. See: ruhig.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

„Amazonas“, Kapt. Poschmann, ist ausgehend am 8. d. in Lissabon angekommen. — „Patagonia“, Kapt. Barrelet, ist am 7. d. von Bahia nach Europa weitergegangen. — „Octavia“, Kapt. Temme, hat am 7. d. seine Rückreise von Montevideo nach Hamburg fortgesetzt. — „Eduard Bohlen“, Kapt. Schütt, ist auf der Heimreise am 8. d. von Accra abgegangen. — „Gertrud Woermann“, Kapt. Becher, ist auf der Ausreise am 8. d. in Kotonou eingetroffen. — „Bielefeld“, Kapt. Schuldt, auf der Heimreise, ist am 8. d. in Antwerpen angekommen. — „Angeln“, Kapt. Müller, ist am 8. d. von Hamburg in Riga angekommen. — „Nordstrand“, Kapt. Fischer, ist am 8. d. von Gent in Methil angekommen. — „Bothilde Ruß“, Kapt. Fock, ist am 8. d. von der Tyne nach Hamburg abgedampft. — „Tanger“, Kapt. Schumacher, ist am 7. d. von Oporto nach Hamburg abgefahren. — „Faro“, Kapt. Löding, ist am 8. d. in Lissabon angekommen. — „Deutschland“, Kapt. Albers, ist am 8. d. von New-York via Plymouth und Cherbourg nach Hamburg abgegangen. — „Australia“, Kapt. Forst, am 5. d. von hier abgegangen, ist am 8. d. in Havre angekommen. — „Teutonia“, Kapt. Brunst, von Quebec nach Hamburg, ist am 7. d. Butt of Lewis passirt. — „Hamburg“, Kapt. Krech, auf der Ausreise nach Ostasien, ist am 7. d. von Genua abgegangen. — „Adria“, Kapt. Dempwolf, auf der Ausreise nach Ostasien, ist am 8. d. Gibraltar passirt. — „Batavia“, Kapt. Magin, auf der Ausreise nach Ostasien, ist am 8. d. in Port Said angekommen. — „Armenia“ ist am 8. d. in Suez angekommen. — „Serbia“, Kapt. Sachs, auf der Ausreise nach Ostasien, ist am 9. d. in Port Said angekommen. — „Karnak“, Kapt. Kopp, ist ausgehend am 8. d. in Coronel eingetroffen. — „Luxor“, Kapt. Timmermann, hat am 8. d. seine Rückreise von Valparaiso via Montevideo nach Havre und Hamburg fortgesetzt. — „Menes“, Kapt. Petersen, hat am 8. d. die Reise von London nach der Westküste Südamerikas fortgesetzt. — „König“, Kapt. Doherr, ist auf der Heimreise am 8. d. von Majunga abgegangen. — „Bundesrath“, Kapt. Weißkam, ist auf der Ausreise am 9. d. von Suez abgegangen. — „Bruxellesville“, Kapt. Heldt, ist auf der Ausreise am 8. d. in Teneriffe eingetroffen. — „Gretchen Bohlen“, Kapt. Schuldt, ist auf der Ausreise am 8. d. in Teneriffe eingetroffen. — „Solingen“, Kapt. Mageritz, auf der Heimreise, ist am 7. d. von Sydney abgegangen. — „Ithaka“, Kapt. Roerden, ist am 8. d. von New-York abgegangen. — „Ragusa“, Kapt. Ebert, ist am 8. d. von Santos nach Bahia abgegangen. — „Rhein“, Kapt. Dannemann, nach Ostasien bestimmt, ist am 7. d. Gibraltar passirt. — „Helgoland“, Kapt. Franke, von Baltimore kommend, ist am 8. d. Prawle Point passirt. — „Mainz“, Kapt. Rott, von Brasilien kommend, ist am 8. d. in Antwerpen angekommen. — „Halle“, Kapt. Thomer, nach Ostasien bestimmt, hat am 8. d. die Reise von Port Said fortgesetzt. — „Dresden“, Kapt. Koenemann, nach Ostasien bestimmt, hat am 8. d. die Reise von Port Said fortgesetzt. — „Oldenburg“, Kapt. Prager, von Ostasien kommend, ist am 8. d. in Antwerpen angekommen. — „Bamberg“, Kapt. Jacobs, nach Ostasien bestimmt, ist am 8. d. Quessant passirt. — „Kaiserin Maria Theresia“, Kapt. Richter, hat am 8. d. die Reise von Cherbourg nach New-York fortgesetzt. — „Bonn“, Kapt. Woltersdorff, nach dem La Plata bestimmt, ist am 8. d. in Montevideo angekommen. — „Barbarossa“, Kapt. Mentz, ist am 8. d. in New-York angekommen. — „Halle“, Kapt. Thomer, nach Ostasien bestimmt, ist am 9. d. in Suez angekommen. — „Dresden“, Kapt. Koenemann, nach Ostasien bestimmt, ist am 9. d. in Suez angekommen. — „Hannover“, Kapt. Jantzen, von Baltimore kommend, ist am 8. d. Lizard passirt. — „Nürnberg“, Kapt. Stehr, nach Ostasien bestimmt, ist am 8. d. in Yokohama angekommen. — „Hamburg“, Kapt. Krech, hat am 9. d. die Reise von Neapel nach Port Said fortgesetzt.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Albert Hermann Türsch mit Anna Martha Dora Westphal. — Carl Friedrich Wilhelm Hansen mit Elisabeth Hedwig Meta Zander. — Johann Carl Heinrich Franck mit Maria Dorothea Elisabeth Elsabe Brunswick. — Wilhelm Adolf Wilhelmi mit Margarethe Dorothea Johannsen.

Standesamt Nr. 2.

August Emil Sehm mit Anna Maria Gesche Müller. — Wilhelm Johann Eduard Voss mit Alwine Mathilde Nehders. — Friedrich Carl Günther George mit Alwine Marie Catharine Heick. — Johann Christian Lorenzen mit Laura Louise Johanna Steenbock. — Christian Eduard August Franz Arpe mit Marie Margaretha Elisabeth Schäl. — August Hermann Wilhelm Klaffke mit Amanda Frieda Doris Marquardt. — Robert Louis Georg Hansen mit Anna Gesine Blumenberg. — Willi Carl Max Bade mit Johanna Frieda Louise Therese Heuser. — Joachim Louis Emil Köpcke mit Charlotte Hannchen Knapp.

Standesamt Nr 3.

Johannes Andreas Jolles mit Mathilde Mönckeberg. — Georg Friedrich Christian Hinrichs mit Margarethe Louise Anna Kraemer. — Reinhold Wilhelm Jacob Bultze mit Friederike Karoline Ernestine Hedwig Helmold.

Standesamt Nr. 20.

Gottlieb August Göttert mit Dorothea Maria Henriette Gosch. — Nicolaus Bünz mit Anna Catharina Maria Burmeister. — Peter August Griebel mit Anne Heesch. — Franz Robert Hasselbusch mit Bertha Anna Sievert.

Hamburg, den 8. August 1900.

Standesamt Nr. 21.

Friedrich Theodor Wilhelm Burgdorff mit Ida Catharina Henriette Dyken. — Eduard Ernst Otto Möller mit Marie Radeck.

Standesamt Nr. 21 a.

Johannes Guten mit Wilhelmine Henriette Hermine Runge. — August Ludwig Reinhold Wedemeier mit Bertha Louise Marie Dorothea, verwittw. Wedemeier, geb. Meyerhoff. — Friedrich Ludwig August Max Farnow mit Ida Dorothea Farnow. — Heinrich Johann August Metzger mit Helene Maria Caroline Hamann.

Standesamt Nr. 22.

Wilhelm Carl Theodor Martin Bremer mit Jenny Pauline Louise Grandke. — Peter Lorenz Hansen mit Wittwe Anna Christine Offermann, geb. Meyer.

Hamburg, den 7. August 1900.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntniß gegeben wird.

Vereine:

Freitag, den 10. August, Abends 9 Uhr: **Kutscher vom öffentlichen Fuhrwesen,** bei Tütge, Valentinskamp. — **Miether-Verein,** bei Horn, Hohe Bleichen 30.

Sonnabend, den 11. August, Abends 8½ Uhr: **Drechsler,** bei v. Salzen, Caffamacherreihe 15/17. — **Treibriemenarbeiter,** bei v. Salzen, Caffamacherreihe 15/17. — Abends 9 Uhr: **Gärtner (kombinirte Versammlung),** bei Horn, Hohe Bleichen 30.

Sonntag, den 12. August, Vormittags 11½ Uhr: **Böttcher,** bei Fick, Rosenstr. 37. — Nachmittags 2½ Uhr: **„Vorwärts“, Produktivgenossenschaft d. Bäckerei-Arbeiter,** bei Appelhof, Schwabenstraße 54. — Nachmittags 4 Uhr: **Steinsetzer,** bei Hauschild, Hirschstr. 19, Wandsbek. — **Baggerer,** bei Hannemann, Bankstr. 51. — **Lederwalker,** bei Flagmann, Friedrichstraße 50, St. Pauli. — **Polnisch sozialdemokratischer Verein in Altona,** im „Schweizer Saal“, Gr. Freiheit 39.

Dienstag, den 14. August, Abds. 8½ Uhr: **Maurer Wandsbek,** in der Zentral-Herberge.

Krankenkassen:

Sonnabend, den 11. August, Abends 9 Uhr: **Maler, Filiale Hamburg,** bei v. Salzen, Caffamacherreihe 15/17.

Sonntag, den 12. August, Morgens 9 Uhr: **Maurer, „Grundstein zur Einigkeit“, Filiale Hamburg,** bei Bukowiecki, Spitalerstr. 61.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 9. Aug., 12 Uhr Mittags.

Thermometer (° C) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 17,1	+ 18,2	+ 14,8	762,3	W.	bedeckt

Eintritt der Fluth und Ebbe in Hamburg

10. August:

Fluth: 12 Uhr 15 Min. | Ebbe: 5 Uhr — Min.

Wasserstand der Oberelbe.

In Aussig	8. Aug.	÷ 0,22 m.
„ Dresden	8. „	÷ 1,50 m.
„ Barby	8. „	+ 0,86 m.
„ Magdeburg	8. „	+ 1,00 m.
„ Wittenberge	8. „	+ 1,20 m.
„ Dömitz	7. „	+ 0,62 m.
„ Lauenburg	8. „	+ 0,69 m.

Allgemeine Prognosen der Wetterkarten der Seewarte.

Am 10. August.

Nordwestdeutschland: Nach theilweisem Aufklaren wieder vorwiegend trübes Wetter mit Regenfällen, steigender Temperatur und auffrischenden Winden aus südlichen Richtungen.

Anzeigen.

(Für den Anzeigentheil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Sonntag Mittag wurde uns ein kräftiges Mädchen geboren.
Eugen Gronmeier u. Frau,
geb. Breitung.
Eimsbüttel, 5. August 1900.

Danksagung.
Für die innige Theilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes sagen wir allen Freunden, Bekannten und Nachbarn, insbesondere dem Verband der Hafenarbeiter, Sektion Kohlenarbeiter, sowie seinen Kollegen der Firma L. Hirschfeld, den Kollegen der Firma Königslieb und den Kollegen von der Grimsby-Linie unseren herzlichsten Dank.
Frau A. Uhde Wwe.
C. Wolpers u. Frau, geb. Uhde.
H. Dabel u. Frau, geb. Uhde.

Polnischer Sozialdemokratischer Verein in Altona.
Mitgliederversammlung
am Sonntag, 12. August, Nachm. 4 Uhr, im „Schweizersaal“, Große Freiheit 39.
Tages-Ordnung:
1) Vortrag. (Referent und Thema wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2) Diskussion. 3) Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Turnverein „Lassalle“, Altona.
Das Turnlokal befindet sich jetzt bei **Koppelmann.**
Turnstunden: Mittwochs und Freitags Abends von 8½—10½ Uhr. Turnen d. Damenabtheilung Donnerstags 9—11 Uhr.
Anmeldungen daselbst. **Der Vorstand.**

Rath und Auskunft, Prozeßf., Anfert. von Verkaufsakt., Testam., Gesuchen, Besorgung von Heimathspapieren. Einz. fauler Schulden. **Kaiser Wilhelmstraße 4, I.,** vis-à-vis Wexstraße, v. 9 Uhr Morgens b. 8 Uhr Abds., Sonntags v. 11—1.

Dr. Fleischer, Raboisen 7, p. 9—12 u. 3—6 Uhr.
Sp.-Arzt f. Haut- u. Gesch.- Beinleiden.

Dr. Hugo Niemeier,
Eimsbüttel, Eppendorferweg 57,
von der Reise zurück.



Wählt
beim Bedarf von
Quittungs-Marken
und
Kautschuk-Stempel
den seit 22 Jahren anerkannten Lieferanten
Jean Holze,
Hamburg, Drehbahn 45.
Verlag sozialistischer Bilder.
Illustrirten Preiskourant versende gratis.

Arbeitsmarkt.

Ges. 16jähr. Arbeitsb. für Druckerei. **Gebr. Sülter, Catharinenstr. 23.**

Tüchtige Parquetleger sof. ges. Adr. erb. unt. F. W. 299, F. Werdier, Ann.-Exp., **Bismarckstr. 13, Eimsbüttel.**

Ges. ein Tischler auf weiße Arbeit. **Gr. Gärtnerstr. 55, Altona.**

Gesucht tüchtige Zwicker. **Kl. Rainstr. 22, p., Ottensen.**

Ges. Schuhmacher a. Reparatur. Bartelsstr. 94.

Ges. Putzer auf Lederpantoffeln. **Altona, Adolfstr. 51.**

Ges. Schuhmacher auf Platz u. etwas mitmachen. **Amandastr. 53, p.**

Ges. Schuhmacher auf Reparatur. **Wilhelminenstr. 54, St. P.**

Altona.
Ges. Z.-A. a. F. M. 10. Adolfstr. 149, H. 2, 2. l.
Ges. Z.-A. a. H. M. 17,50. Langenfelderstr. 36, p. l.

Ottensen.
Ges. Zur. a. ½ T. M. 3. Schulstr. 25, 3. l.

Achtung!

In den ersten Tagen der nächsten Woche finden

Protest-Versammlungen

der Arbeiterschaft von Hamburg und Umgegend

statt mit der Tagesordnung:

Die ehrlosen, vaterlandslosen Gesellen.

Es wird gebeten, an diesen Tagen keine anderen Veranstaltungen zu treffen.

Näheres wird noch bekannt gegeben.

Die sozialdemokratische Parteileitung.

Zentral-Verein deutscher Böttcher.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 12. August, Vorm. präz. 11½ Uhr,
bei Herrn A. Fick, Rosenstraße 37.
Tages-Ordnung:
1) Aufnahme neuer Mitglieder. 2) Bericht der Lohnkommission über die Verhandlung mit der Innung. 3) Der Streik der Küper bei den Firmen Israel und Herwig.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Krankenkasse (E. H. Nr. 32) Altona.
Das Hauptbüreau, Große Rosenstraße 73, 1. Et., ist geöffnet an Wochentagen von Morgens 8 bis Abends 7 Uhr und an Sonn- und Festtagen Morgens von 8 bis 10½ Uhr.

General-Versammlung
am Freitag, den 17. August d. J., Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Hrn. Melching, Gr. Freiheit 39, Altona (Schweizer-Saal).
Tages-Ordnung:
1) Abrechnung vom zweiten Quartal 1900. 2) Wahlen: a. des ersten Vorsitzenden; b. des zweiten Vorsitzenden, c. des ersten Kassirers; d. des zweiten Schriftführers; e. des Beisitzers. 3) Wahl von vier Mitgliedern des Aufsichtsrathes. 4) Anträge des Mitgliedes Cahnbley: a. das Gehalt des zweiten Vorsitzenden dem des ersten Vorsitzenden gleich zu stellen; b. Anstellung von Aerztinnen. 5) Verschiedenes.
Der Vorstand.
J. A.: **Fr. Lesche,** erster Vorsitzender.
NB. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt. **D. O.**

Fahrrad- Zubehör-Theile. **Leifermann,** Stadthausbrücke 19, Altona, Grund 10.

Färberei Karstadt-Porges
reinigt Herren-Garderobe.

Wegen vorgerückten Alters
des Inhabers ist ein im Zentrum der Stadt belegenes renommirtes **Glas-, Porzellan- u. Steinzeuggeschäft** (Kellergeschäft) billig zu verkaufen. Selbstreflektanten erfahren Näheres bei **J. D. Hollmann, Cremon 4.**

Fettwaarengeschäft
in **Eimsbüttel,** schöne Lage, Miethe für Laden mit Wohnung M. 500 p. a., tägliche Einnahme à M. 35, ist sofort **wegen andauernder Krankheit sehr billig** zu verkaufen. **John Lüders,** Reeperbahn 28.



Nach Maass
empfehle
einen hocheleganten
Jacket-Anzug
aus **reinwollenem** farbigen Coating, hellgrau und dunkelgrau,
in **bester Verarbeitung** für
35 M.,
aus schwarzem Cheviot
39 M.
Volle Garantie für gutes Sitzen.
S. Meier,
Steinstrasse 104—110.

112 Bände d. Klassiker m. Bücherbort bill. zu verk. **Borgeschstr. 1, pt. r.**

Ein Frucht- u. Gemüsegeschäft ist billig zu verkaufen. Stellingerweg 29, Eimsbüttel.

Gebrauchtes Sopha billig zu verk. Anckelmannstr. 19, Hs. 2, p. r.

Eleg. Fantasieschrank M. 38, Kleiderschrank M. 17. Wexstr. 32, I. l.

Pfand-Leihhaus,
Lindenallee 39, Eimsbüttel.
Höchster Vorschuß. Billigste Zinsen.
Ungenirter Eingang.

Für Wiederverkäufer!
Kautabak:
(za. 70 verschied. Sorten)
in **Rollen** ℔ von **1 M. 40** an,
2 Rollen 15 ₰, 8 Rollen, mittel, **55 ₰,**
Schwarzen Nr. 1, 21 Düten za. 1 ℔ **85 ₰,**
Bremer . . . . . . 24 Düten za. 1 ℔ **1 M.**
Ad. Mehmel,
Dovenfleet 49. Fernspr. 4864.
Geöffnet **5** Uhr Morgens.
2. Ziglad. zw. d. Meßberg u. Gerkenstwiete.

Neu eröffnet!
Restaurant u. Gastwirthschaft
Fritz Köpke,
Hamburg, An der Alster 2.
Von 5 Uhr Morgens an geöffnet.
Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit, billig u. gut.
Vorzügl. Hammonia-Bier, ½ Ltr. 15 ₰
Diverse Münchener Biere.
Tränkstelle für Pferde.

Vermiethung von Fahrrädern und Tandems.
Poolstrasse 40.

Unserem Kollegen **Otto Lerch** u. seiner Braut zu ihrem Geburts- und Verlobungstage ein drei Mal Hoch! von den beiden Rundmacher-Gesellen.
Ob se fick woll wat marken looten?

Klein-Flottbeker Park,
belegen a. d. elektr. Bahn nach Blankenese, 145 000 □Fuss gr. Park, gr. schöner Saal.
Zum Besuch ladet freundlichst ein
J. Kruse.
Sonntag:
Gr. Sommerfest und Ball
mit Preiskegeln, Damenspiel u. Kinderbelustigungen des Klubs „Fidelio“.

Hotel zum Falkenberg,
Neugraben.
Am Sonntag, den 12. August:
200jährige Jubiläumsfeier
meines Hauses, verbunden mit
Ball u. Laternenpolonaise
= Laternen gratis. =
Anfang 4 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. Beckedorf.

Hansa-Halle,
Steindamm 29.
Sonnabend: **Auftreten der Gesellschaft Josef Freiberger.**

St. Pauli Tivoli
Spielbudenplatz 27/28.
Neue August-Attraktionen:
Schwestern Montez
Riedl und **Heidl**
Eduard Egberts
Christel Berg
Rigmor Linck u. A.
Das **Wittenburger Musikkorps,**
Musikdir. **W. Ehrike,**
und das **Scholtes-Ensemble.**
Im Spiegelsaal:
Die neuen feschen
14 Soubretten-
Nrn. und **2 Humoristen.**
Heute, Anfang 6 Uhr.

Theater.
Freitag, den 10. August.
Carl Schultze-Theater. Anf. 7½ Uhr. **Novität!** Zum 2. Male: **Novität! Die häusliche Frau,** Lustspiel in 3 Akt. von Herm. Bahr. Vorher: **Ohne Liebe. Novität!** Lustspiel in 1 Akt, von Ebner-Eschenbach.
Morgen und folgende Tage: **Dieselbe Vorstellung.**
Ernst Drucker-Theater. Anfang 8 Uhr. **Benefiz für Herrn Wilh. Seybold.** Zum 10. Male: **Die Kaiserin von China,** neueste große Originalposse mit Gesang, Tanz und Evolutionen in 6 Abtheilungen, von Schütt. Kaiserin: **Wilhelm Seybold.**

Zirkus Busch.
Hamburg, St. P., Zirkusweg.
Heute, Freitag, 7½ Uhr Abds.:
Humoristischer Abend
100 Klowns, männlich u. weiblich.
Gebr. Permané, Nachtigall.-Imitatoren.
Gebr. Veldeman, urkomische Klowns.
Geschw. Bergère mit ihrer dressirten Hundemeute.
Die wachsenden Zwerge.
„In der Tanzstunde“, gr. Schulquadrille.
Zum Schluss:
„Camorra“,
Original-Pantomime d. Zirkus **Busch.**
Der Sturz von der Felsenklippe aus der höchsten Kuppel des Zirkus in's Wasser.
Sonntag, 12. August:
Zwei grosse Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr. Abends 7½ Uhr.
Nachm. 1 Kind unter 10 Jahren frei.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 184.

Freitag, den 10. August 1900.

Redaktion und Expedition: **Hamburg, Große Theaterstraße 44.** — Verantwortlicher Redaktör: **Hermann Molkenbuhr in Hamburg.**

Fünfter Verbandstag

des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

zu Halberstadt im „Odeum", Braunschweigerstraße.

Vormittagssitzung vom 8. August.

Brey verkündigt die traurige Nachricht vom Tode unseres Wilhelm Liebknecht und feiert die Verdienste, die sich derselbe um die arbeitende Klasse erworben. Die Anwesenden ehren sein Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Das Büreau wird beauftragt, ein Beileidstelegramm an die Hinterbliebenen zu senden oder eine Kranzspende am Sarge niederlegen zu lassen.

Nach kurzer Debatte über den Kassenbericht erhält Bruns das Schlußwort, in welchem er die Nothwendigkeit von Reformen in der Kassenführung betont.

Es wird zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten. Der Antrag der Revisionskommission, daß die Abrechnung nochmals in Hannover von zwei gerichtlich beeidigten Revisoren revidirt wird, gelangt zur Annahme, ebenso die Anträge, die Abrechnungsformulare so einzurichten, daß aus denselben der Kassenbestand in den Zahlstellen ersichtlich ist. Der Vorstand wird ferner beauftragt, ein größeres Büreau zu miethen und neues Büreau-Inventar zu beschaffen. Falls eine Zahlstelle keine Quartalsabrechnung einsendet, soll der Vorstand den Gauvorstand mit der Prüfung der Verhältnisse betrauen. Zu den ersten Quartalsabrechnungen von neugegründeten Zahlstellen soll ebenfalls eine geeignete Person entsandt werden. Aus den Abrechnungsformularen muß die Art und Weise der Abrechnung ersichtlich sein. Der Ausschuß ist berechtigt, jeden Monat Einsicht in die Kassenverhältnisse zu nehmen.

Es wird zum Punkt 4 der Tagesordnung, Statutenberathung, übergegangen. In mehreren Anträgen wird eine Aenderung des Titels des Verbandes gefordert. Nach längerer Debatte werden alle diesbezügl. Anträge abgelehnt, es bleibt bei dem bisherigen Verbandstitel.

Haase-Dessau und Lohr-Leipzig befürworten den Antrag Dessau, dem § 2 Abs. f, welcher besagt, „Gewährung von Rechtsschutz in Streitigkeiten, die aus dem Lohn- und Arbeitsverhältniß erwachsen", hinzuzufügen: „Gewährung zur Durchführung von Klagen, welche aus der Invaliden-, Alters- und Unfallversicherung entstehen."

Dem Absatz f wird folgende Fassung gegeben: Gewährung von Rechtsschutz in Streitigkeiten, welche aus einem Lohn- und Arbeitsverhältniß sowie der Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung erwachsen, wenn die einjährige Karenzzeit erfüllt ist.

Der § 3 des Verbandsstatuts besagt im ersten Absatz: „Zum Beitritt berechtigt sind alle Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. „Nun ist der Fall eingetreten, daß andere Organisationen ungelernter Arbeiter in's Leben getreten sind, die gewisse Arbeiterkategorien für sich reklamiren.

Brey bittet, den Bestimmungen des § 3 mehr als bisher Beachtung zu schenken. Das Rekrutirungsgebiet des Verbandes sei festgelegt, jedoch habe mit der Bauarbeiterorganisation ein ungesundes Verhältniß Platz gegriffen. Er rathe dazu, daß da, wo Mitgliedschaften der Bauarbeiterorganisation gegründet werden können, die Bauarbeiter auf ihre Berufsorganisation hingewiesen werden.

Frau Zietz-Hamburg erinnert daran, daß auch mit anderen Verbänden, der graphischen Arbeiter, der Transportarbeiter und der Holz- und Metallarbeiter, sich ein ungesundes Verhältniß bemerkbar mache, was nicht der Fall wäre, wenn die anderen Verbände sich die Thatsache vor Augen führten, daß ein großer Wechsel in der Beschäftigungsart unserer Mitglieder vorgehe. Die Verbände sollten, anstatt sich die Mitglieder abzutreiben, lieber die Unorganisirten der Organisation zuführen.

Die Delegirten aus Magdeburg, Stettin, Frankfurt a. M. und a. O. schildern die unerquicklichen Zustände, die in dem Verhältniß mit anderen Verbänden leider Platz gegriffen haben, ohne daß der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter der schuldige Theil sei, vielmehr habe er alle Ursache, sich über Benachtheiligung zu beklagen.

Sabath (Vertreter der Generalkommission) bemerkt, daß die Generalkommission gewisse Neugründungen von Verbänden eher verhindert als befördert habe, sie werde in Zukunft Alles thun, um die Bildung gleichartiger Verbände ebenfalls zu verhindern.

Ein Antrag der Zahlstelle Winterhude-Eppendorf, das Eintrittsgeld von Mitgliedern, die früher einer anderen Gewerkschaft angehört haben, nicht zu erheben, wird abgelehnt. Alle weiteren Anträge, den § 3 zu ändern, werden abgelehnt.

Ein Antrag Lübek wünscht das Eintrittsgeld von 20 ₰ auf 50 ₰ zu erhöhen; ein Vorstandsantrag will 30 ₰ festgesetzt wissen. An die Begründung durch die Antragsteller schließt sich eine längere Debatte, in welcher die Ansicht zum Ausdruck kommt, daß ein höheres Eintrittsgeld die Mitglieder mehr an die Organisation fessele.

Nachmittagssitzung vom 8. August.

Die Generaldiskussion über die Erhöhung des Eintrittsgeldes und der Beiträge wird fortgesetzt. Im Verlauf der langen Debatte über diesen Gegenstand empfiehlt Verbandskassirer Bruns, den Antrag des Verbandsvorstandes, betr. Festsetzung des Eintrittsgeldes auf 30 ₰, anzunehmen, ferner bittet er, die Streikfondsmarken, für welche die Beiträge mangelhaft eingehen, nicht mehr auszugeben und dafür die Beiträge von 15 ₰ auf 20 ₰ zu erhöhen.

Frau Schmuck-Bremen regt an, den Beitrag auch für weibliche Mitglieder zu erhöhen, und zwar von 7½ ₰ auf 10 ₰ pro Woche.

Frau Tröger-Offenbach ist mit einer Beitragserhöhung nicht einverstanden, da der Verband mit Mitgliedern zu rechnen habe, die zu den Aermsten der Armen gehören.

Stille-Bergedorf glaubt, daß eine Beitragserhöhung für das Wachsthum des Verbandes nicht förderlich sei, er bitte deshalb, es bei den bisherigen Beiträgen und dem Eintrittsgelde zu belassen.

Henning-Köslin hält den gegenwärtigen Zeitpunkt des wirthschaftlichen Niederganges nicht für geeignet, die Beiträge zu erhöhen.

Frau Zietz verkennt nicht, daß eine Beitragserhöhung den Verband aktionsfähiger mache, jedoch erinnere sie an die schlechten Erfahrungen, die der Textilarbeiterverband durch eine solche Maßregel gemacht, die sie dem Verbande der Fabrikarbeiter ersparen möchte.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Lübek und Eschershausen, das Eintrittsgeld auf 50 Pfg. zu erhöhen, wird abgelehnt. Der Vorstandsantrag, das Eintrittsgeld auf 30 Pfg. zu erhöhen, wird angenommen.

Ueber den Antrag, den Beitrag von 15 auf 20 Pfg. für männliche und 10 Pfg. für weibliche Mitglieder zu erhöhen und die Streik- und Extramarken abzuschaffen, wird namentliche Abstimmung vorgenommen. Dieselbe ergiebt die Ablehnung des Antrages mit 44 gegen 24 Stimmen.

Es folgt die Berathung eines Antrages Wandsbek, in welchem ausgedrückt ist, daß die Quittungsbücher Verbandseigenthum bleiben. Der Antrag bezweckt, verschiedene Mißbräuche, die mit dem Buche getrieben werden, aus der Welt zu schaffen.

Der Antrag gelangt zur Annahme.

Ein Antrag Winterhude, in den § 6 die Bestimmung aufzunehmen: „Bei Arbeitslosigkeit oder arbeitsunfähigen Kranken ruht die Beitragspflicht" und die Bestimmung, wonach Ansprüche auf Umzugsgeld und Unterstützung in Sterbefällen nur erhoben werden können, wenn die von der Beitragspflicht befreiten Mitglieder jedesmal in der neunten Woche einen Beitrag geleistet haben, wird abgelehnt.

§ 9 Abs. 3 regelt die Sterbeunterstützung. Ein Vorstandsantrag will den Antrag dahin erweitern: „Bei Todesfall der Ehehälfte wird dem überlebenden Mitgliede unter gleichen Voraussetzungen dieselbe Unterstützung gewährt." Zahlreiche andere Anträge wünschen theils ein einheitliches Verfahren bei der Sterbegeldgewährung und zwischen unverheiratheten und verheiratheten Mitgliedern keinen Unterschied zu machen, theils laufen die Anträge auf eine Erhöhung des Sterbegeldes und eine Klassifizirung der Leistungen nach Maßgabe der Beitragsjahre hinaus.

Der Antrag des Vorstandes gelangt zur Annahme, ebenso ein Antrag der Zahlstelle Wandsbek, der auch den Angehörigen von unverheiratheten Mitgliedern das Sterbegeld gewähren will.

Nach Abstimmung über alle Anträge wird der Antrag Harburg angenommen: Im Todesfall eines jeden Mitgliedes können den Hinterbliebenen bei einer Mitgliedschaft von zwei Jahren M. 25, bei vier Jahren M. 35 und bei fünfjähriger Mitgliedschaft M. 50 gewährt werden.

Damit sind die Anträge, Sterbeunterstützung betreffend, erledigt.

Sechster Verbandstag

des Verbandes deutscher Barbiere, Frisöre und Perrückenmacher

im Restaurant Feudt, Goethestraße, in München.

Vormittagssitzung am 7. August.

Eckert-München eröffnet gegen 9 Uhr Vormittags mit einer Begrüßung den 6. Verbandstag. In's Büreau werden gewählt: Wermke-Berlin, 1. Vors., Eckert-München, 2. Vors., Wittmaack-Hamburg, 1. Schriftf., Wolf-Cannstatt, 2. Schriftf. Zur Erledigung kommt zunächst ein Dringlichkeitsantrag, den Kollegen Etzkorn-Stuttgart, früher Redaktör unserer Fachzeitung, wieder in den Verband aufzunehmen. Der Antrag wird nach Begründung und Klarlegung einstimmig angenommen.

Die Mandatsprüfung ergab die Anwesenheit von 16 Delegirten als Vertreter von 27 Zweigvereinen. Von der Generalkommission war Genosse Röske-Hamburg anwesend.

Der Geschäftsbericht der Verwaltungs-Kommission, die die Verbandsgeschäfte bis zum Verbandstage an Stelle des durch Urabstimmung von seinem Posten enthobenen Verbandsvorsitzenden Wesche geführt hat, wird von Pagel-Braunschweig gegeben. Redner bedauert, daß es ihm nicht möglich sei, einen vollständigen, ausführlichen Bericht geben zu können, da er erst seit März dem Verbands-Vorstande angehöre. Redner kritisirt in scharfer Weise das unverantwortliche Benehmen Wesches. Diesem ein Ziel zu setzen, habe der Braunschweiger Zweigverein zu dem Mittel der Urabstimmung greifen müssen, durch welche dann ja auch Wesche abgesetzt und eine Kommission mit der Verwaltung der Geschäfte bis zum Verbandstage beauftragt wurde. Die Kommission habe ihr Möglichstes gethan, die ungeheuer angehäuften Arbeiten sorgfältig und gründlich zu erledigen. Der leider zurückgegangene Mitgliederbestand des Verbandes sei lediglich durch Wesche verschuldet Redner führt dann noch weitere drastische Fälle von Wesches Machinationen an und erklärt schließlich, daß die Verwaltungskommission sich gezwungen sehe, den Antrag zu stellen, die strafrechtliche Verfolgung gegen Wesche einzuleiten. Aus den ganzen zur Zeit bestehenden Verhältnissen ergebe sich mit Naturnothwendigkeit, daß es einer einzelnen Person nicht möglich sei, die Verbands-Geschäfte als Nebenbeschäftigung zu betreiben. Der Verband müsse zur Anstellung eines besoldeten Beamten schreiten, dem es dann eher möglich sei, die Leitung des Verbandes ordnungsgemäß zu handhaben.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht gestaltete sich sehr lebhaft, wurde aber durch den zum Beschluß erhobenen Geschäftsordnungsantrag unterbrochen, wonach eine fünfgliedrige Kommission gewählt wurde, welche das gesammte Material zu prüfen hat und nach deren Bericht der Verbandstag seinen Beschluß über den Antrag der Verwaltungskommission fassen wird. In die Kommission wurden gewählt: Pagel-Braunschweig, Etzkorn-Stuttgart, Wittmaack-Hamburg, Wermke-Berlin und Wolf-Nürnberg.

Nachdem noch einige Begrüßungs-Depeschen verlesen worden waren, wurde um 12 Uhr die Vormittagssitzung geschlossen.

Nachmittags-Sitzung.

Wermke-Berlin eröffnet um 2 Uhr die Sitzung. Trotzdem der zur Verhandlung stehende Punkt ja erst seine Erledigung nach dem Bericht der Kommission finden könne, ertheile er doch dem Vertreter der Generalkommission, Genossen Röske, das Wort, um demselben Gelegenheit zu geben, die Stellung der Generalkommission zum Verbande zu präzisiren. Röske-Hamburg führt aus, daß es an der Zeit sei, der Organisation ein festeres Gefüge zu geben. Das bekäme sie nur durch Anstellung eines besoldeten Beamten. Nothwendig seien ebenfalls geordnete Kassenverhältnisse und Innehaltung gefaßter Beschlüsse. Der Verband müsse auf eigenen Füßen stehen lernen. Gegebenenfalls wäre die Generalkommission jederzeit bereit, dem Verbande hülfreiche Hand zu bieten.

Die weitere Verhandlung über den Bericht der Verwaltungskommission wird dann zurückgestellt, bis die Kommission Bericht erstattet hat. Es folgen dann die Berichte der einzelnen Delegirten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Städten, die sie vertreten. Die Berichte geben ein theilweise noch recht trübes Bild über die Verhältnisse, unter denen Barbiergehülfen leben. Als Beispiel sei hier nur angeführt, daß in München ein Fall zu verzeichnen ist, wo der Gehülfe wöchentlich mit M. 3 bei halber Beköstigung entlohnt wurde. Nach Entgegennahme der Situationsberichte beantragt Pagel-Braunschweig eine Resolution, nach welcher eine feste und starke Organisation zu schaffen sei, welche Abschaffung des Trucksystems, der staffelmäßigen Löhne und Ausbau des Arbeitsnachweiswesens zu erstreben habe. Ueber Punkt: Arbeitsnachweis, kam es zu einer lebhaften Debatte, in welcher die Delegirten Gelegenheit nahmen, ihre Stellung zu paritätischen und anderen Nachweise-Büreaus festzulegen. Die Resolution gelangte dann zur Annahme.

Zur Verlesung kamen dann noch einige eingelaufene Begrüßungsdepeschen und wurde gegen 6½ Uhr die Nachmittagssitzung und mit ihr der erste Verhandlungstag geschlossen.

Arbeiterbewegung.

Die Arbeiter der Braunschweiger Fahrradwerke haben in Folge von Differenzen mit der Direktion die Arbeit niedergelegt und die Sperre über die Fabrik verhängt. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Kutscher, Mitfahrer, Kellerarbeiter und Stallleute der Radeberger Exportbierbrauerei Abtheilung Pichelsdorf haben am Mittwoch früh wegen bevorstehender Lohnabzüge einmüthig die Arbeit niedergelegt.

Eine Tarifgemeinschaft haben die Dresdener Feingoldschläger nebst allen im Gewerbe thätigen Hülfsarbeitern mit den Prinzipalen vereinbart. Die Entlohnung der Arbeiter ist für Akkord- und Wochenlohn bis in's Kleinste festgesetzt, so daß Streitigkeiten darüber kaum vorkommen können. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. In Bezug auf das Kündigungsverhältniß gelten einfach die betreffenden Vorschriften der Reichs-Gewerbe-Ordnung, die im Tarif mit abgedruckt sind. Die festgesetzten Löhne sind Minimallöhne. Den Wochenlohn-Arbeitern dürfen die Wochen-Feiertage nicht abgezogen werden. Das Lehrlingswesen ist so geregelt, daß auf je fünf Gehülfen nur ein Lehrling kommen darf; einen Lehrling können auch die Prinzipale beschäftigen, die weniger als fünf Gehülfen haben. Ein großer Vorzug des Tarifs ist seine verhältnißmäßig kurze Gültigkeitsdauer; er gilt nämlich nur für die nächsten 2 Jahre. Wird der Tarif nicht mindestens drei Monate vor Ablauf von den beiderseitigen Organisationen gekündigt, so verlängert er sich stets um ein Jahr. Außerdem ist aber dann ausdrücklich noch bestimmt: „Sollten in der Zwischenzeit zwischen der Vereinigung der Feingoldschläger Deutschlands und der Organisation der Gehülfen andere Bestimmungen zur Durchführung des Tarifs über ganz Deutschland vereinbart werden, so gelten diese auch für Dresden als verbindlich."

Bei den Wahlen zum Gewerbegericht in Weimar, die am 7. August stattfanden, gelang es zum ersten Mal, die vom Gewerkschaftskartell präsentirten Arbeitgeber-Kandidaten gegen die vom Gewerbeverein normirten mit großer Majorität durchzubringen.

Der Zimmererstreik in München wurde nach einer vorausgegangenen Besprechung des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Schrader-Hamburg, mit dem Ausschuß des Gewerkschaftsvereins bei einer Anwesenheit von za. 120 Streikenden offiziell für beendet erklärt.

Soziale Rundschau.

Die Zentralkrankenkasse der Maurer, „Grundstein zur Einigkeit", hielt dieser Tage ihre 12. Generalversammlung in Frankfurt a. M. ab. Die Kasse hatte am Schlusse des Jahres 1899 in 222 Verwaltungsstellen 17 849 Mitglieder. Das Kassenvermögen betrug am Schlusse des genannten Jahres M. 493 929, wovon M. 420 000 im Reservefonds lagen, der damit die gesetzliche Höhe ziemlich erreicht haben dürfte. Die Kasse hatte in den zwei Jahren 1898/99 bei einer Gesammteinnahme von M. 948 062 rund M. 750 000 Krankheitskosten und rund M. 92 751 Verwaltungskosten. Ein Antrag auf Einführung der unbeschränkten freien Arztwahl wurde der hohen Kosten wegen abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Gewährung freier Kur an Familienangehörige. Die Leistungen der Kasse sowie die Beiträge bleiben dieselben wie bisher. Die Generalversammlung nahm auch eine Protestresolution gegen die bekannt gewordenen reaktionären Pläne zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes an. Die mit der Kasse verbundene Sterbekasse hatte am Jahresschlusse 2179 Mitglieder und ein Vermögen von M. 36 275. Das Sterbegeld wurde in jeder Klasse um M. 10 erhöht.

Die Schäden der Hausindustrie. In Frankfurt a. O. fand kürzlich ein Korbmachertag statt, der folgende Resolution annahm: „In Erwägung, daß neben der Beschäftigung von Gefangenen mit Korbarbeiten die Hausindustrie derjenige Faktor ist, der das Korbmachergewerbe am meisten schädigt, da es einem Gehülfen beschäftigenden Meister absolut unmöglich ist, mit dem Hausindustriellen zu konkurriren, in fernerer Erwägung, daß die Lebens-, Wohnungs- und Ernährungsweise der in der Hausindustrie Beschäftigten in keiner Weise auch nur den geringsten Anforderungen der Gesundheitslehre entspricht, beschließt der deutsche Korbmachertag eine Petition an den Reichstag gelangen zu lassen, mit dem Ersuchen und unter ausführlicher Begründung, die Fabrikgesetzgebung auch auf die Hausindustrie auszudehnen." Die Resolution ist darum besonders bemerkenswerth, weil sie von Innungsmeistern gefaßt worden ist.

Die Kinder auf dem Lande. In der „Breslauer Morgenzeitung" wird der Brief eines Dominialvogts an den Lehrer seines Dorfes abgedruckt, der für die Zustände auf dem Lande recht kennzeichnend ist. Der Brief lautet: „Geehrter Herr Kantor! Es thut mir leid, Ihnen hierdurch mitzutheilen, daß die Kinder ihren Aufgaben nicht Folge leisten können. Zur jetzigen Zeit (Frühjahr bis Herbst) ist dies nicht möglich, denn da wird die Zeit von der Herrschaft beansprucht. Früh 4½ Uhr müssen die Kinder ohnehin aufstehen, um zurecht zur Schule zu kommen; Mittags ist es 12½ Uhr, wenn sie zu Hause kommen, 12¾ Uhr müsien sie zur Arbeit; Abends ist es 7½ Uhr, wenn sie vom Felde kommen, womöglich noch später, dann sind sie froh, wenn sie das Bett aufsuchen können. Ich und meine Frau sind auch nicht immer aufgelegt, für die Kinder Abends erst Schularbeit zu machen, welches eigentlich auch keinen Zweck hat. Ich bitte Sie daher, die Kinder in dieser Sache nicht zu bestrafen. Hochachtungsvoll N. N." — Das klärt sowohl über die herrschende Kinderausbeutung als auch über die Schulzustände auf dem Lande auf. Früh 4½ Uhr schon müssen die Kinder aufstehen, um rechtzeitig zur Schule zu kommen; das bedeutet, daß sie mindestens 1½ Stunde Wegs zur Schule haben.

Tages-Bericht.

Donnerstag, 9. August 1900.

Hamburg.

w. **30 Schauerleute** sind am Mittwoch von hier nach Wilhelmshaven abgegangen, um dort die nach China bestimmten Schiffe zu beladen.

w. **Quarantänedienst.** Im Laufe des Monats Juli wurden von den von See kommenden Schiffe auf der Rhede von Cuxhaven 14 Schiffe desinfizirt. Von 19 Schiffen wurden Kleidungsstücke und sonstige Sachen der Besatzung in der hierfür zu Cuxhaven errichteten Anstalt desinfizirt. In 28 Fällen geschah die Desinfektion wegen Pestgefahr, in 5 Fällen aus anderen Gründen.

w. **Am Malariafieber verstorben** ist der auf dem gestern von Westafrika hier angekommenen englischen Dampfer „Elmina" bedienstet gewesene Heizer Johan Schurkel. Schurkel erkrankte am Fieber, als der Dampfer sich an der Küste befand. In Borghebos River ist er verstorben und dort auch bestattet worden. Der Verstorbene war hier im Lieschengang wohnhaft. Außerdem verstarben während der Reise noch drei farbige Leute der Besatzung, die sämmtlich im Meere bestattet wurden.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** Mit dem heute Morgen nach New-York in See gegangenen Postdampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Belgravia" haben sich 470, mit dem heute Mittag expedirten Schnelldampfer „Fürst Bismarck" 720 Passagiere eingeschifft. — Der von Riendorf nach Wilhelmshaven bestimmte Ewer „Juliana" hat bei den letzten Stürmen in der Unterelbe beide Anker und Ketten verloren. Der Ewer ist nach Cuxhaven zurückgekehrt, um den Schaden zu ersetzen. — Aus der bei Norderney gestrandeten deutschen Tjalk „Gretchen" ist die in Gerste bestehende Ladung gelöscht worden. Mit der Bergung des Schiffes soll nunmehr begonnen werden. — Der von Stade kommende Passagierdampfer „Elbe" erlitt gestern Abend Schaden an der Maschine und mußte bei Blankenese die Weiterfahrt aufgeben. Die Passagiere wurden von dem Dampfer „Germania" übernommen. Die in Kirschen bestehende Ladung wurde auf den Dampfer „Brunshausen" übergeladen und von diesem nach hier befördert.

Den Tod durch Ertrinken hat der seit vier Tagen vermißte siebenjährige Adolf Stehmann, Admiralitätstraße 30, gefunden. Man fand seine Leiche gestern im Fleeth daselbst. Ein sechsjähriger Spielkamerad des Ertrunkenen giebt an, dieser habe vom Ponton bei der Heiligengeistbrücke aus eine schwimmende Flasche greifen wollen und sei dabei in's Wasser gestürzt.

Im Eppendorfer Krankenhause verstarb der 19jährige Matrose Walter Bode aus Ludwigslust, der auf einem Dampfer in den Raum gestürzt ist und eine Gehirnerschütterung erlitten hat.

Ferienausflüge für Schulkinder. Am letzten Dienstag gingen 678 Kinder mit, 325 Mädchen und 353 Knaben. Von diesen waren 147 Mädchen und 101 Knaben zum ersten Male mit. Die meisten übrigen Kinder haben an den Ausflügen aller vier Wochen Theil genommen. Wir möchten wünschen, daß noch mehr Kinder die Ferienausflüge kennen lernen, und wollen deshalb noch einmal daran erinnern, daß Kinder am Freitag eine Stunde vor dem letzten Ausflug nach Wittenbergen bei Blankenese sich anmelden können.

= **Die Untersuchungssache** gegen die Pensionsinhaberin Garke, die auf dem Holzdamm in St. Georg neben ihrem Pensionat einen sehr frequentirten und darum für sie auch sehr einträglichen Absteiger unterhalten haben soll, nimmt recht große Dimensionen an. Als Zeugen werden neben einer Anzahl galanter Dämchen eine ganze Reihe Herren von Besitz und Bildung fungiren, die zu den ersten und hervorragendsten Vorkämpfern für Ordnung und Sitte in Hamburg gehören.

Eine Untersuchung ist gegen den Boten eines Journallesezirkels eingeleitet, der einkassirte Gelder unterschlagen hat.

Abgeschwindelt wurden einem Kupferschmied, dem zwei Unbekannte eine Stellung am Bord eines Schiffes zusagten, von den beiden Schwindlern M. 7.

= **In Buenos Aires verhaftet.** Vor einigen Monaten wurde gegen eine Frau Hagedorn von der hiesigen Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Betrugs eingeleitet. Die Beschuldigte, die sich sehr großer Schwindeleien schuldig gemacht haben soll, verduftete jedoch schleunigst von hier, als sie von der Einleitung des Verfahrens Wind bekommen hatte. Es wurde zwar sofort ein Steckbrief gegen sie erlassen, aber lange Zeit gelang es nicht, ihrer habhaft zu werden. Jetzt ist an die hiesige Staatsanwaltschaft die Mittheilung gelangt, daß die Flüchtige in Buenos Aires verhaftet ist. Nachdem die Auslieferungsverhandlungen erledigt sind, wird sie nach Hamburg transportirt werden.

Ueberfallen und beraubt wurde Nachts im Elbpark ein Metallschleifer von zwei unbekannten Männern, die durch die Flucht entkommen sind.

Unglücksfälle. Bei der Neuen Elbbrücke ist ein Kellner Türk aus Altona in letzter Nacht in die Elbe gefallen, jedoch von der Mannschaft einer Barkasse gerettet worden. — Die Wittwe Meta Horstmann, Bohnenstraße 41, Haus 15, ist in der ersten Etage des Hauses Georgsplatz 8, woselbst sie mit Reinmachen beschäftigt war, mit einer Trittleiter zusammengebrochen und hat sich beide Füße verstaucht. — Beim Aufspringen auf einen Eiswagen an der Eppendorfer Landstraße kam der 13jährige Richard Startz, Lindenallee 23, zu Fall, wurde überfahren und trug eine Fußquetschung davon. — Auf dem Steindamm in St. Georg hat ein Radler einen Mann umgefahren, der erhebliche Verletzungen erlitt. Der Radler wurde notirt. — Ecke Theerhof und Wandrahmsbrücke fielen Kisten von einem Handwagen und auf einen Kinderwagen, doch blieb das in diesem befindliche Kind unverletzt.

In Haft kam ein Dienstmädchen, das bei einem Bleicher Wäsche, Kleidungsstücke und Geld entwendet hat, auch noch andere Diebstähle ausgeführt haben soll.

Diebstähle. Gestohlen wurden: einem Boten am Pferdemarkt ein Fahrrad; aus einer Baubude am Versmannskai ein Notizbuch, ein Taschenmesser und ein messingener Kesselhahn; auf dem Dampfer „Belgravia" ein Ueberzieher, ein Paar Handschuhe und ein Regenschirm; Dammthorstraße 30 ein Fahrrad; im Zirkus Busch 15 Operngläser mit der Inschrift „Zirkus Busch", Werth M. 100; aus einem Kontor am Grimm 12 ein Quantum Zigarren; im St. Georger Tivoli einem Kaufmann aus der Garderobe 80 ₰; auf zwei Dampfern im Baakenhafen zwölf Messingverschraubungen; Grindelallee 186 ein Paletot; Börsenbrücke 5 ein Fahrrad; einem Tischler in einer Wirthschaft in St. Pauli 5 Lstrl.; einem angetrunkenen englischen Storekeeper in letzter Nacht bei der Fähre am Kaiserhöft, wo er eingeschlafen war, ein Jacket, eine Weste und eine silberne Uhr mit der Inschrift „James W. Tierney, Nr. 21029", Werth M. 100, zwei goldene Manschettenknöpfe und einige Schlüssel.

Feuermeldungen. Heute Morgen um 8½ Uhr Hammerdeich 110 Brand von Theer; Vormittags um 10¾ Uhr Hoheluftchaussee 37 Schornsteinbrand; heute Mittag um 12¼ Uhr Gärtnerstraße 111 Gardinenbrand.

Wandsbek.

E. **Rekrutenaushebung.** Der Magistrat macht bekannt: Sämmtliche in hiesiger Stadt wohnhaften, in diesem Jahre ausgehobenen Rekruten haben ihre Urlaubspässe ungesäumt, spätestens aber bis zum 12. d. M., im Einwohner-Meldeamt, Mathildenstr. 1, zur Berichtigung einzureichen.

E. **Von Krämpfen befallen** wurde der bei der Baumaterialienhandlung Wittwe Müller beschäftigte Arbeiter Pape. Derselbe hatte hierbei das Unglück, in eine Grube mit frisch gelöschtem Kalk zu fallen und sich bedeutende Verletzungen zuzuziehen. Der Malermeister Kropp, Mitglied der Sanitätskolonne, leistete bis zum Eintreffen des Arztes die erste Hülfe.

E. **Das vor einiger Zeit einem hiesigen Kaufmann gestohlene Fahrrad** wurde von der Polizei in Elmshorn ermittelt und beschlagnahmt. In der Kampstraße wurde einem Bäckergesellen ein von ihm unbeaufsichtigt gelassenes Fahrrad gestohlen. Wie ermittelt, soll der Dieb das Fahrrad an einen Gärtner für M. 40 verkauft haben. Wie derselbe Wind bekam, daß die Polizei hiervon wußte, ging er zu dem Gärtner, um das Rad zurück zu holen, in Wirklichkeit es zum zweiten Male zu stehlen.

E. **Aus dem Schöffengericht.** Der Händler K., angeklagt der Mißhandlung und Körperverletzung, bestreitet die ihm zur Last gelegten Vergehen. Nach der Beweisaufnahme zu schließen, hat sich der Angeklagte in hochgradiger Erregung befunden. Er wird wegen Körperverletzung in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von M. 30 verurtheilt. — Der mehrfach vorbestrafte Arbeiter B., der sich in einer Wirthschaft anläßlich einer dort stattgehabten Hochzeitsfeier in angetrunkenem Zustande als „Komiker" gerirte, mit den Gästen Streit anfing und dieselben arg belästigte, folgte der Aufforderung des Wirthes, sein Lokal zu verlassen, nicht, wofür er heute zwei Wochen

---

[35] (Nachdruck verboten.)

Die Töchter des Kommandörs.

Roman von Jonas Lie.

Autorisirte Uebersetzung aus dem Norwegischen von M. Ottesen.

Der Kommandör hatte seine amtliche Post geöffnet. Es war immer eine Erleichterung, wenn dies vorüber war.

Leise und zufrieden vor sich hinpfeifend, stand er am Fenster und blickte über den Platz hinaus; dann setzte er sich gemächlich in den Sessel, um die Zeitungen zu lesen.

Die kleineren wurden nur eines flüchtigen Blickes gewürdigt; höchstens fesselten die Annoncen an der Rückseite ein wenig die Aufmerksamkeit, ehe die Reihe an die größeren kam.

Er lehnte sich behaglich zurück, um das richtige Licht zu bekommen, halb hinten, halb von der Seite. Hin und wieder unterbrach ein ärgerliches Räuspern die Lektüre. Er wünschte nur, er hätte einen dieser Helden der Feder auf dem Verdeck — da würde er sie schon lehren, kurzen Prozeß zu machen. . . .

Plötzlich fuhr er mit einem leisen Ausruf in die Höhe und las erregt weiter, indem er die Zeitung mit beiden Händen vor sich hielt. Er blickte so starr auf die Buchstaben, als zweifle er an seiner Fähigkeit, ihren Sinn aufzufassen, und das Blatt zitterte in seinen Händen. Endlich ließ er es sinken und schaute vor sich nieder, die Zeitung noch immer festhaltend.

Lange saß er unbeweglich da.

Die furchtbare Gemüthsbewegung, welche den sonst so rüstigen Mann wie einen altersschwachen Greis erscheinen ließ, spiegelte sich in seinen verstörten Mienen wider. Kein Laut unterbrach die Stille, als die Feder des Schreibers, welche hinten am Pult über das Papier glitt. Der Kommandör begann wieder in die Zeitung zu blicken, er las aber nicht zu Ende.

„Hm, hm . . ."

Er rang mühsam nach Fassung und der fest zusammengekniffene Mund verrieth, daß er endlich seinen Entschluß gefaßt habe.

Die Zeitung sorgfältig in der Brusttasche verbergend, verließ er das Büreau, blieb einen Augenblick vor der Wohnstube stehen und öffnete leise die Thür.

„Ist die Mutter hier?"

„Nein — sie ist im Garten."

„Sahst Du das Gesicht des Vaters, Cäcilie?" fragte Martha, als er leise die Thür wieder schloß.

„Es wird doch nichts mit Karsten sein. Ich weiß nicht, aber mir ist immer, als sei man seiner nie ganz sicher."

Sie blickte zu Martha hinüber, welche blaß und erregt zum Fenster hinausstarrte.

„Er ging barhäuptig zur Mama hinaus!" rief Martha.

„. . . Bist Du da, Jutta?" Der Kommandör trat in den Garten.

Seine Gattin ging mit ihrem großen Gartenhut, das Kleid hoch aufgeschürzt, zwischen den Georginen umher und schnitt einzelne Blumen für ihre Vasen ab.

Sie richtete sich auf in ihrer ganzen stattlichen Größe und betrachtete den Kommandör, die Scheere in der Hand.

„Aber, lieber Witt, Du hast Deine Mütze vergessen . . . Anna, springe hinein und hole . . ."

„Höre einmal, Jutta, komm' mit in die Laube," unterbrach er sie schnell und leise. „Ich muß Dich auf eine erschütternde Nachricht vorbereiten. Es thut mir so leid, so leid, siehst Du; am meisten wegen der armen Martha! . . . Du verstehst wohl, daß es Jan betrifft — ja — er ist nicht mehr unter der Zahl der Lebendigen, der brave, liebe Bursche! . . . Ich hatte ihn gern, Du — und in meinem Herzen hatte ich mich darauf gefreut, daß — ja, jetzt ist das Lied aus! Die „Lucida" ist mitten auf dem Atlantischen Meere verbrannt mit voller Ladung. Man hat das Schiff gefunden, wie es als eine verkohlte Masse dahintrieb. Hier steht eine ganze Schilderung in der Zeitung nach englischen und amerikanischen Blättern, und dann noch die Namen des Kapitäns und der Mannschaft, die sämmtlich umgekommen sind. Siehst Du — da steht es: Jan Börresen, Kapitän, Norweger von Geburt. . . . Kein Zweifel! Das Schiff, welches die Entdeckung machte, hatte die vorhergehende Nacht einen hellen Schein am Horizont gesehen und die verkohlten Reste zeigten, daß kein einziges Boot ausgesetzt worden war. Eine plötzliche Explosion hat stattgefunden."

Frau Witt war ganz überwältigt auf die Bank niedergesunken. Einen Augenblick war ihr zu Muthe, als sei sie einer Ohnmacht nahe; sie fühlte plötzlich etwas wie Gewissensbisse.

„Ich hatte nur Marthas Wohl vor Augen," stöhnte sie, indem sie den Kopf langsam hin und her bewegte. „Aber" — die Thränen traten ihr in die Augen, indem sie die Hand des Kommandörs mit ihren beiden faßte — „lieber Witt! Du mußt es mir ersparen, unserer Martha diese Mittheilung zu machen! Du bist ja meine Stütze, ich bitte Dich flehentlich, ich kann es nicht. . . . . Wenn es darauf ankommt, dann bist Du es ja . . . ."

Der Kommandör betrachtete sie mit einem seltsam durchdringenden Blick: „Ich verstehe Dich, Jutta — auch ich bin ja für das Geschehene verantwortlich, vielleicht mehr als Du, weil ich alt bin und am Ruder schlafe. Aber" — seine Stimme bebte vor Erregung — „alle Jahre meines Lebens, seit das Kind geboren wurde, gäbe ich darum, daß Martha jetzt keine Anklage gegen ihre Eltern erhöbe!"

Er schritt langsam von dannen. An der Pforte kam ihm Martha entgegen, die ihm, von steigender Unruhe gepeinigt, seine Mütze brachte.

Er strich ihr über die Wange und faßte ihren Arm: „Du mußt mit mir kommen, mein Kind — ich muß Dich auf etwas vorbereiten — es ist nichts Gutes. . . . Hier ist eine Zeitung, die Du lesen mußt. . . . Es giebt Dinge, in die man sich schicken muß . . ."

Martha fühlte den Blick der Mutter auf sich ruhen.

„Ist es Jan? — Hier in der Zeitung? — O, mein Gott!"

Sie entriß ihrem Vater das Blatt und eilte instinktiv, ihr Zimmer zu erreichen.

Der Kommandör und seine Frau lauschten athemlos an der Thür, während Cäcilie sich zitternd an sie schmiegte.

Sie hatten einen Schrei gehört, dann war es ganz still geworden.

Als sie hineintraten, lag Martha anscheinend leblos auf dem Boden.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Tagelang hatte Martha das Bett hüten müssen. Immer und immer las sie den kurzen Bericht, bis sie wachend und im Halbschlaf das unselige Schiff vor sich sah, dessen Flammen ihren Jan rettungslos der Vernichtung anheimgaben. Mit einem wilden Schrei fuhr sie dann in die Höhe. . . .

Einige Zeilen der Schilderung hatten sich ihr unauslöschlich eingeprägt:

„Die rußige Brandstätte trieb in dem Meere umher wie eine leere schwarze Schale, auf der nur der Steinkohlentheer und die verkohlten Pfeiler des Holzwerkes noch sichtbar waren.

„Als sie anlegten und das Boot gegen die Seite stieß, zog ein seltsam langer Ton durch den ungeheuren, öden, eisernen Kasten. Der Klang schwoll immer mehr an und hallte dumpf zwischen den dünnen, zitternden Wänden wider, bis er sich endlich bebend und klagend in die Luft verlor. . . ."

Martha vernahm einen feierlichen, tief ergreifenden Todtengesang, immer mächtiger erscholl der Glockenklang weit draußen auf dem Meere — dem fernen, stillen Grabe Jans.

Sie hatte wie im Fieber gelegen. Jetzt erhob sie sich aber plötzlich mit neu erwachter Kraft: sie war Jans Wittwe, was auch die Welt dazu sagen würde. Es lag eine gewisse erhabene Ruhe, eine gefaßte, ergebene Entschlossenheit in der Art und Weise, wie sie sich ankleidete. Sie wollte sich rückhaltlos ihrem Vater anvertrauen, ihm die ganze Wahrheit bekennen: ihr blieb keine andere Wahl.

* * *

Martha war drinnen im Büreau bei ihrem Vater gewesen, halb von Thränen erstickt, hatte sie leise ihr Bekenntniß hervorgestammelt.

Eine Weile nachher suchte der Kommandör seine Gattin im Schlafzimmer auf. Er hatte sich mit seinem ganzen Muthe bewaffnet — sein altes Herz war bei Martha. Er kannte die Welt und wußte, was ihr Alles bevorstand — wie Vieles sie geduldig ertragen mußte — armes Kind! . . .

Frau Witt liebte es nicht, bei der Toilette gestört zu werden, und dem Kommandör wurde kein sehr freundlicher Gruß zu Theil, als er zu dieser ungewohnten Zeit hereintrat. Ein Blick in sein altes Gesicht sagte ihr aber, daß heute Quengeleien nicht am Platze seien; der Ausdruck war bei aller Trauer doch so seltsam überlegen. Sie betrachtete ihn unsicher, mit einer plötzlich erwachten Angst; wollte er jetzt um seinen Abschied einkommen? — —

Alles Andere trat aber in den Hintergrund, als der Kommandör seiner Gattin Marthas Geheimniß anvertraut hatte. Ohne ein Wort zu erwidern, setzte sie sich still hin und versuchte es, in dumpfer Ruhe die ganze Tragweite der Mittheilung zu überschauen. Es entstand ein leerer Raum — es war, als hätte eine Lawine all' ihre Hoffnungen erschüttert.

Die heftige Erbitterung gegen Jan machte sich endlich Luft in einem gewaltsamen Ausbruch. Der Kommandör ließ geduldig Alles über sich ergehen, er sah ein, daß sie ihren Gefühlen freien Lauf lassen mußte.

. . . Sie hatte daran gedacht, Trauer anzulegen; ja, jetzt hatten sie ein Recht zu trauern . . . Sie hätte nach ihm schreien und ihn zur Rechenschaft ziehen mögen wegen ihrer unschuldigen Tochter . . .

Hatte sie nicht von Anfang an Alles aufgeboten, um ihn aus dem Hause zu entfernen? . . .

„Nun, nun, jetzt kann es genug sein," unterbrach sie der Kommandör. „Manches dient ihnen Beiden zur Entschuldigung. Sie wurden ganz unnatürlich gereizt — durch den Druck, den Du, Jutta, auf sie ausübtest. Du solltest Dich hüten, Marthas Trauer dadurch zu verletzen, daß Du Jan heruntersetzest — das ist vorher zur Genüge geschehen. Die Welt wird sie alles schwer und hart genug entgelten lassen; bei uns — ihren Eltern — wird sie Frieden haben. . . . . .

Es verbarg sich ein so wunderbares Selbstgefühl unter ihrem demüthigen Geständniß," sagte der Kommandör leise vor sich hin . . . „als ob sie doch nicht wollte, daß es anders sein solle. Siehst Du, Jutta, recht besehen, so ist dieses Verhältniß ja der einzige Trost, der ihr im Unglücke geblieben ist — das einzige, was sie aufrecht erhält."

„Nun, das muß ich sagen, ein schöner Trost — ein verlorenes Leben!"

Frau Witt saß vornüber gebeugt da und rieb sich die Hände in nervöser Erregung. Die Ringe lagen noch auf dem Toilettentische.

„. . . Als ob unser erster Gedanke nicht der sein müßte, Witt, Alles aufzubieten, um das Geschehene zu vertuschen. Wir müssen sie nach Deutschland schicken, um sich in der Sprache zu vervollkommnen und das sogleich. . . . Da sie in der Schweiz war, wird Jeder es in der Ordnung finden, daß sie auch ihre Kenntnisse der deutschen Sprache auffrischt."

(Fortsetzung folgt.)

Gefängniß erhält. — Zu einer Woche Gefängniß verurtheilt wurde ein fahrender Musiker, der auf einer ausgeleierten Trompete seine Kunst zum Besten gab, ohne im Besitze eines Gewerbescheins zu sein. Da er wegen Gewerbekontravention schon vorbestraft ist, erfolgte obiges Urtheil.

Hamburger Landgebiet.

N. **Bergedorf.** Eine Sitzung von Magistrat und Bürgervertretung fand gestern Abend unter Vorsitz des Herrn Dr. Lange statt. Dem Antrag des Magistrats auf Bewilligung von M. 102 Umzugskosten für den Stadtkassirer Popp wurde aus Billigkeitsgründen stattgegeben. Ein weiterer Antrag des Magistrats, dem Kaufmann Weckmann für die Abtretung des Vorbaues seines am Mohnhofe belegenen Hauses M. 250 zu bewilligen, wurde debattelos angenommen. Hierauf wurden auf Antrag des Magistrats M. 264,60 für ein am Freitag, 3. August, abgehaltenes Festessen als Gedenkfeier des 50jährigen Bestehens der Bergedorfer Sparkasse (!) nachträglich bewilligt. Eine längere Diskussion fand bei dem vierten Antrage des Magistrats auf Nachbewilligung von M. 12 000 für nothwendig gewordene Aenderung des Baues der Kaimauer am Schleusengraben statt. Nachdem die Baukommission die Sachlage klar gelegt und lebhaft für den Antrag eingetreten, wurde derselbe gegen eine Stimme angenommen.

Harburg und Wilhelmsburg.

h. **In einer stark besuchten Versammlung des Harburger Gewerkschaftskartells**, die am Mittwoch Abend bei Lüssenhop stattfand, erstattete der Vorsitzende Schmidchen Bericht über die zwischen den betheiligten Gewerkschaften und der Aktienbrauerei stattgehabten Unterhandlungen, dabei betonend, daß die Brauerei einen ehrlichen Frieden nicht wolle. Auch die Verhandlungen mit Genossen Baerer als Vertreter der Fabrikarbeiter haben sich zerschlagen, da die Direktion, was sie heute verspricht, morgen schon widerruft. Vor Allem warne er, den Boykott eher aufzuheben, als bis die Streikbrecher entlassen sind und die Streikenden alle wieder an ihrem alten Posten stehen. Es würde eine Beleidigung der Harburger Arbeiterschaft sein, ihre beste Waffe aus der Hand zu geben, bevor die Forderungen erfüllt seien. Auch sei das größte Mißtrauen gegen die Brauerei am Platze. In diesem Sinne sprechen eine ganze Anzahl Genossen. Behnke betont noch, wenn die Brauerei jetzt keinen Frieden gäbe, müßten der Brauerei auch die Kriegskosten auferlegt werden. Kollmar-Hamburg erklärt, der Brauer-Verband sei mit dem energischen Vorgehen der Harburger Arbeiter zufrieden. Der Boykott wirke je länger, je schärfer. Er bedauere, daß das Hamburger Gewerkschaftskartell betreffs der Wirthe in Hamburg und Altona noch keine weiteren Schritte unternommen habe. Sollte es jetzt nicht zum Frieden kommen, so müßte die ursprüngliche Forderung wieder erhoben werden, denn die Streikenden müßten für die Zeit, da sie unfreiwillig feiern, auch entschädigt werden. Es wird sodann aus den eingelaufenen Resolutionen eine kombinirte Resolution einstimmig angenommen, dahingehend: „1) Daß der Boykott erst aufgehoben werden könne, wenn Alles geregelt, d. h. die Arbeitswilligen entlassen und die Ausständigen auf ihren alten Posten seien. 2) Weitere Verhandlungen können nur unter Hinzuziehung des Vorsitzenden des Kartells, Genossen Schmidtchen, stattfinden. 3) Die Aufhebung des Boykotts geschieht nur im „Volksblatt“. 4) Die Kommission hat in nächster Woche eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen. Falls dann die Friedensverhandlungen nicht zum Abschluß gekommen sind, kann die Kommission die Erhöhung der zu stellenden Forderungen beantragen.“ Ferner wird beschlossen, da Herr Aug. Blankenburg in Wilstorf entgegen seinem Versprechen, doch Aktienbier geführt hat, das am 26. d. M. stattfindende Gewerkschaftsfest nicht bei Blankenburg, sondern in Lohmanns Park, Heimfeld, abzuhalten.

h. **Zum Boykott der Aktienbrauerei.** Herr Aug. Blankenburg, Harburg-Wilstorf, ist in die Liste der Wirthe einzureihen, die boykottirtes Harburger Aktienbier führen. Es wird dringend gebeten, dieses Lokal zu meiden.

h. **Der Streik der Bauarbeiter** ist in einer gestern Abend bei Warnk stattgehabten Versammlung beendet worden. Die Bauarbeiter haben am 9. d. die Arbeit wieder aufgenommen und erhalten bis zum 31. März 1901 einen Stundenlohn von 50 ₰, vom 1. April 1901 ab einen solchen von 55 ₰. Die Arbeitszeit u. s. w. ist dieselbe wie die der Maurer. Die Bauarbeiter verlangten von der Stunde der Wiederaufnahme der Arbeit pro Stunde 55 ₰. Zum ersten Male ist die Gewerkschaft der Bauarbeiter von der Innung „Bauhütte“ anerkannt worden, indem man mit ihr unterhandelte.

r. **Wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen** wird ein unbekanntes Individuum gesucht, das ein 12jähriges Mädchen aus Wilhelmsburg nach dem Freihafengebiet gelockt hat, um mit demselben unsittliche Handlungen vorzunehmen. Der Unhold wurde von Passanten überrascht, ergriff die Flucht und entkam.

r. **Gestohlen** wurden vom Bau der Genossenschaftshäuser am Bahnhof in Wilhelmsburg dem Unternehmer Theil Holz, Bretter u. s. w. Die Diebe wurden von der Gensdarmerie vom Kirchdorf abgefaßt und zur Anzeige gebracht.

Lübek.

Der Lübeker Gewerkschaftsausflug findet am Sonntag, den 12. d. M., Nachmittags 2 Uhr, vom Burgfelde nach Israelsdorf, dem romantisch an der Trave belegenen Walddorfe, statt. Den Hamburgern, welche an diesem Tage Lübek und Umgegend besuchen, sei die Besichtigung der imposanten Veranstaltung empfohlen.

Schleswig-Holstein.

Pinneberg. Die Verfügung des Landraths Scheiff, betr. die Vereinsvergnügungen, ist, soweit sie nicht politische Vereine betrifft, aufgehoben worden. Nun, auch die politischen Vereine werden sich zu helfen wissen und werden dem Herrn Landrath ein X für ein U machen, indem sie ihre Festlichkeiten einfach unter anderer Flagge abhalten. Bezweckt wird mit solchen behördlichen Maßregeln nichts weiter, als daß sich die Behörden bei der Bevölkerung gründlich mißliebig machen.

Auswärtiges.

Ein kleinstaatliches Skandälchen bereitet sich anscheinend in Lippe vor. Wie erinnerlich, war der Vorsitzende der konservativen Partei und des Bundes der Landwirthe in Lippe, Mitglied der Landessynode, Landtagsabgeordneter 2c., Schemmel, im Herbste des Vorjahres wegen seines Verhaltens seiner Tochter gegenüber aus dem Kirchenvorstande seiner Heimathgemeinde und damit zugleich aus der Landessynode ausgestoßen worden. Der Bericht des Konsistoriums, worin die Entlassung Schemmels ausgesprochen war, führte zur Begründung an, daß es eine Pflicht des Konsistoriums sei, auf die Entlassung Derjenigen aus kirchlichen Aemtern zu dringen, die durch ihren Lebenswandel nicht einmal nur die christliche Moral, sondern auch die bei nichtchristlichen Völkern geltenden Grundsätze über das Verhältniß der Eltern und Kinder zu einander gröblich verletzen. Das Zusammenschlafen des Vaters mit der erwachsenen Tochter sei, wo nicht die dringendste Noth ein anderes Zusammenwohnen unmöglich mache, zu allen Zeiten und in der christlichen Welt insbesondere, als etwas durchaus Verwerfliches und in hohem Maße der guten Sitte Zuwiderlaufendes angesehen worden. Die zahlreichen einflußreichen Freunde Schemmels hatten auf alle Art und Weise versucht, ihr Oberhaupt zu rehabilitiren. Sie scheuten sich nicht, die gerichtlich festgestellten Thatsachen als „allgemein übliche“ zu bezeichnen. Da auch der Staatsminister aktiv in die Sache eingegriffen und das Vorgehen des Konsistoriums ausdrücklich gebilligt hatte, galt ihm der besondere Zorn der Freunde Schemmels. Nunmehr ereignet sich aber, wie die „Hess. Landesztg.“ erfährt, etwas ganz Besonderes! Die Landessynode hat vor Kurzem beschlossen, den Pastor Thelemann, der sich als Geistlicher berufen fühlte, das sittlich anstößige Verhalten Schemmels zu rügen, zu suspendiren! Dann hört man weiter, daß das Konsistorium die Wiederwahl Schemmels zum Kirchenältesten bestätigen wolle und daß er demnächst als würdiges und vollberechtigtes Glied der Landeskirche auch sein verlorenes Amt als Synodale erhalten dürfte. — Und warum? Der Regierung ist es unmöglich, mit dem Parlament zu arbeiten. Sie hat Alle gegen sich. Die Konservativen folgen ihrem Führer Schemmel, und so lange er mit der Regierung nicht versöhnt ist, unterstützen sie diese auch nicht. Auf die weitere Entwicklung dieser Affaire darf man demnach mit Recht gespannt sein.

Ueber einen Krieg der Eisenbahner gegen die Spatzen lesen wir in einer Berliner Zeitung folgende lustige Geschichte: Auf dem Bahnsteig A des Schlesischen Bahnhofes hatten Sperlinge sich unter der Glasdecke zu Hunderten eingenistet, wodurch sie aber weder dem Bahnpersonal, noch dem Publikum einen besondern Gefallen erwiesen haben; denn den Herren Spatzen ist es natürlich sehr „schnuppe“, ob sie die Zeichen ihrer irdischen Vergänglichkeit aus luftiger Höhe auf eine karmoisinrothe Dienstmütze oder auf einen grade stolz vorüberschaukelnden Zylinderhut herniedersausen lassen. Auch das einem solchen Attentat voraufgehende und folgende Triumph-Gezwitscher der gefiederten Gesellen wollte die undankbare Welt durchaus zu widerlichem Gepiepse und Gekreische stempeln. Die Sperlinge sollten also fort. Aber — wie? Hier konnte kein Kammerjäger helfen! Endlich griff man zu einem verzweifelten Mittel: man räucherte die Eindringlinge aus und half gleichzeitig mit dem armdicken Strahl einer großen Feuerspritze noch energisch nach. Dem vereinten Wirken von Feuer und Wasser vermochte schließlich selbst die Pomadigkeit der Sperlinge nicht Stand zu halten, und sie zogen — ein Haus weiter, zu den Bahnsteigen B, C und D. Das war natürlich noch schlimmer! Nach kurzer Zeit mußte die Feuerspritze wieder in Thätigkeit treten, die Sperlinge wurden zum zweiten Male exmittirt und zogen „hohnpiepsend“ wieder zurück in ihr altes Domizil, den Bahnsteig A.

Der Obermeister einer Innung als Schmuggler. In Frankfurt a. M. beschlagnahmte ein städtischer Fleischkontrolör eine Sendung von über 100 Pfund Fleisch, die von dem Obermeister der Fleischer-Innung in Fulda, Schwarz, an die Restauration des Palmengartens geschickt worden war. Die Sendung führte die Bezeichnung „Fleischwaaren“, um auf diese Weise die städtische Fleischschaustelle nicht passiren zu müssen. Es fiel auf, daß die so bezeichneten Sendungen an dieselbe Adresse sich mehrten. Nach dem Regulativ sind unter Fleischwaaren zu verstehen präparirtes Fleisch, Würste, Schinken 2c. Die Untersuchung ergab, daß es sich jedes Mal um frisches Fleisch handelte, das beim Einbringen in die Stadt der Nachschau auf dem Schlachthofe unterliegt. Die Sendung, die in Bezug auf Qualität nicht erstklassig, nach Versicherung von zuständiger Stelle noch nicht einmal „drittklassig“ war, wurde konfiszirt und der städtischen Freibank überwiesen. Im Augenblick schwebt noch eine Untersuchung darüber, wie lange schon der Schmuggel betrieben wird.

Wie die „Frommen“ agitiren. Die Gewerbegerichtswahl in Kalk, die im April dieses Jahres stattfand und damals wegen der schmachvollen Kampfesart der „christlichen“ Gegner so großes Aufsehen erregte, hatte am Montag vor dem Kölner Schöffengericht ein Nachspiel. In den von der christlichen Partei herausgegebenen Flugblättern waren die Kandidaten der Gewerkschaften als sozialdemokratisch bezeichnet. Ferner war gesagt: die Arbeiter müßten wahnsinnig sein, wenn sie einen Mann wählten, der an keinen Gott glaube; wenn ein Sozialdemokrat den Schwur leiste als Beisitzer, so sei das nichts, worauf man sich verlassen kann. Man sei vor die Wahl gestellt, ob man die Enkel eines Affen (!) in's Gewerbegericht schicken wolle oder einen christlichen Kandidaten, der auf seine Menschenwürde hält. Die Sozialdemokratie zahle jährlich zehn Millionen (!!) an die Führer, Abgeordneten und Redner; der Wahlfonds werde von den Juden geliefert. „Umstürzler, Revolutionäre, blutdürstende Mordbuben“ seien die Sozialdemokraten. „Wollt Ihr die Kandidaten blutdürstender Revolution wählen?“, so hieß es weiter, und dann waren die Kandidaten wegen der Stellung der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion zur lex Heinze als „Liebhaber stinkender Schweinereien“ bezeichnet. In einem anderen christlichen Flugblatt wurde der Verfasser eines gewerkschaftlichen Flugblattes als „erbärmlicher Wicht“, als niederträchtig, elend, schurkisch, geisteskrank, zum Thier heruntergesunken, armseliger Wurm bezeichnet und gefragt, was er mit seinem „lügenhaften Fraß“ bezwecke und was dergleichen Tollheiten mehr sind, wie sie nur der frommen Feder eines erzultramontanen Fanatikers entfließen können. In einem dieser Flugblätter war auch ein zur sozialdemokratischen Partei gehörender Maurermeister in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber in der wahrheitswidrigsten Weise beleidigt. Da das Flugblatt nur unterzeichnet war: „Christliche Gewerkschaft Kalk“, ein solches Ding aber nicht zu ermitteln war, so war unser Parteigenosse genöthigt, den Drucker zu verklagen, als welcher der Besitzer des in Köln erscheinenden „Rhein. Merkur“, Herr Heinrich Theissing, zeichnete. Dieser wurde dann auch als der Drucker des Flugblattes zu einer Geldstrafe von M. 100 verurtheilt. Die Gerichtsverhandlung gestattete einen überaus lehrreichen Einblick in das Wesen der „christlichen Arbeiterbewegung“ und in das Treiben jener Sorte katholischer Geistlichen, die man als Hetzkapläne bezeichnet. Ein als Zeuge auftretender Arbeiter erklärte, die Verantwortung für das Flugblatt übernehmen zu wollen; der Mann mußte auf Befragen aber gestehen, daß er weder der Verfasser noch Besteller sei, noch überhaupt in einer Beziehung zu dem Flugblatt stehe. Als Derjenige, der dem Drucker das Manuskript geliefert hat, wurde dann der Kalker Kaplan Zillessen entlarvt. Dieser muthige Gottesstreiter wollte also einen ganz unbetheiligten, bethörten Arbeiter für die von ihm selber verübten Thaten dem Gericht ausliefern. Ferner wurde in der Verhandlung festgestellt, daß das von den katholischen Arbeitern gewählte Wahlkomite von dem eigentlichen Hergang bei der Gewerbegerichtswahl-Agitation keine Ahnung hatte, daß vielmehr der Kaplan Zillessen der Macher der ganzen christlichen Agitation ist. Dieser Herr ist ein Führer der unversöhnlichen Richtung in den christlichen Gewerkschaften, derjenigen Richtung, die in Köln und Aachen vorherrscht und von einem Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften nichts wissen will. Der Leiter dieser Richtung ist in Köln der Pfarrer Drießen, der kürzlich vor dem Kölner Gericht insofern eine schwere moralische Niederlage erlitt, als ihn das Schöffengericht mit einer Klage gegen katholische Angehörige seiner Pfarrgemeinde abwies, indem es in der Urtheilsbegründung erklärte, er habe durch die Denunziation in frivoler Weise ruhige Bürger vor das Gericht gezerrt. Bei dieser Gelegenheit darf man wohl an den Prozeß des Ohrfeigen- und Zeitungskaplans Dasbach erinnern, und man hat ein liebliches Kleeblatt vor sich, an dem man übrigens sich einen Begriff machen kann, mit welcher Sorte von priesterlichen Gegnern die Arbeiterbewegung im Rheinland zu kämpfen hat.

Wegen der antisemitischen Unruhen, die an den Abenden des 23. und 24. Mai in Rummelsburg stattfanden, fand in Stolp am Sonnabend die Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts statt. Bei den Zusammenrottungen war Widerstand gegen die Polizeibeamten und Gensdarmen geleistet worden, auch wurden sieben Häuser, deren Besitzer Juden waren, arg beschädigt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen; der Schuhmacherlehrling Fritz Krüger wurde zu vier Wochen, der Sattlerlehrling Karl Raschke zu einer Woche, der Maurer Johann Vierke zu einem Jahre und der Arbeiter Karl Neumann zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Vielseitig. In einem Wiesbadener Blatt findet sich das folgende, aus Mainz datirte originelle Stellengesuch: „20-jährige Hannoveranerin, perfekt bürgerlich kochend, sucht per sofort passende Stellung, könnte auch, da Stenographin und Maschinenschreiberin, auf Büreau mit beschäftigt werden. Offerten u. s. w.“ Hoffentlich findet dies Juwel bald, was es sucht.

Schiffsunfälle. Das von Harburg nach Dublin bestimmte Schiff „Rosalia“ ist in der Nordsee gesunken, die Besatzung wurde gerettet. — Das Schiff „Bessie Whineray“ ist auf der Fahrt Beckton-Hartlepool in der Nordsee gesunken. Kapitän und vier Mann ertrunken. Die übrige Mannschaft, darunter der Sohn des Kapitäns, durch den Dampfer „Etrurian“ gerettet.

Der furchtbare Muttermord, welcher vor einigen Tagen in dem Dorfe Gurkow im Friedeberger Kreise (Neumark) verübt wurde, wird seine Sühne finden. Der Leichnam der seit mehreren Wochen verschwundenen Altsitzerin Sauermann, einer 86jährigen Frau, wurde bekanntlich in entsetzlicher Weise zerstückelt unter dem Dung versteckt aufgefunden. Der bald darauf entstandene Verdacht, daß die eigene Tochter, eine 55jährige, unverheirathete Person, die Mörderin gewesen, hat sich bestätigt; sie befindet sich in Untersuchungshaft und hat jetzt ein Geständniß abgelegt. Sie hat die schauderhafte That begangen, weil ihr die Mutter, der sie Altentheil geben mußte, zu lange lebte.

Risiko der Bauarbeit. In Bockenheim stürzte ein Malergerüst ein, weil das Holz der Gerüststangen nicht gesund und das Gerüst selbst zu leicht war. Drei Maler stürzten ab und wurden schwer verletzt.

Richterliche Weisheit. Der Verleger der „Halberstädter Arbeiterzeitung“, Genosse Thielsch, hatte den Kopf der Zeitung für die Osterwieker Abonnenten in „Osterwieker Arbeiterzeitung“ umgeändert, um den Osterwieker Lesern entgegenzukommen, und wurde deshalb, da er dadurch gegen das Preßgesetz verstoßen haben soll, vom Osterwieker Schöffengericht in Strafe genommen. In der schriftlichen Ausfertigung des Urtheils findet sich nun folgender Satz: „Die Namensänderung der Zeitung bezweckt zunächst nur durch eine Rücksichtnahme auf die Eitelkeit hiesiger Leser die Abonnentenzahl zu steigern. Die bekannte Fleischwaarenfabrik von Heine bezeichnet ihre Produkte unzweifelhaft als Halberstädter Würstchen, um der Eitelkeit der Halberstädter zu schmeicheln. Die Eitelkeit der Bewohner der Weltstadt an der Seine verursacht es, daß man von Pariser Gummiartikeln spricht und in Folge der Eitelkeit der Wiener verkaufen die Apotheker „Wiener Tränkchen“. Gegen das „interessante“ Urtheil ist selbstverständlich Berufung eingelegt worden.

Ein Idyll der Rechtsprechung enthüllt ein Fall unschuldiger Verurtheilung, der sich in Wallstadt in Baden abgespielt hat. Am Ostermontag Abend wurde ein in Wallstadt wohnender Kernmacher von mehreren Burschen überfallen, in ein Ackerfeld geschleppt und durch Fußtritte und Faustiebe schwer mißhandelt. Als verdächtig wurden drei Maurer verhaftet; einer von diesen gab bei seiner Vernehmung durch den Gensdarmen einiges an, wodurch er sich und die beiden Anderen belastete. Als die Untersuchungshaft 14 Tage dauerte, erklärte er einfach, die Sache sei richtig, er und die beiden Anderen hätten den Kernmacher geprügelt. Obwohl die anderen Zwei die Schuld entschieden verneinten, hielt das Schöffengericht den Beweis der Thäterschaft für erbracht und verurtheilte die zwei zu 2 Wochen, den „Geständigen“ zu 5 Tagen Gefängniß. Nach der Verurtheilung ergaben sich jedoch Verdachtsgründe gegen drei andere Burschen, welche thatsächlich überwiesen werden konnten, so daß sie vom Schöffengericht verurtheilt wurden. Damit war die Schuldlosigkeit der drei Ersten dargethan; im Wiederaufnahmeverfahren erfolgte natürlich die glatte Freisprechung der Apellanten. Sämmtliche Kosten inklusive die der Vertheidigung wurden auf die Staatskasse übernommen. Der Anstifter des ganzen Wirrwars erklärte auf die scharfe Zurechtweisung, die ihm der Vorsitzende angedeihen ließ, der Staatsanwalt habe ihn immer Lügner geheißen, wenn er vernommen worden sei; sie seien schon 14 Tage in Untersuchungshaft gesessen, und da er geglaubt habe, mehr Strafe werden sie auch nicht bekommen, so habe er sich gesagt: Ich mach' der Sach' ein End' und sag', wir hätten's gethan. — „Der Sach' ein End' machen“ wollten schließlich auch die Gefolterten in früheren Zeiten. Der Fall ist nur scheinbar unbedeutend: er beweist, wohin die Siegesgewißheit der Untersuchungsbehörde, den Richtigen zu haben, manchmal führen kann.

Wieder hat eine große Innung ihre Auflösung beschlossen. Eine große Anzahl Mitglieder der Schmiede-Zwangsinnung Magdeburg, die außer dem Stadtkreise Magdeburg noch die Kreise Calbe, Neuhaldensleben, Wanzleben, Wolmirstedt und Jericho I umfaßt und gegen 600 Mitglieder zählt, hatte den Antrag auf Auflösung gestellt. In einer sehr stürmisch verlaufenen Versammlung ist dieser Antrag angenommen worden.

Wegen Sittlichkeitsvergehens an jungen Gesellen wurde in Frankenthal der stellvertretende Präses des katholischen Gesellenvereins, Karl Weckesser, verhaftet.

„Die Inschrift, die Inschrift!“ Die Sozialdemokraten in Hanau wollten ihrem kürzlich verstorbenen Genossen Mathias Daßbach einen Grabstein setzen. Für denselben hatten sie folgende Inschrift bestimmt:

„Treu bis zum letzten Athemzuge
Führtest Du uns im Kampf für Freiheit und Recht —
Du bleibst unser Vorbild im Kampf,
Deiner gedenken wir im Sieg!“

Diese Inschrift mußte der städtischen Friedhofs-Kommission eingereicht werden. Dieselbe entschied, daß diese Inschrift „nach den Bestimmungen der Friedhofs-Ordnung nicht zulässig erscheint“. Was daran „staatsgefährlich“ eigentlich ist, wurde von den „liberalen“ Herren nicht angegeben.

Wie hohe Arbeiterlöhne zu Stande kommen. Den ungetreuen Beamten der Bismarckhütte in Oberschlesien sind bis jetzt Unterschlagungen in Höhe von M. 22 165 nachgewiesen. Sechs Beamte sind daran betheiligt. Die Betrügereien sind bei den Lohnlisten verübt. Da wunderte man sich, daß die Arbeiter so viel verdienten!

Der in der Schweiz abgestürzte Privatdozent Dr. Paul Voigt aus Berlin hatte sich im vorigen Winter an der Berliner Universität als Privatdozent für Nationalökonomie niedergelassen. Seine Antrittsvorlesung beschäftigte sich mit der Widerlegung von Karl Marx. In jüngeren Jahren war Voigt Sozialist gewesen und hatte auch mehrmals Artikel für den „Vorwärts“ geschrieben.

Der Oberamtmann als Gesetzesübertreter. Wegen fahrlässiger Tödtung stand dieser Tage der Oberamtmann Thürmer, Pächter der Domäne Badetz im Zerbster Kreise, vor der Strafkammer in Dessau. Am 28. Februar v. J. gerieth auf genannter Domäne die verehelichte Marie Schröder in das Getriebe der Dreschmaschine. Die Verunglückte starb an den Verletzungen. Die Untersuchung (die also ein und ein halbes Jahr dauerte. Red.) ergab, daß das Unglück nur durch den Mangel an Schutzvorrichtungen entstehen konnte. Für diese Nachlässigkeit erhielt der Herr Oberamtmann zwei Monate Gefängniß. Er wird aber aller Voraussicht nach begnadigt werden.

Ein mißglückter Anschlag. Vor acht Tagen wurde in Elberfeld ein italienischer Arbeiter verhaftet, der anläßlich der Ermordung des Königs von Italien die Aeußerung gethan haben soll: „Nächstes Mal kommt Kaiser Wilhelm daran.“ Diese Nachricht wurde von dem Generalanzeiger unter der Stichmarke: „Mordanschlag auf Kaiser Wilhelm“ in die Welt gesetzt. Die heimlich geführte Untersuchung ergab, daß die Worte des Italieners mißverstanden worden sind und wurde derselbe aus der Haft entlassen, da auch gar nichts gegen denselben als belastend festgestellt werden konnte. Ein Anschlag ist mißglückt. Nicht ein Anschlag auf den Kaiser, der nicht existirte, aber ein Anschlag der Polizei auf die Freiheit.

Ueber Andrée meldet „Svenska Dagbladet“ in Stockholm: Der amerikanische Generalkonsul erhielt eine Mittheilung von einem in Cleveland wohnenden Amerikaner, nach der dieser am 13. Juni unter 47 Grad 35 Minuten Breite und 43 Grad 27 Minuten Länge ein in deutscher Sprache abgefaßtes Schriftstück vom 2. Juni 1900, unterzeichnet „Andrée“, gefunden hat. Das Schriftstück besagt, daß Andrée lebe, aber wegen seiner mißlichen Lage der schnellsten Hülfe bedürfe. „Dagbladet“ meldet weiter, daß Maßnahmen getroffen wurden, um das Schriftstück zu beschaffen. Die anderen Stockholmer Blätter drucken die Mittheilung ohne Bemerkung ab. Der amerikanische Generalkonsul hat diese bisher nicht dementirt.

Aus dem Gerichtssaal.

Landgericht.

9. August.

Strafkammer IV. Vorsitzender: Direktor Dr. Wulff. Staatsanwalt: Dr. Steinicke.

Schwindel über Schwindel. Gegen den Steward Paul Max Ullrich, den Kaufmann Heinrich Karl Eduard Steinlandt und dessen Ehefrau Helene Steinlandt richtet sich die Anklage des gemeinschaftlichen Betruges und der qualifizirten Urkundenfälschung. Die Verhandlung entrollt ein Bild unglaublicher Dreistigkeit und unerhörter Leichtgläubigkeit. Das angeklagte Ehepaar St., das früher in Kiel wohnte, war dort mit dem bejahrten, vermögenden Kaufmann Schwefel bekannt geworden. Dieser Herr, der ein ungemein gutes Herz zu haben scheint, hat dem völlig erwerbslosen Ehepaar schon in Kiel mehrfach Unterstützungen in Gesammthöhe von M. 5000 zu Theil werden lassen. Hier angekommen, setzte sich das saubere Pärchen mit dem Angeklagten Ullrich zu dem Zwecke in Verbindung, den Kieler Wohlthäter nach Kräften gemeinschaftlich auszupressen. Zunächst erschwindelte der Ehemann St. von Sch. eine nicht unerhebliche Summe zu dem angeblichen Zweck, damit nach Shanghai zu gehen und dort ein Geschäft zu begründen. Mit dem zu diesem Zweck von Sch. erhaltenen Gelde lebte St. hier herrlich und in Freuden. Nach einigen Monaten theilte St. dem Sch. brieflich mit, daß er in Shanghai ein Geschäft habe, das vorzüglich gehe, aber es thue Noth, daß seine Frau nachkomme, da er ihm allein nicht vorstehen könne. Dieser Brief wurde durch Vermittlung des U. einem auf einem Chinadampfer angestellten Steward mitgegeben, damit er ihn in Shanghai zur Post gebe. Das geschah und Frau St. erhielt darauf von Sch. M. 1250 zu dem Zweck, ihrem Manne nach China nachreisen zu können. U., der mit der Frau St. nach Kiel gereist war, um das von Sch. bewilligte Geld in Empfang zu nehmen, erklärte dem Letzteren, daß er der Frau St. noch aus eigenen Mitteln M. 1200 geben wolle. Das saubere Ehepaar reiste mit seinem Komplicen U. dann nach Bremerhaven, von wo aus die Frau St. dem Sch. telegraphirte, sie sei von U. im Stich gelassen worden, er möge ihr doch die ihr nun fehlenden M. 1200 anweisen, damit sie die Reise zu ihrem Manne machen könne. Das geschah; Sch. wies die verlangte Summe an. Mit dem also erschwindelten Gelde fuhr dann die ganze Gesellschaft nach Cuxhaven und amüsirte sich dort nach Kräften. Nach einigen Wochen geriethen sich die drei Schwindler dann in die Haare und nun trennte sich U. von dem Ehepaar St. und schwindelte auf eigene Hand aus dem Kieler Wohlthäter M. 855 für seine eigene Person heraus. Als Sch. zuletzt erfuhr, daß er von allen Dreien in der unverschämtesten Weise beschwindelt worden war, erstattete er Anzeige gegen U., wodurch dann der ganze Schwindel an den Tag kam. Die Gesammtsumme, welche dem Sch. die Freundschaft mit den drei Angeklagten gekostet hat, soll sich auf mehr als M. 10 000 belaufen. Die Urkundenfälschung wird darin erblickt, daß alle drei Angeklagten Briefe mit falschen Unterschriften angefertigt und zur Bekräftigung ihrer eigenen schwindelhaften Angaben an Sch. gesandt haben. Während die Eheleute St. im Allgemeinen geständig sind, macht U. mit einer unglaublichen Dreistigkeit allerlei Ausflüchte und Weiterungen. Das Gericht verurtheilt U. zu 18 Monaten Zuchthaus und zweijährigem Ehrverlust, St. zu 1 Jahr und die Frau St. zu 8 Monaten Gefängniß und je 1 Jahr Ehrverlust.

Aus den Schöffengerichten.

9. August.

Zwei nette Vertrauensleute haben die Mitglieder eines Sparklubs „Freundlichkeit“ sich in den Personen des Hausknechts T. und des Schlossers J. zum Kassirer und ersten Vorsitzenden erwählt. Die Beiden haben die Kasse, die ihnen anvertraut war, in grober Weise beräubert. Der Vorsitzende J. hat M. 16, der Kassirer T. M. 84 von den von den Mitgliedern ersparten Geldern für sich verbraucht. Sie haben sich deshalb vor dem Schöffengericht V, unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Schemmann, wegen Unterschlagung zu verantworten, und sie werden zu je 1 Monat Gefängniß verurtheilt.

Vereine und Versammlungen.

(Die Herren Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu verwenden und auf einer Seite zu beschreiben.)

Schiffszimmerer, Mitgliedschaften Hamburg, Veddel und Reiherstieg. Versammlung am 5. August bei Springborn. „Ueber die Aussperrung der Schiffszimmerer, und wie stellen wir uns dazu?“ referirte Kollege Burmester und theilte mit, daß bis jetzt M. 43 an Unterstützung für die ausgesperrten Kollegen gezahlt worden wären, die bei Blohm u. Voß entlassen wurden und anderweitig keine Arbeit erhalten konnten. Dann entspann sich eine lebhafte Debatte darüber, daß auf der Reiherstieg-Schiffswerft die Kollegen theilweise trotz der Aussperrung Nacharbeit verrichtet haben. Ihnen wurde eine Rüge ertheilt und die Ueberarbeit ist dann auch nachgeblieben. Auch die Verhältnisse auf mehreren anderen Werften kamen zur Sprache. Hierauf legte W. Müller nochmals die ganze Sachlage dar und betonte, daß in dieser Periode keine Ueberstundenarbeit und Streikarbeit erst recht nicht gemacht werden dürfe. Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige kombinirte Mitgliederversammlung der Schiffszimmerer von Hamburg, Veddel und Reiherstieg beschließt, sämmtliche Ueberstundenarbeit außer Dock- und Notharbeit (als Notharbeit ist jedoch nur solche Arbeit zu betrachten, wenn Menschenleben in Gefahr sind) zu verweigern, so lange die Aussperrung dauert.“ Diese Resolution wird durch Laufzettel bekannt gegeben. Diejenigen Mitglieder, welche sich dieser Resolution nicht fügen, werden laut § 3 Absatz c des Statuts ausgeschlossen. Als Dockarbeit wird betrachtet: 1) Stelgenbauen außenbords; 2) Schraubenarbeit und Steuerlüften. Die Schiffszimmerer haben die Elbe nicht zu verlassen, um anderswo Arbeit zu verfertigen. Es wurde noch in Frage gestellt, wie es mit dem Schutenreinigen nach Feierabend wäre? Die Antwort lautete, daß es ebenso gehalten werden soll, wie mit der Ueberstundenarbeit. Dem wurde auch (gegen eine Stimme) zugestimmt. Erwähnt wurde noch, daß diese Reinigung den Lehrlingen zukäme und nicht den Schiffszimmerern. Dann wurde die Frage der Unterstützung der Metallarbeiter angeregt. Den Kollegen wurde empfohlen, sie nach besten Kräften zu unterstützen und ihr Scherflein dazu beizutragen. Dann wurde nochmals auf Folgendes hingewiesen: Wird ein Stück Arbeit von Hauszimmerern verfertigt und und Schiffszimmerer haben nachträglich noch etwas daran zu thun (z. B. Kalfatern oder zu Wasser bringen des Fahrzeuges), so haben sie 65 ₰ pro Stunde dafür zu verlangen, können dann auch die Arbeit verrichten. Zur Sprache wurde noch gebracht, daß auf einem Zimmerplatz am Billwärder Neuendeich Mißstände vorgekommen sind wegen der Ueberarbeit und Annahme von Schiffszimmerern. Burmester ist in diesem Falle benachtheiligt worden, indem die Kollegen auf diesem Platze ihm in Gegenwart des Baases den Versammlungsbeschluß vorwarfen und zu ihm sagten, die Versammlung wäre gar nicht kompetent zu solchem Beschluß, denn nur die kleinen Meister würden mit Füßen getreten. (Pfui-Rufe.) Betreffs des Arbeitens in anderen Branchen wurde gutgeheißen, falls die Kollegen nicht ganz von ihrem Berufe abgingen und nur zeitweise in anderen Branchen arbeiteten, müßte es ganz gleich bleiben, in welcher Organisation sie wären. Sollten sie aber ihren Beruf gänzlich ändern, so wäre das eine zweite Sache. Freiwillig nahm Kollege W. Kruse die Kolportage für die Neustadt an. Schluß 4 Uhr.

Berichtigung. Dem Versammlungsbeschluß vom 22. Juli ist hinzuzufügen: „Als Notharbeit wird betrachtet: 1) Wenn ein Stück Arbeit am Tage mit genügender Mannschaft besetzt worden war und dann noch am selbigen Abend fertig gestellt werden muß, dann können da einige Ueberstunden gemacht werden. 2) Den Dockern ist das Docken erlaubt, weil es mit der Tiede vor sich gehen muß; sämmtliche Schiffszimmererarbeit ist hierbei ausgeschlossen.“

Eine öffentliche Versammlung der bei Klempnern und Mechanikern beschäftigten Hülfsarbeiter tagte am 6. August bei Wwe. v. Salzen, Caffamacherreihe. Referent Sturm legte der Versammlung dar, daß jetzt die Grundlage vorhanden wäre, um eine feste Organisation zu schaffen. Wenn wir eine solche haben, dann seien wir auch in der Lage, unser Loos zu verbessern, und könnten an die Arbeitgeber herantreten wegen der so dringend nothwendigen Lohnaufbesserung. Redner führte als Beispiel die Klempner, Gas- und Wasserleitungsarbeiter an, die nur durch ihre feste Organisation etwas erreicht hätten, und munterte sämmtliche bei Klempnern und Mechanikern beschäftigten Hülfsarbeiter zum Beitritt zum Deutschen Metallarbeiterverband, Sektion Hülfsarbeiter, auf, worauf sich sämmtliche anwesenden Kollegen aufnehmen ließen.

Schmiede, Altona. Mitgliederversammlung am 4. August. Die Abrechnung ergab eine Einnahme im 2. Quartal von M. 579,80; die Arbeitslosenunterstützung zur Ausgabe gerechnet, betrug diese M. 178,25; am Orte verblieben M. 10,55; an die Hauptkasse abgesandt wurden M. 390. Aufgenommen wurden 54 Kollegen, hiervon neun vom Metallarbeiterverband übergetreten. Der Bestand des Lokalfonds beträgt M. 73,20. Dem Kassirer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Weigelt. Dann wurde noch von einigen Rednern über den neuen Krankenkassen-Gesetzentwurf gesprochen. Es soll eine Volksversammlung einberufen werden und zwei Referenten dazu bestellt werden, welche über die Krankenversicherung sprechen sollen. Hierauf berichtete der Zentralvorsitzende F. Lange über die Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter. Er hob hier wieder hervor, daß die Kesselschmiede vom Aktien-Dock sich nicht den gefaßten Beschlüssen, keine Ueberarbeit zu verrichten, fügten, sondern in der letzten Woche 105 Stunden arbeiteten. Einige Kesselschmiede wollten nicht arbeiten; aber es wurde ihnen vom Zentralvorsitzenden gerathen, sich nicht erst hinauswerfen zu lassen, wenn sie sich doch nicht alle einig wären. — Auf Antrag wurde beschlossen, die Mitglieder Wendtland und Konsorten von der Ortsverwaltung zu einer Sitzung einzuberufen. Diese sollen nämlich Streikarbeit bei Blohm u. Voß verrichtet haben, was ein Verstoß gegen die Statuten wäre. Dann wurde Weigelt als 1. Vorsitzender und Ludwig als Revisor gewählt. Auch eine Ergänzung des Festkomites wurde vorgenommen. Darauf wurde noch berichtet, daß es auf der Werft von Wenke in Hamburg Mode sein soll, daß auch Sonntags während der Kirchzeit gearbeitet wird. Die Polizei sollte die Sache einmal näher untersuchen.

Sozialdemokratischer Verein von Schiffbek und Umgegend. Mitgliederversammlung am 28. Juli bei Kratzmann. Abrechnung: Einnahme M. 465,14, Ausgabe M. 295,85. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Dann wurde beschlossen, die Konferenz in Lauenburg durch einen Delegirten zu beschicken; als solcher wurde H. Schulz gewählt. Die Wahl eines Delegirten zum Parteitag soll in einer demnächst einzuberufenden öffentlichen Versammlung vorgenommen werden. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit dem unkollegialischen Verhalten Schakowskis, welcher brieflich geladen, aber nicht erschienen war. Da dieser bei Gelegenheit der Maifeier erklärt hat, er wolle dafür sorgen, daß in Zukunft in einer gewissen Werkstelle der 1. Mai nicht gefeiert würde, ebenso, wie es in seiner bisherigen Werkstelle bei Tischlermeister Schärtel, Steinbek, gehalten wird, wurde er einstimmig aus dem Verein ausgeschlossen.

Mitgliedschaft Segelmacher. Versammlung am 5. August bei G. Krüger, St. Pauli. Zunächst wurde die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen. Nach einer Anfrage, welche vom Vorstande aufklärend beantwortet wurde, erfolgte die Annahme der Abrechnung. Dann wurde der Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattet. Auch wurde die Zweckmäßigkeit der Ortskrankenkassen betont, worüber in der nächsten Versammlung ein eingehendes Referat gehalten werden soll. Außerdem wurde der Antrag der Maurer, betr. Auflösung des Gewerkschaftskartells, beleuchtet und von den Kartelldelegirten erklärt, daß sie unbedingt dagegen stimmen würden. Der hierauf erstattete Bericht von der sechsten Generalversammlung gab Anlaß zu einer recht lebhaften Diskussion. Nachdem der Delegirte sämmtliche Bemängelungen widerlegt, wurde die Debatte hierüber vertagt, bis der Bericht gedruckt vorliegt. Die Neuwahl des Vorstandes zeitigte ebenfalls eine lebhafte Debatte. Der Vorsitzende erklärte, falls er in geordneten Arbeitsverhältnissen geblieben wäre, hätte er den Posten nicht wieder übernommen, unter den gegebenen Verhältnissen nähme er ihn aber wieder an, denn er gönne den Arbeitgebern die Freude nicht, behaupten zu können, daß er jetzt lahmgelegt sei. Gewählt wurden: J. Schlüschen, 1. Vorsitzender, J. Bähr, 2. Vorsitzender, H. Rothermund, Kassirer, W. Finke, Schriftführer; als Revisoren wurden gewählt: F. Sparbel, E. Rusch, W. Schulenburg. Der Antrag Vogt wurde nach längerer Debatte bis zur nächsten Versammlung vertagt, um hierüber klare Bestimmung zu treffen. Die Lokalbesorgung zum nächsten Wintervergnügen wurde dem Vorstande überlassen. Vom Vorsitzenden wurde dann darauf hingewiesen, daß die in der Arbeiterschutzgesetzgebung uns gewährleisteten Rechte von uns bis jetzt absolut nicht in Anspruch genommen seien; in Zukunft müßte diese mehr ausgenutzt werden. Es seien bereits Schritte bei der Gewerbeinspektion eigeleitet, um den größten Mißständen abzuhelfen; es seien hier hauptsächlich sanitäre Maßnahmen, speziell Waschvorrichtungen 2c. in Betracht genommen. Nach Erledigung sonstiger Werkstättenangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Schneider, Hamburg. Mitgliederversammlung am 30. Juli bei Schwaff, Neustädterstraße. Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt der Vorsitzende bekannt, daß sich die als verloren gemeldeten Fondsmarken, 844 zu 25 ₰ und 4044 zu 10 ₰, wieder angefunden haben. Sodann verliest Stühmer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Einnahme beträgt bei einem Kassenbestand von M. 15,18, M. 2126,03; an die Hauptkasse sind M. 1600 gesandt, der Bestand für's nächste Quartal beträgt M. 1,58. Es wird hierzu bemerkt, daß die Abrechnung in Anbetracht dessen, daß sich dieselbe nur auf einen Zeitraum von zwei Monaten erstrecke, recht günstig sei. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M. 640,50, der eine Ausgabe von M. 295,07 gegenübersteht, so daß ein Bestand von M. 345,08 verbleibt. Zu dem weiteren Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zu den zum Verbandstag gestellten Anträgen“, sprach Kollege Schädlich, alle Anträge von Bedeutung einer eingehenden Kritik unterziehend. In der hierauf folgenden Diskussion hält man eine Erhöhung der Beiträge, nach den wenigen hierauf Bezug habenden Anträgen zu rechnen, für unwahrscheinlich; demzufolge sei auch eine wesentliche Erhöhung der bestehenden oder Einführung neuer Unterstützungszweige, wenn man die Kasse nicht allzu sehr belasten wolle, ausgeschlossen. Der Antrag, für die Mitglieder der größeren Städte den Beitrag um 5 ₰ zu erhöhen, wird allgemein für nicht diskutirbar gehalten. Die Mitglieder in Krankheitsfällen von der Beitragspflicht zu entbinden, findet nur insoweit Zustimmung, als dieselbe mit Ablauf der Unterstützungsfrist eintreten soll. Zu den verschiedenen, eine Erhöhung der Lokalprozente fordernden Anträgen wird als bemerkenswerth erwähnt, daß fast sämmtliche Mitgliedschaften, die heute eine Erhöhung der Prozente beantragen, bei früheren ähnlichen Anträgen, als die Lokalprozente noch bedeutend niedriger waren, dieselben bekämpften, während sie heute eine Erhöhung derselben von 25 auf 30 bis 40 pZt. beantragen. Wenig Sympathie findet der Antrag München, der für größere Filialen, die sich einen Einkassirer leisten könnten, ein Drittel des Gehalts desselben aus der Hauptkasse gedeckt haben will. Bemängelt wird ferner das vom Vorstand beantragte Streikreglement. Durch Annahme desselben würden Vorstand und Ausschuß zu weitgehende Rechte zuerkannt. Zwischen den §§ 13 und 16 bestehe ein direkter Widerspruch. Das Recht der Entscheidung über Fortführung oder Beendigung eines Streiks müsse auf alle Fälle den Mitgliedern überlassen bleiben. Es bleibe dem Vorstand und Ausschuß unbenommen, die im Streik befindlichen Orte zu kontroliren und an den Berathungen Theil zu nehmen, doch dürfe ihnen nicht das Recht zugestanden werden, über Fortführung oder Beendigung eines Streiks allein zu bestimmen. Ein in der Versammlung gestellter Antrag, jede Gehaltserhöhung abzulehnen, wurde nach kurzer Diskussion gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Hierauf Schluß der Versammlung 11½ Uhr.

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweit es der Raum gestattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die im Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt.

Achtung! Arbeiter, Turner Altonas!

Es scheint manchem Arbeiter nicht bekannt zu sein, daß außer der zur deutschen Turnerschaft gehörigen Altonaer Turnerschaft auch noch zwei Vereine existiren, die freilich nicht im Besitze eigener Turnhallen sind, nicht einmal eine städtische Turnhalle steht ihnen zur Verfügung, sondern in Tanzlokalitäten müssen sie ihre Leibesübungen pflegen. Es sind dies die beiden Vereine des Arbeiterturnerbundes „Arbeiterturnverein Lassalle“, Turnlokal Koppelmann, Mittwoch und Freitag Uebungsabende, und die „Freie Turnerschaft“, Turnlokal Seidel, Dienstag und Freitag Uebungsabende. Außerdem besteht im erstgenannten Verein eine Damenabtheilung, welche Donnerstags turnt; ferner pflegt Letzterer das Jugendturnen. Es ist leider bekannte Thatsache, daß sich die Arbeiter deshalb von den Arbeiter-Turnvereinen fernhalten, weil diese nicht im Besitze von Turnhallen sind; sie wissen aber nicht, daß grade durch festes Zusammenhalten wir unseren Ansprüchen auf städtische Turnhallen am ersten Geltung verschaffen. Deshalb rufe ich allen turnenden Arbeitern und Arbeiterinnen zu: Tretet ein in die Arbeiter-Turnvereine, heraus aus der deutschen Turnerschaft, die Euren Interessen feindlich gegenübersteht, und werbet wackere Mitkämpfer des Arbeiter-Turnerbundes!

August Schlüter.

Auktionen.

9. August.

9½ Uhr: Herrenweide 27, Eingang Langereihe 83, div. Pfänder (Lombard-Verwaltung).
10 „ Erichstr. 55, I., Pfänder (A. Pünjer).
10 „ Grimm 6, Zigarren (Müller).
10 „ Kaiser Wilhelmstr. 58, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ Dammthorstr. 32, Damenschuhe, Eier-Nudeln, Zigarren, Noten, Mobilien, Haushaltssachen 2c. (H. Cohn).
10½ „ Michaelisstr. 32, Hausstand (Th. Dreyer).
4 „ Altona, Gastwirth Reimers, Mobilien, Hausstandssachen (Meier).

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.